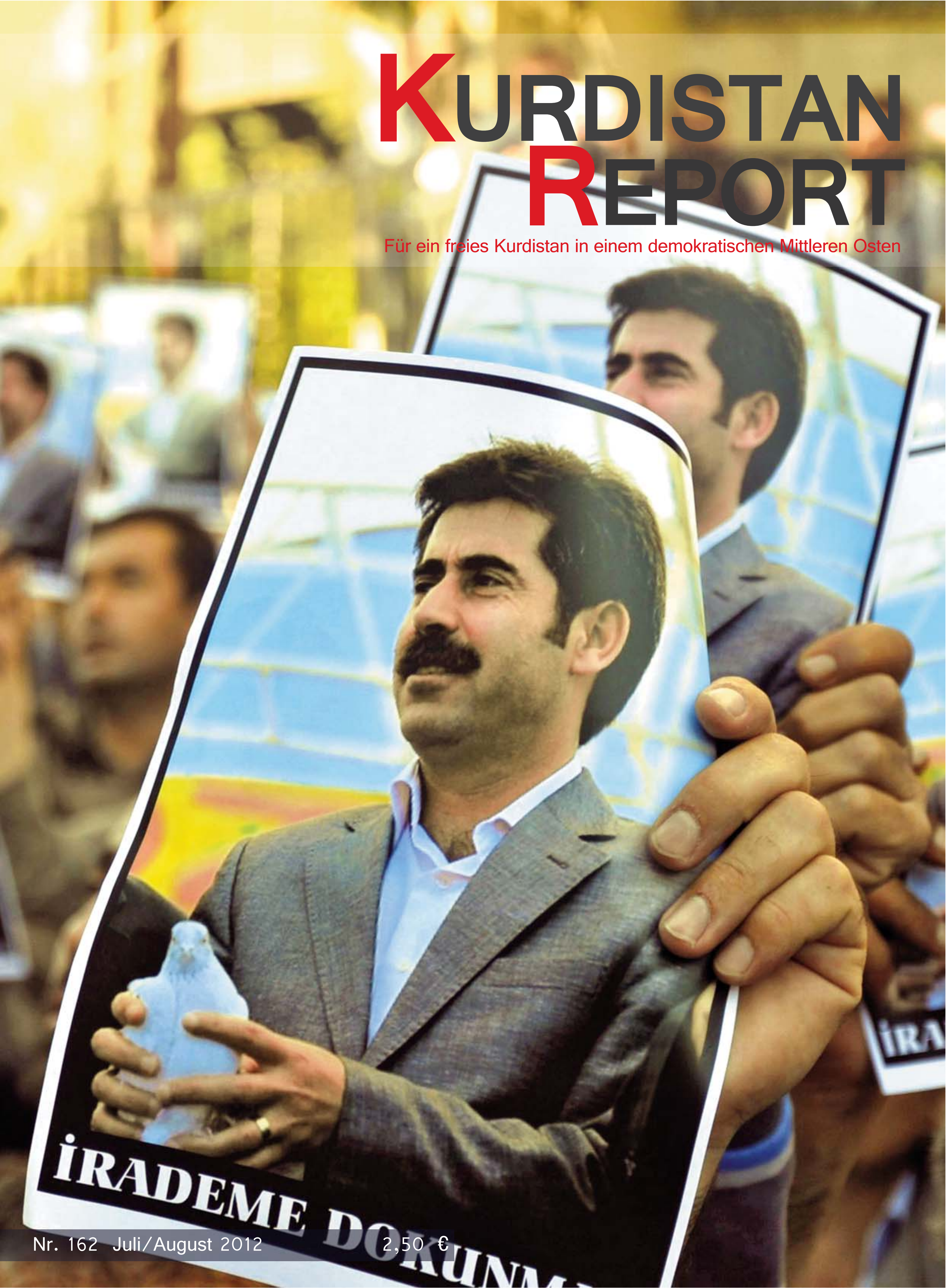


KURDISTAN REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
İRADEME DOKUNMA
İRA
Nr. 162 Juli/August 2012
2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 162 Juli/August 2012 berichten wir über:

Nur im Internet:



Die Festnahmen in der Türkei gehen weiter. Auch die gewählten VertreterInnen der Bevölkerung wie hier der Bürgermeister von Wan werden inhaftiert. Foto: DIHA



Demonstration in Istanbul gegen die von der AKP-Regierung geplante Abschaffung des Rechts auf Abtreibung. Foto: DIHA



„Verbiete meine Sprache nicht!“ Mit der Diskussion über Kurdisch als Wahlfach an den Schulen provoziert die Regierung Kurdinnen und Kurden. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

auch kurz vor Fertigstellung der aktuellen Ausgabe des Kurdistan Report überschlagen sich die Nachrichten aus der Türkei und Kurdistan. In Riha (Urfa) kam es infolge eines Gefängnisaufstandes wegen menschenunwürdiger Umstände in den Zellen zu 13 Toten. Die Inhaftierten verbrannten in ihren Zellen, als sie bei einem Aufstand ihre Betten in Brand steckten. Als es am Tag darauf erneut zu einem Aufstand der Inhaftierten aus Riha kam, sprangen die Gefängnisaufstände auch auf andere Städte gleich einem Flächenbrand über. Die nächste Meldung, die uns erreichte, war eine Aktion der HPG-Guerillakräfte gegen eine Militärstation in Oremar (Dağlıca), bei der nach staatlichen Angaben acht, nach lokalen Angaben bis zu 30 Soldaten ums Leben gekommen seien. Das türkische Militär reagierte hierauf mit einer breitangelegten Militäroperation unter Einsatz von 5 000 Soldaten und Dorfschützern und flog gleichzeitig Luftangriffe auf Südkurdistan, auch auf zivile Ziele. Aktuell gibt es zudem von 14 Dorfbewohnern aus Oremar seit Anbeginn der Operation kein Lebenszeichen.

Die Zeichen stehen eindeutig auf Krieg. Und es ist die Regierung Erdoğan, welche die politische Situation an diesen Punkt gebracht hat. Alle Möglichkeiten einer politischen Lösung wurden von der AKP-Regierung torpediert. Seitdem die Verhandlungen mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan abgebrochen wurden, wird dieser einer verschärften Isolationshaft ausgesetzt. Seit nunmehr fast einem Jahr werden die wöchentlichen Anwaltskonsultationen Öcalans verweigert.

Auch die Meldungen über Festnahmen politischer AktivistInnen reißen nicht ab. Zuletzt erwischte es auch den BDP-Bürgermeister von Wan, Bekir Kaya. Die kurdische Freiheitsbewegung betont seit Mitte der 90er-Jahre, dass dieser Konflikt politisch durch einen Dialog gelöst werden muss. Doch gegenwärtig scheint es wieder einmal so, dass die Regierung mit ihrem Kurs den Raum für solch eine politische Lösung ausgelöscht hat.

„Wenn der türkische Staat nicht mit uns gemeinsam die kurdische Frage lösen will, dann tun wir dies halt auf eigene Faust“, das dürfte sich die kurdische Freiheitsbewegung in etwa gedacht haben, als sie am 14. Juli 2011 die Demokratische Autonomie ausrief. Seitdem hat die Bewegung trotz extremer staatlicher Repression ihr Lösungskonzept, aufbauend auf einer flächendeckenden basisdemokratischen Rätestruktur und einer breiten Zivilgesellschaft, kontinuierlich ausgebaut. So langsam naht der Jahrestag der Ausrufung und der Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) diskutiert gegenwärtig auf einer Vielzahl von Konferenzen kritisch die Unzulänglichkeiten ihres Lösungskonzepts und sammelt Ideen, um es weiterzuentwickeln. Dass die Demokratische Autonomie auch so langsam in Westkurdistan/Syrien klare Konturen annimmt, lässt die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Alternative in der gesamten Region steigen.

Lassen wir uns deshalb auch in Kriegszeiten die Hoffnung auf eine freie Zukunft nicht nehmen!

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die AKP ist ein Hindernis für die Lösung der kurdischen Frage

Songül Karabulut

Die kurdische Frage ist das Hauptproblem der Türkei. Die Zukunft des Landes wird folglich auch von den Entwicklungen in dieser Frage abhängen. Kaum jemand wird dieser Feststellung widersprechen. Was passiert aber, wenn sich die Politik im Hinblick auf eine so elementare Frage ständig ändert – wenn auch nur verbal – und sich ständig in Widersprüche verstrickt?

Mal ist es das Schaf, das zum Vorschein kommt und beteuert: „Wir sind Geschwister, wir werden das Problem lösen, der Staat hat gegenüber den Kurden Fehler begangen und wir werden sie korrigieren", mal ist es der Wolf, der die gesamte politische Bühne einnimmt und zu drohen und zu beleidigen beginnt: „Egal, ob Frauen oder Kinder, unsere Sicherheitskräfte werden das Nötige unternehmen!", „Die BDPler sind Mörder, Nekrophile", „Kurdisch ist keine zivilisierte Sprache", „Wir werden den Terror bis zum Letzten bekämpfen" usw.

Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die auf der einen Seite den Genozid von Dêrsim 1937/38 thematisiert (um die Republikanische Volkspartei CHP in die Enge zu treiben, da während der Massaker die Vorgängerpartei der CHP an der Regierung war), auf der anderen Seite am 28. Dezember 2011 die Bombardierung kurdischer Zivilisten in Roboskî an der Grenze zum Irak verordnet. Seit über sechs Monaten ließ sich aufgrund der Verweigerung der AKP-Regierung das Massaker – mit 34 Toten, darunter 19 Jugendlichen – nicht aufklären und konnten die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Einer Regierung, die selbst Sondergerichte einführt und Staatsanwälte mit Sonderbefugnissen ausstattet, die wiederum die Gesellschaft mit Justizterror überziehen und zur Festnahme und Inhaftierung Tausender Menschen beitragen, und später davon spricht, die Sondergerichte müssten aufgehoben werden, weil sie keinerlei Rechtsnorm entsprächen.

Einer Regierung, die von Frauenrechten spricht und angeblich Reformen einleitet zur Gleichstellung der Geschlechter, aber gleichzeitig Frauen zu Geburtsmaschinen degradiert, indem der Ministerpräsident verordnet, wie viele Kinder eine Frau zur Welt bringen sollte (mindestens drei, besser noch fünf), und die Abtreibung als Mord bezeichnet. Diese Liste lässt sich ohne Weiteres verlängern. Das gesamte Konzept der AKP-Regierung ist auf solcher Widersprüchlichkeit und Doppelgesichtigkeit aufgebaut.

Während mit der „demokratischen Öffnung" (später in „Projekt der nationalen Einheit" umdefiniert) 2009 in der Türkei die Hoffnung geweckt wurde, die AKP-Regierung wolle die Lösung der kurdischen Frage angehen, ist aber inzwischen klar, dass diese „Öffnung" nichts anderes war als heiße Luft, mit der die Bevölkerung in Erwartung versetzt wurde, und parallel dazu die Repressionspolitik mit voller Geschwindigkeit umgesetzt wurde. Wie bei vielen anderen Themen hat die AKP-Regierung hier ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

CHP kommt AKP-Regierung zu Hilfe

Während die kurdische Frage in all ihrer Härte zu spüren ist und die Auseinandersetzungen mit jedem Tag zunehmen, hat die Oppositionspartei CHP ein Zehnpunkteprogramm zur Lösung der kurdischen Frage offeriert. In dem Zusammenhang kam am 6. Juni der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu mit Ministerpräsident Erdoğan zusammen. Dieses Zehnpunkteprogramm enthält nur zwei konkrete Vorschläge. Erstens innerhalb des Parlaments eine Kommission zur gesellschaftlichen Übereinkunft unter gleichberechtigter Beteiligung aller politischen Parteien. Zweitens die Einrichtung einer „Weisenkommission" außerhalb des Parlaments, die koordiniert mit der ersten Kommission arbeiten soll. Der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan hatte bereits 2007 diese Kommissionen vorgeschlagen und bei der Lösung der kurdischen Frage auf das Parlament verwiesen. Erstaunlich ist, dass in diesem Projekt der CHP weder die kurdische Frage definiert noch die Lösung in irgendeiner Weise benannt wird. Folglich bleibt die Frage offen, was das Ziel dieser Intervention ist und ob es aufrichtig ist. In der Vergangenheit hatte die CHP ähnliche Offerten gemacht, die aber ohne politischen Rückhalt blieben.

Nachdem die „demokratische Öffnung" der AKP ihre Glaubwürdigkeit verloren hat, wird nun der Vorstoß der CHP zum Anlass genommen, um erneut eine Stimmung zu erzeugen, als stünde eine Lösung der kurdischen Frage erneut auf der Tagesordnung und die Entwaffnung der PKK läge an. In Anbetracht des Führungsstils der AKP und vor allem Erdoğans ist davon auszugehen, dass sie die Initiative zur Lösung eines solch wichtigen Problems des Landes nicht der CHP überlassen werden. Aber wenn dieser Vorstoß dazu dient, dass die AKP im Schatten der Hinhaltetaktik ihre Vernichtungspolitik fortführen kann, dann ist nachvollziehbar, warum Erdoğan das Gesprächsangebot Kılıçdaroğlus akzeptiert hat.

Was ist passiert?
Ist ein politischer Wandel wirklich denkbar?

Seit diesem Treffen wird die Tagesordnung der Türkei erneut bestimmt von Szenarien und Erwartungen über eine Lösung der kurdischen Frage wie die Entwaffnung der PKK.

Der türkische Vizeministerpräsident Beşir Atalay gab kurze Zeit nach dem Gespräch zwischen CHP und AKP bekannt: „In Nordirak laufen Gespräche, die die Abgabe von Waffen bis hin zu deren Entgegennahme beinhalten. Die USA sind ebenfalls beteiligt." Der irakische Staatspräsident Jelal Talabani ließ über eine Internetseite verlautbaren, dass er die PKK von einem Waffenstillstand zu überzeugen versuche. Die PKK aber erklärte, nicht über besagte Gespräche im Irak informiert zu sein.

Alles deutet darauf hin, dass die AKP-Regierung mit ihren Verbündeten erneut ihre „Lösung" zu oktroyieren versucht. Die Oslo-Gespräche scheiterten im Juli 2011 an derselben Mentalität. Erinnern wir uns, die Gespräche zwischen einer Delegation des türkischen Staates und der PKK, einschließlich Abdullah Öcalans, gerieten in eine Sackgasse, weil die AKP-Regierung nicht bereit war, die notwendigen Schritte für eine Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen. Die AKP hatte sich die Entwaffnung der PKK ohne Zugeständnisse erhofft, ohne der Forderung des kurdischen Volkes nach Anerkennung seiner Rechte nachzukommen. Als das nicht klappte, scheiterte die Phase des Dialogs. Seit dieser Zeit hat sich in der Hinsicht nichts Positives getan. Auf welcher Grundlage also soll nun die neue Phase einer Lösung aufgebaut und entwickelt werden?

Öcalan und die PKK erklärten, dass mit den Haftbedingungen von Imralı eine Lösung nicht zu realisieren sei. Folglich wurden drei Bedingungen als Ausgangsgrundlage für weitere Gespräche formuliert: Gesundheit, Sicherheit und freie Bewegung. Die Antwort darauf lautet bislang, dass der kurdische Volksvertreter seit dem 27. Juli letzten Jahres unter verschärfter Isolationsfolter gehalten wird. Weder seine Anwälte noch seine Familienangehörigen haben ihn seitdem gesehen. Der Kontakt zur Außenwelt ist auf Imralı seit über elf Monaten völlig unterbunden.

Es scheint, dass die AKP – ohne die PKK und Öcalan – einen neuen Vorstoß zu unternehmen versucht. Aber nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass dieses Vorhaben eine Totgeburt sein wird. Mit wem will die AKP die kurdische Frage lösen, wenn nicht mit den Kurden und ihren politischen Vertretern?

Es ist Sommer, es ist die Zeit, in der die Guerilla schlagkräftig ist. Die Bedingungen für den Guerillakrieg sind günstig. Jetzt plötzlich wird Druck auf die PKK ausgeübt, die Waffen niederzulegen, wenn nicht zumindest erneut einen Waffenstillstand zu verkünden. Die AKP hofft wiederum, die Kurden ablenken zu können, um in Ruhe auf dem Weg ihrer Vernichtungspolitik Schritt für Schritt voranzuschreiten.

Großes Zugeständnis der Regierung: Wahlfach Kurdisch

Mit welchen Schritten will Erdoğan in diese Phase führen? Es dauerte nicht lange und das geplante Almosen wurde bekannt gegeben: Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan will kurdischen Kindern die Möglichkeit bie-



Die militärischen Operationen der türkischen Armee haben stark zugenommen und so auch die Reaktion der Volksverteidigungskräfte HPG. Die türkische Regierung verleugnet oft die wirkliche Zahl der getöteten Soldaten. Für die kurdische Bevölkerung ist die Beerdigung von Getöteten ihrer Guerilla meistens eine Demonstration gegen Krieg und Unterdrückung. Foto: DIHA

ten, mehrere Stunden pro Woche in staatlichen Schulen die kurdische Sprache als Wahlfach zu erlernen! Und dies soll zudem ein „historischer Schritt" sein. Zu Recht lehnten kurdische Vertreter das Vorhaben ab: Die BDP wertete es als Beleidigung, den Kurden das Erlernen der eigenen Muttersprache nur als Wahlfach anzubieten. Die Kurden fordern, dass Kurdisch als Pflichtfach eingeführt wird. Dieser Vorstoß ist wie die vorherigen angeblichen Reformen Ergebnis einer Politik, welche die Kurden nicht als eigenständige Volksgruppe betrachtet, sondern der türkischen Nation zuschreibt.

Eine andere milde Gabe des Propheten Erdoğan lautete: „Wenn die PKK ihre Waffen niederlegt, werden wir die Operationen einstellen."

Heute, am 15. Juni, wird der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc bei der Nachrichtenagentur ANF mit dem Satz zitiert: „Wenn die PKK bedingungslos die Waffen niederlegt, können wir auch über Hausarrest für Öcalan sprechen."

Während diese Diskussionen und Spekulationen immer weiter getrieben werden, weiten sich die Militäroperationen aus, fast überall kommt es zu bewaffneten Zusammenstößen, der politische Genozid wird mit neuen Festnahmen und Verhaftungen fortgesetzt. So wurde der Bürgermeister von Wan (Van), Bekir Kaya, an dem Tag, an dem Kılıçdaroğlu und Erdoğan zusammenkamen, mit weiteren Personen fest- und später in Haft genommen. Um den Kreis einzuengen und zu zeigen, dass niemand, egal ob mit Immunität oder ohne, von der Willkür der AKP verschont bleiben wird, wurden die kurdischen Abgeordneten Leyla Zana (10 Jahre) und Aysel Tuğluk (14,5 Jahre) zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Ihnen wird „Propaganda für eine terroristische Organisation" bzw. die „Beteiligung an Verbrechen im Namen einer terroristischen Vereinigung" vorgeworfen.

Unter diesen Umständen wird auch eine neue demokratische Verfassung nicht ausgearbeitet werden können. Mit einer solchen Mentalität wird es nur einige Reförmchen im Rahmen individueller Rechte geben, ohne das Problem im Kern anzugehen. Wir können uns noch gut erinnern, als die Co-Vorsitzende der BDP, Gülten Kışınak, sagte: „Eine Verfassung, die die Kurden nicht berücksichtigt, ist keine neue Verfassung." Folglich wird eine überarbeitete Konstitution entstehen, die aber ihren kolonialistischen Charakter behält und die Lösung der kurdischen Frage auf ein weiteres Jahrhundert hinausschiebt.

Die AKP und Erdoğan sind ein Hindernis für die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei

Die AKP kann mit ihrer bisherigen Hinhalte-Mentalität den Weg zu einer Lösung nicht ebnen, im Gegenteil, sie stellt ein Hindernis dar. Daher kann eine Lösung der kurdischen Frage und eine wahre Demokratisierung in der Türkei nur erreicht werden, wenn diese etatistisch-rassistische Mentalität der AKP-Regierung durchbrochen wird. An die AKP zu glauben, ohne dass diese Mentalität sich verändert hat, zeugt von Naivität. Wie kann ein Regime, das in seinem Führungsstil zunehmend faschistische Züge entwickelt, das die gesamte Bevölkerung terrorisiert und einschüchtert, das ein ganzes Land in ein offenes Gefängnis verwandelt, wie kann ein solches Regime Demokratie und einer friedlichen Lösung den Weg bahnen? Ohne den notwendigen Respekt aufzubringen, ohne die Kurden nicht mehr als ihr Eigentum zu betrachten, ohne das Einräumen der elementaren Rechte des kurdischen Volkes nicht als Zugeständnis zu begreifen, ohne die kurdische Frage nicht als Sicherheitsfrage zu sehen und ohne den legitimen Kampf der Kurden nicht als Terrorismus zu diskreditieren, kann Erdoğan mit seiner Regierung keine positive Rolle spielen.

Auch ich hege die Hoffnung, dass die kurdische Frage gelöst wird

Meine Hoffnung richte ich nicht wie manche anderen auf die AKP-Regierung bzw. Erdoğan. Ich schöpfe Hoffnung in erster Linie aus dem kurdischen Volk. Trotz des Staatsterrors, dem es ausgesetzt ist, hält es an seinem Widerstand sowie an seiner Forderung nach seinen legitimen Rechten fest. Die Dynamik von Demokratie und Freiheit, die in der kurdischen Bewegung freigesetzt wird, ist beachtlich. Die kurdische Bevölkerung ist hoch politisiert und hat eine eigene klare Haltung. So leicht wird sie sich nicht instrumentalisieren und an der Nase herumführen lassen.

Zweitens: Die Maske der AKP fällt mit jedem Tag. Diejenigen Kreise, die auf sie gesetzt haben, erkennen zunehmend ihr wahres Gesicht und die Zustimmung für sie ist rückläufig. Folglich entwickelt sich die Grundlage für ein breites Bündnis für Demokratie, Frieden und Freiheit aus den unterschiedlichen ethnischen, religiösen und gesellschaftlichen Gruppen, die vom totalitären Regime in der Türkei entrechtet werden.

Drittens: Das Lösungsprojekt der kurdischen Bewegung „Demokratische Republik – Demokratische Autonomie Kurdistans" ist ein realistisches Lösungsprojekt sowohl für die kurdische Frage, die die Interessen der Türkei wie auch des kurdischen Volkes vereint, als auch für die Demokratisierung der Türkei. Vor diesem Hintergrund sehe ich wie viele Kurdinnen und Kurden auch in dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan die Schlüsselfigur für eine wahrhafte friedliche Lösung.

Viertens schöpfe ich auch Hoffnung aus den regionalen Entwicklungen. Immer mehr Menschen und Völker lehnen undemokratische Regime ab und setzen sich für ihre Rechte ein. Allein die Tatsache, dass die totalitären Machthaber ihrer Stellungen nicht mehr sicher sind und die Menschen sich auf ihre eigene Kraft stützen, setzt neue Kräfte frei. Die Kurden sind nicht nur in der Türkei wichtige politische Akteure, sondern auch in der Region. Die Entwicklungen in Syrien verdeutlichen das erneut, selbst wenn die Türkei mit ihrer Außenpolitik versucht, eine Polarisierung der Gesellschaft zu erreichen und Feindschaft sowie Rassismus zu säen. Eine Neuordnung der Region ohne Einbeziehung der Kurden ist nicht mehr denkbar.

Zuallerletzt bin ich fest davon überzeugt, dass ein gerechtes Anliegen mehr Bestand hat als die größte erdenkliche Macht. ♦

Über Lösungsperspektiven in der kurdischen Frage

Und danach?

Aysel Tuğluk, unabhängige Parlamentsabgeordnete aus Wan (Van) und DTK-Co-Vorsitzende

Solange kein konkretes Programm für eine demokratische Gesellschaft und Politik vorgelegt wird, ist es unrealistisch zu erwarten, dass Gewalt nicht mehr auf der Tagesordnung steht!

Der Staat verfolgt seit langem die Linie „Legt endlich die Waffen nieder, dann können wir miteinander sprechen". Deniz Baykal, Ilker Başbuğ, Çevik Bir, Fethullah Gülen, Kemal Kılıçdaroğlu und schließlich auch der Ministerpräsident äußern stets dasselbe.

Egal, ob KonservativeR oder KemalistIn, die Mehrheit der Elite der politischen Staatsmacht stand stets auf der Seite der „Staatsräson". Die AKP hat dies mittels der Rhetorik von „Staat und Nation" intensiv vorangetrieben. Çevik Bir*, Hauptangeklagter im 28.-Februar-Prozess, der von der politischen Staatsmacht und der Gemeinde [*Anm. d. Ü.: gemeint ist die Fethullah-Gülen-Bewegung*] angestoßen wurde,* und Ministerpräsident Erdoğan haben in der kurdischen Frage denselben staatlichen Standpunkt. Dies wird im weiteren Verlauf als Ironie der Geschichte gewertet werden.

Çevik Bir hatte vor Jahren Öcalan – in seine Augen blickend – aufgefordert: „Hole deine Leute von den Bergen herunter." Erdoğan ruft Kandil aus einer ziemlichen Distanz heraus auf, die Waffen niederzulegen. Der Unterschied zwischen beiden liegt darin, dass der eine als Soldat handelte und der andere jetzt als Zivilist. Doch ähneln sie sich im Grunde dadurch, dass sie beide „Staatsmacht spielen". Darin liegt die Ironie. Die Aussage des Ministerpräsidenten, „wenn die Waffen niedergelegt werden, werden die Militärangriffe aufhören", hat realistisch betrachtet keinen Wert und findet kein Gehör. Die berechtigte und legitime Frage, auf die die KurdInnen keine Antwort finden, lautet: „Und danach?"

Fehlender Inhalt | Der Aufruf des Ministerpräsidenten ist vage, beinhaltet keine konkreten Versprechungen und vermittelt deshalb kein Vertrauen. Dies ist der Grund für das ausbleibende Echo bei der kurdischen politischen Bewegung. Jeder Aufruf ohne die Vorlage eines Lösungskonzeptes ist am Ende lediglich eine Geste des guten Willens; unabhängig davon, ob dieser Aufruf vom Ministerpräsidenten, von der kurdischen Bewegung oder gar von Öcalan kommt.

Diejenigen, welche die demokratische kurdische Politik kritisieren, weil die Initiative für ein Niederlegen der Waffen und ein Ende der Gewalt fehlt, dürfen nicht vergessen, dass nach jeder politisch-diplomatischen Bestrebung oder gutmütigen zivilen Initiative die kritische Frage gestellt wird: „Und danach?"

Wer eine Antwort hat, trete vor! | Es ist naiv zu erwarten, dass die KurdInnen – stets in ihrer Existenz bedroht und sowohl von den Staaten der Region als auch vom türkischen Staat seit 100 Jahren „Verleugnung und Vernichtung" ausgesetzt –, insbesondere nach den Verhaftungen der aus Habur Eingereisten [*der Friedensgruppen*], die Appelle des Ministerpräsidenten positiv beantworten könnten. Vor allem dann, wenn der Mittlere Osten zu einem Brandherd geworden ist …

Das Gewaltproblem | Wir alle suchen in der kurdischen Frage nach einer realistischen Lösung. Auch wenn es verschiedene Ansichten und Vorschläge gibt, fällt auf, dass ein Konsens hinsichtlich Lösungsart und Prioritäten besteht bzw. entstanden ist. Durch Dialog und Verhandlung muss zunächst den Kämpfen ein Ende bereitet werden. Dafür sind geringe politische Zugeständnisse notwendig. Ansonsten entsteht ein Kriegszustand, in dem beide Seiten eine „Position umfassender, geplanter Vergeltung" einnehmen und das gesprochene Wort keinen Wert mehr hat. Es wird dann sogar zu einem Mittel der Gewalt.

Die politischen, ethischen und philosophischen Diskussionen über Gewalt stehen in keinem thematischen Zusammenhang. Ich bin der Meinung, dass es von Vorteil ist, im Rahmen einer rationalen Lösung realitätsnahe Überschriften zu wählen, die weder die Gewalt fetischisieren, noch einen Absolutheitsanspruch haben.

1. Die im Rahmen der kurdischen Frage generierte Gewalt ist eine antipolitische Gewalt! Ohne dass die grenzen- und maßlose ideologische, militärische, juristische und psychologi-

* Cevik Bir, ehemaliger Angehöriger des türkischen Generalstabs, wurde im April 2012 neben 30 anderen Offizieren für seine Rolle im „postmodernen Putsch" von 1997 angeklagt. Dabei hatte ein Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates vom 28. Februar 1997 den damaligen Premier Erbakan von der islamistischen Wohlfahrtspartei zur Auflösung seiner Koalitionsregierung gezwungen.

sche Gewalt des Staates beendet wird und für die aus ihr resultierende politische Gewalt eine Lösung auf politischer und demokratischer Ebene gesucht wird, sind alle diesbezüglichen Bemühungen Gesten des guten Willens und die Diskussionen dazu verurteilt, polemisch zu bleiben!

Wir stehen keiner einfachen „Realität" gegenüber, die nur durch aufgezwungene Aussagen wie „verurteilt die Gewalt" und Negation mittels ethisch-philosophischer Motive zu bewältigen ist.

2. Das eigentlich zu diskutierende Thema ist die autoritäre Arbeitsweise des politisch-ideologischen Systems, das die Anwendung von Gewalt unausweichlich macht.

In einer Situation, in der der politische Raum so dermaßen eingeengt ist, die demokratischen gesellschaftlichen Bedürfnisse abgewürgt werden und mit dem Terror-Begriff alles und jedeR – von der Meinungsäußerung bis zu den Gedanken, von der Organisierung bis zu Aktionen – zur Zielscheibe wird, ist es sinnlos, ein Ende oder einen Rückgang der Gewalt zu erwarten. Dies wäre lediglich ein frommer Wunsch!

Fest steht Folgendes: 3. Solange kein konkretes Programm (Road map für eine Lösung) für eine demokratische Gesellschaft und Politik vorgelegt wird, ist es unrealistisch zu erwarten, dass Gewalt nicht mehr auf der Tagesordnung steht!

Der Staat und die politische Macht sollten von der demokratischen kurdischen Politik nicht erwarten, dass sie eine aktive Rolle bei der Beendigung der Gewalt spielt, solange der Wille zu einer politischen Lösung nicht bekundet wurde und praktische Schritte nicht erfolgt sind.

Eine rationale Lösung | Eine Formel, um die kurdische Frage vom Aspekt der Gewalt zu trennen, ist die Schaffung von Feldern und Möglichkeiten für die nicht staatszentrierte, demokratische und politische Vergesellschaftung. Mit Respekt und der Anerkennung eines demokratischen und freien Lebens der Gesellschaft sowie des Rechtes auf soziale und kulturelle Entwicklung wird Gewalt funktionslos und unnötig.

Wenn wir es wie von Žižek [*slowenischer Philosoph*] vorgeschlagen noch deutlicher zum Ausdruck bringen sollten, könnten wir die von uns gesuchte rationale Lösung besser beschreiben: „Beende die Gewalt und konzentriere dich darauf, fernab der Staatsmacht freie Räume zu schaffen." Die Appelle Erdoğans sind dem Versprechen dieser Aussage verschlossen.

Fazit | Sowohl für den Staat als auch für die PKK sind bei einigen Themen strategische Änderungen unumgänglich. Es gibt keinen Zweifel, welche Anstrengungen auf dem Weg zu einer Lösung strategisch wichtig sind: Der Staat muss seine politische Fähigkeit zu radikalen Änderungen in seiner administrativen und politischen Struktur zeigen und die PKK muss diese Fähigkeit im KCK-System beweisen. Wenn das als „Zugeständnis" bezeichnet wird, Herr Erdoğan, scheint eine Lösung nicht schwer. ♦

Quelle: Radikal 2, 27.05.2012

Aysel Tuğluk schreibt in monatlichen Abständen für die Sonntagsausgabe „Radikal 2" der türkischen linksliberalen Tageszeitung Radikal. Dies wird in der Öffentlichkeit als eine Plattform dargestellt, um der kurdischen Seite die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern.



Der Jugendrat des Demokratischen Kongresses der Völker HDK von Mersin protestiert gegen die Festnahme der Studierenden in der Türkei.
Foto: DIHA

Eine kurze Geschichte der Verhandlungen

Es gibt keinen anderen Ausweg als einen neuen Verhandlungsprozess

Mahmut Şakar

Der Frieden ist noch immer für das kurdische Volk ein Traum. Man will ihn, doch scheint er unerreichbar. Mal scheint er nur eine Armlänge entfernt, mal fern wie ein Stern in der Nacht. Die Sehnsucht nach ihm brennt wie Durst in der Wüste, er ist wie Brot für die Hungernden. Denn die Alternative ist Schmerz, der Verlust geliebter Menschen. Jeden Tag vergießen wir Tränen über Jugendliche, an die wir uns noch als Krabbelkinder erinnern. Söhne und Töchter verglühen wie Sternschnuppen vor den Augen der Eltern. Nur der Frieden kann dieses Schicksal wenden. Eine friedliche Verhandlungslösung ist also nicht nur eine politische Forderung des kurdischen Volkes, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Aus diesen Grunde sind Lösungen wie in Südafrika und Nordirland Beispiele, die Hoffnung geben und über die fast alle Kurden Bescheid wissen.

Natürlich existieren spezifische Schwierigkeiten für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage. Kurdistan ist auf vier Staaten des Mittleren Ostens aufgeteilt. Sowohl die antikurdischen Bündnisse unter diesen Staaten als auch ihre Beziehungen mit internationalen Mächten verhindern, dass eine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage auch nur auf die Tagesordnung kommt. Veränderungen in der Position der Kurden sind nur Nebeneffekte, wenn der traditionelle Status quo des Mittleren Ostens erschüttert wird, wie dies bei der militärischen Operation des Bündnisses aus USA und westlichen Mächten gegen den Irak der Fall war.

Die Rolle der Türkei in diesen Gleichungen können wir beinahe als entscheidend bezeichnen. Der größte Teil Kurdistans liegt auf dem Territorium dieses Staates. Darüber hinaus besitzt sie die stärksten und am weitesten reichenden Beziehungen zum westlichen System. Das wichtigste Merkmal jedoch, das die Türkei zudem von den anderen Staaten unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie die Existenz der Kurden negierte, ihre Sprache verbot und nicht nur die Namen von Menschen und Orten, sondern selbst die lateinischen Bezeichnungen von Pflanzen und Tieren geändert hat. Diese Politik der Assimilation, welche seit der Gründung der Republik Türkei angewandt und konsequent über das Bildungssystem und die Medien betrieben wurde, erschwert eine Lösung der kurdischen Frage. Ganze Generationen sind mit dieser Strategie der Verleugnung aufgewachsen. Diese Generationen bilden heute die Basis für nationalistische und chauvinistische Politik und setzen selbst die politischen Machthaber unter Druck. Besonders die von A bis Z nationalistische und militaristische Sprache der Medien liefert dem ständig neue Nahrung.

Trotz all dieser Schwierigkeiten gab es auch einige vorteilhafte Faktoren. Die Republik hatte offiziell ihren Ausgangspunkt in Kurdistan genommen. Ihr Gründer, Mustafa Kemal, war mit religiösen und politischen Führern der Kurden zusammengekommen, man hatte sich geeinigt, und auf dieser Grundlage waren auch die Kurden als wichtige Akteure am Aufbau der Republik beteiligt gewesen. Noch nach ihrem Aufbau wurden die gegebenen Versprechen gebrochen, die kurdische gesellschaftliche Dynamik sollte vernichtet werden. Die Jahre von 1925–1938 sind aus kurdischer Sicht Jahre des Massakers. Zeitgleich mit diesen Massakern wurde die oben beschriebene Assimilationspolitik umgesetzt. Eine Republik war gegründet worden, doch die Chance, ihr einen demokratischen Kern zu verleihen, wurde vertan und stattdessen ein autoritärer Kurs eingeschlagen.

Nach dem Aufbruch der Bewegung um die PKK war es nicht länger möglich, die Kurden zu verleugnen. Die Politik der Assimilation hatte Schiffbruch erlitten. Es kostete viel Leid, bis der türkische Staat dies verstand und akzeptierte.

Nach dem Aufbruch der Bewegung um die PKK war es nicht länger möglich, die Kurden zu verleugnen. Die Politik der Assimilation hatte Schiffbruch erlitten. Es kostete viel Leid, bis der türkische Staat dies verstand und akzeptierte. Die Landschaft Kurdistans wurde geradezu umgepflügt, rund 4 000 Dörfer abgebrannt oder entvölkert, Tausende Intellektuelle und Führungspersönlichkeiten ermordet, Folter zum Teil des täglichen Lebens, ein großer Teil der Kurden zu Opfern dieser Flut von Gewalt gemacht – und doch zeigte sich, dass all dies nichts nutzte.

Selbst in dieser Phase der schärfsten Gewaltausübung zeigten die Erklärungen der türkischen politischen Führung, dass sie verstanden hatten, dass diese Gewaltpolitik keine Lösung sein konnte. Es gelang ihnen jedoch nicht, stattdessen eine andere Politik zu entwickeln. So entschieden sie sich für den

einfacheren Weg, die Angelegenheit den militärischen Kräften zu überlassen.

Die PKK andererseits hatte sich seit 1993 klar für eine Verhandlungslösung entschieden. Mit dieser Wahl hatte sie auch demonstriert, dass ihre eigentliche Absicht nicht in der Abspaltung lag. Es war die PKK, die Verhandlungen wollte, sie einforderte, dafür appellierte. Tatsächlich kam es zu verschiedenen Zeiten zu indirekten Verhandlungen. Der erste ernsthafte Versuch wurde 1993 unternommen, als die PKK auf Wunsch von Präsident Özal und durch Vermittlung des heutigen irakischen Präsidenten Talabani einen Waffenstillstand verkündete. Als jedoch Özal getötet wurde und auf provozierende Weise 33 unbewaffnete Soldaten ermordet wurden, schwanden die Hoffnungen auf Frieden und an ihre Stelle trat eine Phase fürchterlicher Gewalt. 1998 begann eine ähnliche Phase indirekter Gespräche, die trotz der Entführung Öcalans am 15. Februar 1999 in die Türkei nicht abbrach, sondern in radikalen Entscheidungen wie dem Abzug der Guerilla vom Territorium der Türkei ihre Fortsetzung fand.

Wichtig bei alledem ist Öcalans Position. Selbst wenn wir nur die Zeit von 1999 bis heute betrachten, sehen wir einen Mann, der ständig und beharrlich über Frieden nachdenkt, redet und schreibt. Darüber hinaus hat er immer wieder unter Beweis gestellt, dass er in der Lage ist, durch seine praktischen Vorschläge dem Friedensprozess neuen Schwung zu verleihen.

Der bisher ernsthafteste Verhandlungsprozess begann 2009. Eine Delegation bestehend aus dem Direktor des Geheimdienstes MİT, seiner Stellvertreterin und einem Sondergesandten des Ministerpräsidenten, der später zum MİT-Direktor befördert wurde, führte parallel Gespräche mit Abdullah Öcalan auf der Insel Imralı und mit hochrangigen Vertretern der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK. In der Anfangsphase dieser Gespräche legte Abdullah Öcalan eine schriftliche „Roadmap" vor, in der er wahrscheinliche intellektuelle und kulturelle Hindernisse für einen Friedensprozess und konkrete Lösungsmöglichkeiten darlegte. Dieser Text wurde auch offiziell von der KCK akzeptiert, und alle Seiten nahmen ihn zur Arbeitsgrundlage. In der Folge reiste eine Friedensdelegation aus Kandil und Mexmûr über den Grenzübergang Habur in die Türkei ein. Die kurdische Gesellschaft begrüßte diese Gruppe, die voller Hoffnung ihre Waffen niedergelegt hatte, begeistert und betrachtete sie als ein Omen für den Frieden. Dieses Ereignis hat in einem Ausmaß die Sehnsucht des kurdischen Volkes und seinen Hunger nach Frieden demonstriert wie kein zweites.

Informationen über den Gesprächsprozess drangen auch an die Öffentlichkeit, die in bedeutendem Ausmaß positiv und mit Unterstützung reagierte. Von vielen Seiten wurde die Wichtigkeit dieser Gespräche betont. Gleichzeitig wurden unter dem Namen „KCK-Operation" 51 Personen, darunter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, ParteifunktionärInnen und MenschenrechtlerInnen, verhaftet und in Handschellen in einer Reihe vorgeführt. Die Gespräche liefen trotzdem weiter. Doch während ihrer gesamten Dauer rissen weder diese Operationen noch die militärischen Operationen je ab.

Über die Gespräche zwischen Öcalan und dem Staat äußerte er sich mehrfach hoffnungsvoll und bezeichnete sie als Prozess von historischer Bedeutung. Er verwendete größte Anstrengungen darauf zu verhindern, dass negative Vorfälle den Verhandlungsprozess blockieren, und bemühte sich darum, in der Öffentlichkeit eine Atmosphäre der Zustimmung zum Frieden zu schaffen. Als konkretes Ergebnis der in dieser Zeit geführten Gespräche wurde mit der Delegation Übereinstimmung über drei separate Protokolle erzielt. Dieser Konsens umfasste die Gründung einer Verfassungskommission, um eine neue Verfassung auszuarbeiten, einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, um die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit aufzuarbeiten, und einer Kommission, die die Bedingungen einer Entwaffnung ausarbeiten sollte. Diese Protokolle wurden Ministerpräsident Erdoğan zur Billigung vorgelegt.

Erdoğan jedoch gewann zum dritten Mal in Folge die Parlamentswahlen und – wie er sich selbst ausdrückte – „zerriss" diese Protokolle „und warf sie in den Müll". Daraufhin zog sich Öcalan mit der Begründung, dass er keinen ernsthaften Willen erkennen könne, von den Gesprächen zurück. So wurde offenbar, dass der Verhandlungsprozess nur eine Taktik gewesen war und der Wiederwahl dienen sollte. In der Folgezeit wurden die „KCK-Operationen" so sehr ausgeweitet, dass sie alles und jede umfassten. Die Militäroperationen wurden verstärkt, Giftgas eingesetzt, im Dorf Roboskî bei Qilaban (Uludere) 34 Menschen, überwiegend Kinder und Jugendliche, von F-16-Bombern absichtlich massakriert. Die Politik schwenkte von einem Kurs der Hoffnung auf einen Kurs neuer Massaker.

Wichtig bei alledem ist Öcalans Position. Selbst wenn wir nur die Zeit von 1999 bis heute betrachten, sehen wir einen Mann, der ständig und beharrlich über Frieden nachdenkt, redet und schreibt. Darüber hinaus hat er immer wieder unter Beweis gestellt, dass er in der Lage ist, durch seine praktischen Vorschläge dem Friedensprozess neuen Schwung zu verleihen. Er spielte eine strategische Rolle dabei, sowohl die kurdische Gesellschaft als auch die kurdische Bewegung auf den Frieden vorzubereiten. Nach und nach fanden seine Friedensbemühungen und sein Gewicht auch Widerhall bei den türkischen Eliten. Der Gedanke, dass es keinen Frieden ohne Öcalan geben werde, setzte sich in weiten Kreisen durch, die ansonsten mit seinen Ideen nicht übereinstimmten. Weil der AKP-Regierung dies durchaus bewusst ist, verhindert sie seit dem 27. Juli 2011 jede Konsultation Öcalans mit seinen Anwälten. Sie unterstreicht sogar öffentlich, dass dies auf einen Regierungsbeschluss zurückgeht. Im Zuge dieser Isolationspolitik

wurden 36 Anwältinnen und Anwälte Öcalans verhaftet. Diese Richtungsentscheidung der Regierung können wir als Beginn einer erneuten, langfristigen Politik der Härte interpretieren.

Aus all dem wird klar, dass wir uns an einem gefährlichen Punkt befinden, der Anlass zu größter Sorge gibt. Die kurdische Gesellschaft stellt immer mehr das Leben innerhalb des türkischen Staatssystems infrage. Niemals zuvor wurde das Zusammenleben derart in Zweifel gezogen und hinterfragt. Dass nach dem Massaker an 34 jungen Leuten Erdoğan sich nicht entschuldigte, nicht einmal ein ernsthaftes Bedauern äußerte, sondern den türkischen Streitkräften dankte und so das Massaker legitimierte, hat die kurdische Gesellschaft tief getroffen.

Der türkische Staat wird niemals sein Ziel erreichen, so sehr er auch die Gewalt verschärfen mag. Dies haben andere bereits in größerem Ausmaß getan. Daher ist die beste Lösung für beide Gesellschaften, die Spannungen zu entschärfen, auf rassistische und chauvinistische Diskurse zu verzichten und den Weg für Gespräche frei zu machen.

Für Friedens- und Verhandlungsprozesse ist es weiterhin wichtig, dass alle Beteiligten diese nicht als Taktik betrachten. Leider hat der Staat durch die jüngsten und alle vorherigen Erfahrungen genau diesen Eindruck bei der kurdischen Gesellschaft hinterlassen. Dieser Eindruck und das fehlende, immer wieder enttäuschte Vertrauen erschweren auch einen Neuanfang. Jede Verhandlungsphase, die mit einer Eskalation der Spannungen endet, verhärtet im Grunde beide Seiten und die Gesellschaft. Die Beteiligten stellen sich ausgehend von Konflikt und Verhärtung neu auf, und so sinken die Chancen für Frieden und eine Lösung weiter.

Doch ganz offensichtlich gibt es keinen anderen Ausweg als einen neuen Verhandlungsprozess. Früher oder später müssen die Beteiligten sich wieder an einen Tisch setzen. Je länger dies dauert, umso schlechter für das türkische und das kurdische Volk. Wenn zivile Kräfte, Intellektuelle, internationale Institutionen und Persönlichkeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Druck besonders auf die Regierung ausüben, wird dies einen Neuanfang erleichtern. ♦

Gefängnisaufstände in der Türkei und Nordkurdistan
127 Gefangene aus dem E-Typ-Gefängnis von Riha verlegt

Am gestrigen Tag kam es zu einem zweiten Brand in dem E-Typ-Gefängnis von Riha (Urfa). Erst am vergangenen Samstag kamen dort 13 Insassen durch ein Feuer ums Leben. Jetzt wurden 127 Gefangene in andere Gefängnisse verlegt.
Justizminister Sadullah Ergin gab auf einer Pressekonferenz zu den Vorfällen bekannt, dass die Verlegung von 127 Gefangenen als selbstkritische Reflexion zu verstehen sei.
Einer lokalen Meldung nach sind nach dem zweiten Aufstand in der Zelle für minderjährige Strafgefangene in den Morgenstunden 17 Minderjährige und 25 Erwachsene ins Gefängnis von Izmir verlegt worden. Weitere 85 Gefangene wurden in den umliegenden Gefängnissen untergebracht.
Unterdessen bestritt Ergin, dass der Grund für den Gefängnisaufstand die Entfernung der Belüftungsanlage aus der Gefängniszelle sei. Am vergangenen Samstag hatten 18 Gefangene aus Protest gegen die katastrophalen Gefängnisbedingungen Matratzen und Decken in ihrer Zelle angezündet. Als Auslöser für den Aufstand wurde die Entfernung der Belüftungsanlage aus der Zelle, in der bis zu 46 Grad Raumtemperatur gemessen wurden, gemacht. Weil die Gefängniswärter nach dem Entzünden des Feuers die Zellentür nicht geöffnet hatten, verbrannten 13 Menschen bei lebendigem Leibe, 5 Personen wurden schwer verletzt.
Das Antifolterkomitee des Europarats CPT gab unterdessen bekannt, dass sie eine Untersuchungskommission in die Türkei schicken werden. Als Begründung dafür nennen sie die Brandtodesfälle von Riha (Urfa), die Vergewaltigung und Übergriffe auf die gefangenen Minderjährigen in den Gefängnissen von Pozanti und Sincan sowie die seit fast einem Jahr anhaltende vollkommene Isolation von Abdullah Öcalan.
Das CPT gab zudem bekannt, dass in den letzten Wochen und Monaten vermehrt Beschwerdeklagen gegen die Bedingungen in den türkischen Gefängnissen eingegangen sind.



Vor dem E-Typ-Gefängnis in Riha
. Foto: DIHA

Weiterer Gefängnisaufstand in Osmaniye: 16 Verletzte

Nachdem Meldungen über Aufstände der Inhaftierten in den Gefängnissen von Riha (Urfa), Adana und Dîlok (Antep) vermeldet worden sind, ist ein weiterer Gefängnisaufstand in Osmaniye ausgebrochen. Auch in Osmaniye haben die Inhaftierten ihre Betten in Brand gesetzt. Hierbei erlitten insgesamt 15 Inhaftierte und ein Gefängniswärter Rauchvergiftungen. Die betroffenen Personen wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Quelle: ANF, 18./19.06.2012, ISKU

Politische Entspannung ohne Imralı ist nicht möglich!

Murat Karayılan, KCK-Exekutivratsvorsitzender, im Interview mit der Nachrichtenagentur ANF

Sowohl die Türkei als auch die ganze Region ist geprägt von wichtigen Entwicklungen. Türkische RegierungsvertreterInnen sprechen von der Entwaffnung der PKK, während die Totalisolation des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan seit elf Monaten ununterbrochen anhält und neue Festnahmen kurdischer PolitikerInnen und Angehöriger anderer gesellschaftlicher Gruppen die Tagesordnung bestimmen. Am 12. Juni veröffentlichte die Nachrichtenagentur ANF (Ajansa Nûçeyan a Firatê) ein Interview mit dem Vorsitzenden des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, zu den aktuellen Entwicklungen in der kurdischen Frage. Im Folgenden geben wir das Interview in redaktionell überarbeiteter und gekürzter Fassung wieder.

Während die Totalisolation des inhaftierten kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan seit nun 320 Tagen anhält, werden auch die Festnahmen in der Türkei fortgesetzt. Wie ist die Situation?

Die verschärfte Totalisolation und das System der psychischen Folter, das unter Führung der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) seit Juli 2011 vom türkischen Staat auf der Gefängnisinsel Imralı angewandt wird, ist eine Kriegserklärung der AKP an unsere Bewegung und das gesamte kurdische Volk. Parallel zu diesem auf Imralı begonnenen Foltersystem hat der türkische Ministerpräsident Erdoğan persönlich die Liquidierung der kurdischen Freiheitsbewegung und eine neue Vorgehensweise dafür angekündigt. Also ganz offen den Beginn eines umfangreichen Angriffs; und die Phase hat begonnen. Seitdem sind die KurdInnen einem intensiven und umfassenden Krieg ausgesetzt. Das kurdische Volk und seine demokratischen Institutionen haben immer wieder erklärt: „Die Annäherungsweise an Imralı kommt der Annäherungsweise an uns selbst gleich." Der AKP-Staat offenbart seine Haltung gegenüber dem kurdischen Volk mit der Totalisolation und dem verschärften Foltersystem auf Imralı. In diesem Rahmen entwickelt er eine umfassende Einschüchterungs-, Vereinnahmungs- und Liquidierungsphase.

Die aktuelle Praxis auf Imralı entspricht weder den nationalen noch internationalen Rechtsnormen. Zudem entbehrt sie jeglicher ethischen Grundlage. Bei der historischen Untersuchung von Kriegen lässt sich feststellen, dass es zwischen Kriegsparteien oft zu Gefangennahmen kommt. Aber wer jemand von der Gegenseite gefangen nimmt, sieht es als menschliche Tugend an, die Gefangenen mit Respekt zu behandeln. In der gegenwärtigen Praxis des AKP-Staates ist von dieser Tugend nichts zu sehen. Hätte sie der Ministerpräsident, so würde er gegenüber dem kurdischen Volksvertreter nicht seit elf Monaten eine solche niederträchtige und unmoralische Haltung an den Tag legen. Die AKP-Regierung versucht mit diesen Methoden psychologischer Kriegsführung, den Willen unseres Vorsitzenden zu beugen, um ihn zur Aufgabe zu bewegen. Die Politik der AKP auf Imralı liefert eine klare Erkenntnis über die eigentlichen Absichten des AKP-Staates.

Die KurdInnen haben niemals vor der Grausamkeit kapituliert. Sie haben sich beharrlich widersetzt. Ihre Geschichte ist voller Widerstand. In der Phase der Republik [*gemeint sind die Aufstände seit Gründung der Republik Türkei; Anm. d. Ü.*] ließ die Führung der Republik alle Anführer kurdischer Aufstände hinrichten. Heute befindet sich unser Vorsitzender, der den letzten Freiheitskampf entwickelt hat, infolge eines internationalen Komplotts in der Gefangenschaft des türkischen Staates. Zwar richtet der ihn nicht wie die anderen kurdischen Anführer hin, sondern versucht mit dem Töten auf Raten, dasselbe Resultat zu erzielen.

Der Staat lügt wie gedruckt. Zweimal in der Woche wiederholt er die Lüge „Die Fähre ist defekt". Seit Juli 88-mal. Eine kurdische Mutter sagte vor kurzem im Fernsehen, nicht die Fähre, sondern der Kopf des Staates sei defekt. Welche rechtliche Grundlage liegt dieser Praxis zugrunde? Wer hat es angeordnet? Es ist offensichtlich, dass die Entscheidung von Erdoğan die Rechte unseres Vorsitzenden sowie weiterer sechs Personen auf Imralı außer Kraft gesetzt hat.

Auf der anderen Seite wird in ähnlicher Weise der kurdische politische Bereich angegriffen. In der Geschichte der Türkei gab es die meisten Festnahmen und Verhaftungen nach dem Militärputsch vom 12. September 1980. Es mag sein, dass

damals die [*Gesamt-*]Zahl der Festnahmen viel höher lag, aber die Zahl der festgenommenen kurdischen PolitikerInnen und Militanten betrug ca. 6 000–7 000. Heute sitzen 10 000 kurdische PolitikerInnen und Militante im Gefängnis. Während 2 000–3 000 von ihnen aufgrund von PKK-Verfahren inhaftiert sind, wird der Rest als Geiseln festgehalten. Wenn das keine Grausamkeit ist, was dann? Welche Straftat haben diese Menschen begangen? Sie genießen die Gunst der kurdischen Bevölkerung, sie sind MandatsträgerInnen. 33 sind BürgermeisterIn, 6 Abgeordnete, 190 Menschen bekleiden offiziell ein Mandat. Die anderen sind VertreterInnen demokratisch-politischer Institutionen der kurdischen Bevölkerung. Die PolitikerInnen, JuristInnen, GewerkschafterInnen, StudentInnen, FrauenrechtlerInnen dieses Volkes werden angegriffen. Zuletzt waren es die MedizinstudentInnen, JournalistInnen und die Gewerkschaft des Gesundheitssektors. Keine gesellschaftliche Berufsgruppe blieb verschont. Alle führenden Gruppen der Gesellschaft wurden ins Gefängnis gesteckt. Mit welcher Begründung? Sie seien KCK-Mitglieder. Es gibt keine Organisation KCK [*KCK wird als ein politisches System verstanden*]. Eine Organisation, die es nicht gibt, als real darzustellen, um mit diesem erfundenen Szenario die kurdische Politik zu vernichten, indem so viele Menschen verhaftet werden, das ist ein Projekt, um die Gesellschaft gefangen zu nehmen. (…) Wer in der Gesellschaft eine würdevolle Haltung besitzt, wer sich offen für eine kurdische Identität einsetzt, wer ein weitreichendes Bewusstsein hat, wird ins Gefängnis gesteckt. Und so funktioniert das: Einige Männer von Gülen [*gemeint ist Fethullah Gülen, der Führer der sich im türkischen Staat ausbreitenden und festsetzenden Gülen-Gemeinde; Anm. d. Ü.*] werden in legale Institutionen eingeschleust, die Polizei orientiert sich an ihren Berichten, wer aktiv ist, wer die Fähigkeit besitzt, die kurdische Gesellschaft zu organisieren; dann wird einE BürgermeisterIn, einE ProvinzvorsitzendeR oder ein Stadtratsmitglied festgenommen und ins Gefängnis gesteckt. Gesetze gibt es nicht, es gibt nur das kolonialistische Kriegsrecht. Bei der Festnahme des Bürgermeisters von Wan (Van) und anderer kam heraus, dass schon im Vorfeld Vorbereitungen getroffen worden waren. Aufgrund politischer Entscheidungen werden kurdische PolitikerInnen festgenommen. So soll die kurdische Politik zum Zusammenbruch gebracht werden. Sie denken, ein Volk ohne Politik und ohne Führung beliebig und nach eigener Vorstellung lenken und führen zu können. Das ist ein Krieg, ein Krieg gegen das kurdische Volk, ein Genozid an der kurdischen Politik.

Gegen diejenigen, die gegen diesen politischen Genozid Widerstand leisten und auf der Straße ihre demokratische Reaktion zeigen, werden unterschiedliche Waffen eingesetzt, allen voran Pfefferspray. Sie nehmen auch scharfe Waffen und töten. Özgür Taş, ein kurdischer Jugendlicher. Welches Verbrechen hatte er begangen? Sind gegen diejenigen, die ihn töteten, rechtliche Schritte eingeleitet worden? Nein. Bislang



Istanbul: Mit diesem etwas zynischen Transparent drücken SchülerInnen ihren Protest gegen die Massenfestnahmen aus: „600 gefangene SchülerInnen. Herzlichen Glückwunsch zum Jugendfest vom 19. Mai“ Foto: DIHA

wurden Hunderte von kurdischen Kindern und Jugendlichen auf diese Weise auf der Straße, hier und dort, ermordet. Niemand ist vom Staat Rechenschaft abverlangt worden. Dieser Krieg erstreckt sich auch auf die kurdische Gesellschaft, die soll eingeschüchtert und zum Einknicken gebracht werden. Der politische Repräsentant in Totalisolation, die Politik in Geiselhaft, Widerständische als Ziel eines großen faschistischen Angriffs.

Gegen die kurdische Guerilla werden ohnehin mit hochentwickelter Technik militärische Vernichtungsoperationen durchgeführt. Gegenwärtig in Dêrsim (Tunceli), Amed (Diyarbakır), Şirnex (Şırnak), Colemêrg (Hakkari), Serhat, also überall. Der türkische Staat führt einen umfassenden Krieg. Aber es ist ein Sonderkrieg, ein Krieg, der mit Sorgfalt vor der Öffentlichkeit verborgen wird.

Zuerst wurde die Presse zum Schweigen gebracht. JedeR wurde eingeschüchtert. Dieser Krieg ging nicht nur gegen das kurdische Volk, sondern alle, die sich diesem faschistischen System widersetzt haben, wurden zum Schweigen gebracht. Viele PressevertreterInnen wurden entlassen. Ein Jugendlicher wurde zu elf Jahren Haft verurteilt, weil er eine Kefiye [*„Palästina-Tuch“*] getragen hatte, zwei weitere Jugendliche zu 8,5 Jahren Haft, weil sie ein Transparent mit der Aufschrift „Für kostenlose Bildung“ getragen hatten. Gegen die gesamte Bevölkerung wird Krieg geführt. Die Jugend wird unterdrückt, die ArbeiterInnen – wie im Falle der türkischen Fluggesellschaft – werden entlassen, die JournalistInnen verhaftet oder entlassen. Der AKP-Staat versucht, etwas zu erreichen, indem er alle Gesellschaftsgruppen unterdrückt.

Welche Absicht steckt hinter diesem Krieg der AKP?

Die jetzige Politik ist nichts anderes als die aktualisierte Form des Şark-Islahat-Plans von 1925 [*Maßnahmen der Zwangsassimilation, Kolonisierung, Deportation, Zwangsmigration*]. Das eigentliche Motiv, den Willen der kurdischen Bevölkerung zu brechen und sie zu vereinnahmen, ist den Berichten und staatlichen Beschlüssen von damals zu entnehmen. Heute versucht die AKP dasselbe mit veränderter Wortwahl und Methode. Zum Beispiel sollten zur Zeit der Ittihatçı [*Partei der jungtürkischen Bewegung Anfang des 20. Jh.*] – wie bei der MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) heute – die KurdInnen türkisiert werden, indem ihre Existenz verleugnet wurde. Jetzt sagt die AKP: „KurdInnen verschwinden nicht, wenn man sagt, es gäbe sie nicht. Es gibt sie, sie sind unsere Geschwister, aber sie gehören der türkischen Nation an.“ Die AKP kommt dabei auf das Gleiche heraus. Sie verwendet ein anderes Vokabular: „Es gibt die KurdInnen, sie können auch ihre Sprache benutzen, sie können Fernsehsender eröffnen, sie können, wenn sie wollen, ihre Sprache als Wahlfach lernen, aber im Endeffekt gehören sie dennoch zur türkischen Nation.“ Das ist der Grund, warum Erdoğan ständig die nationalistische Losung „eine Nation, ein Staat, eine Sprache, eine Flagge, eine, eine, eine …“ wiederholt.

Kurzum, weil die frühere grobe Assimilations- und Vernichtungspolitik erfolglos geblieben und die kolonialistische Politik des türkischen Staates gescheitert ist, kommt die AKP wie eine Retterin daher: „Was Ihr nicht geschafft habt, werden wir professioneller machen. Wir werden die Religion nutzen, viel Geld fließen lassen und auch die Rhetorik der Geschwisterlichkeit gebrauchen. Auf diese Weise werden wir die kurdische Freiheitsbewegung zerschlagen und uns die KurdInnen zu eigen machen.“ Sie sprechen daher immer wieder von „unseren KurdInnen“. Die Aussage „KurdInnen zu eigen machen“ geht auf Sultan Abdulhamid zurück. Auch Erdoğan verfolgt diese Politik der Vereinnahmung, indem er ständig auf seine BürgerInnen kurdischer Herkunft abhebt. Das ist eine vertiefte Form des Kolonialismus. Das ist die eigentliche Absicht dieses Krieges.

Mit der Intervention des CHP-Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu in der kurdischen Frage wird versucht, politisch eine andere Atmosphäre zu erzeugen. Als sei eine Lösung möglich. Warum, glauben Sie, hat Erdoğan dieses Zusammentreffen mit Kılıçdaroğlu akzeptiert?

Die AKP-Regierung versucht größtenteils über geheimdienstliche Methoden und psychologische Kriegsführung, die Macht in der Türkei auszuüben. Hierbei benutzt sie sehr effektiv die Medien. Während sie auf der einen Seite auf harte Gewalt und Krieg setzt, will sie auf der anderen Seite Äußerungen über Frieden, Demokratie, Freiheit u. a. die Tagesordnung bestimmen lassen. Auch wenn das widersprüchlich erscheint, ist es das aber nicht, denn im Kern dient es demselben Ziel. Darüber, mit welcher Absicht der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei CHP, Kılıçdaroğlu, diese Initiative begonnen hat [*Kılıçdaroğlu trug Erdoğan einen Zehnpunkteplan zur Lösung der Kurdenfrage vor*], möchte ich mich vorerst nicht äußern. Aber es ist sicher, dass die AKP diese Initiative im Rahmen des totalen Krieges gegen unsere Bewegung und die kurdische Bevölkerung benutzen wird.

Diese Initiative kam wie eine Rettung. Aus diesem Grunde hat Erdoğan akzeptiert. Er wird sie ebenfalls im Rahmen seiner psychologischen Kriegsführung gebrauchen. Die Taktik, die Gesellschaft immer wieder mit Bekundungen „Wir werden das Problem lösen“ in Erwartung zu versetzen, ist gängig bei der AKP. Er ging sogar so weit zu sagen „Ich habe das Problem gelöst“. Jetzt heißt es: „Es gibt keine kurdische Frage, es gibt das PKK-Problem.“ Erdoğan hat das Angebot der CHP an die Bedingung geknüpft, die MHP müsse ebenfalls einbezogen werden. Es war von Anfang an klar, dass die ablehnen würde. Später sandte er Signale aus für eine zentralisierte Politik, indem er anbot, lasst uns beide gemeinsam arbeiten, und somit BDP (Partei für Frieden und Demokratie) und KurdInnen ebenfalls ausschloss. Es ist offensichtlich, dass sie die CHP in der festgelegten Staatspolitik zur Gehilfin machen wollen.

Wie bewerten Sie die Vorschläge und Diskussionen in diesem Rahmen?

Wir verschließen uns nicht einer wahren Lösung. Wir werden es nicht ablehnen, wenn alle staatlichen Organe und Institutionen zusammenkommen, um die Lösung des Problems zu

diskutieren. Die kurdische Frage ist das Hauptproblem der Türkei. Natürlich ist es weitgehend ein Problem des Parlaments. Das hat der Vorsitzende Abdullah Öcalan schon öfter zur Sprache gebracht. Die kurdische Frage ist das Problem des türkischen Parlaments und der Regierung. Daher sollte das Parlament es lösen, aber es lässt sich eine unaufrichtige Annäherungsweise erkennen. Wir denken, dahinter steht vielmehr das Kalkül, das Parlament als Ersatz zu benutzen, damit der verhärtete Krieg sein Ziel erreicht. Gäbe es eine ehrliche Auseinandersetzung und wäre ein Lösungsprojekt entwickelt worden, wäre das natürlich etwas anderes. Aber was ist das Projekt, gibt es überhaupt eines? Nein. Es gibt nur Phrasen. Dieselbe Partei hat drei Jahre lang Geschwafel um eine angebliche „demokratische Öffnung" produziert und die türkische Öffentlichkeit hingehalten. Was war dieses Projekt der demokratischen Öffnung? Obwohl schon geraume Zeit vergangen ist, weiß niemand, was dessen Inhalt ist. Sie haben sich in dieser Hinsicht spezialisiert. Die Gesellschaft ablenken, in Erwartung versetzen, aber parallel dazu das eigentliche Ziel mit anderen Mitteln verfolgen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, mit ihrem Krieg Erfolg zu haben. Daher haben wir keinerlei Erwartung an solche Gespräche. Wenn eine ernsthafte und ehrliche Annäherung an den Tag gelegt werden würde, dann wäre das etwas anderes.

Wie kann eine ernsthafte Annäherung aussehen?

Gegenwärtig wird ein Krieg auf unterschiedlichen Ebenen geführt. Der erste auf Imralı, der zweite im politischen Bereich, der dritte gegen die kurdische Bevölkerung und zuletzt gegen die Guerilla. Wenn die Regierung ihre Angriffe an diesen vier Fronten einstellt und den Schaden begleicht, erst dann können wir an die Ernsthaftigkeit glauben. Zu behaupten, das Problem zu lösen, während der Krieg an diesen vier Fronten anhält, ist unglaubwürdig. Unsere Leute werden dem keine Beachtung schenken. Es bedarf praktischer Schritte, wir sind das Geschwätz satt. Das kurdische Volk wurde in seiner Geschichte oft verladen, ihm wurden Versprechen nie eingehalten. Sie wurden immer verraten. Also achten wir nicht auf das, was gesagt wird, sondern auf die Taten.

Dient die Äußerung des Vizeministerpräsidenten Beşir Atalay, im Nordirak fänden Gespräche statt, die bis zur Waffenabgabe führen könnten und in die auch die USA involviert seien, ebenfalls dieser Absicht?

Selbstverständlich. Er ist professioneller Demagoge. Er ist Profi darin, etwas nicht Vorhandenes als existent darzustellen. Seine Aussagen haben keinerlei Substanz. Wir wissen nicht, was sie in Südkurdistan mit den USA besprechen. Wir sind nicht beteiligt. Seit längerem werden unterschiedliche Szenarien über uns ohne unsere Beteiligung diskutiert. Auch aktuell wissen wir das nicht, aber es darzustellen, als werde bald etwas passieren, dient dazu, den Willen der kurdischen Freiheitsbewegung und der kurdischen Bevölkerung zu brechen. Es ist Teil der psychologischen Kriegsführung, indem in der Gesellschaft die Erwartung erneut geweckt wird, dass die kurdische Frage gelöst werden würde. Aber es entspricht nicht der Realität. In einer Phase, in der das kurdische Volk und die Freiheitsbewegung derartigen Angriffen ausgesetzt sind, kann keine Entspannung durch bloße Ankündigungen erreicht werden.

Eines sollte nicht vergessen werden. Solange der Vorsitzende Öcalan isoliert wird und psychologischer Folter unterliegt, wird keinE kurdischeR PolitikerIn, weder ich noch die PKK, weder Mesut Barzani noch Jelal Talabani noch irgendjemand anderes einen Schritt für Entspannung unternehmen, ohne Öcalan einzubeziehen. Wir sagen es noch einmal ganz klar und deutlich: Wir haben alles, was getan werden konnte, unternommen, damit die Frage mit friedlichen Methoden gelöst wird. Der Ball liegt nun bei der AKP. Erdoğan hat aber diesen Ball auf das Schlachtfeld geworfen. Wir haben vor einem Jahr mit den Protokollen [*vgl. S. 10*], die dem Ministerpräsidenten vorgelegt wurden, unseren Beitrag geleistet. Die Antwort darauf war Krieg. Wenn die AKP, die CHP die staatlichen Institutionen tatsächlich die Lösung der kurdischen Frage anstreben, sollten sie nicht vergessen, dass der Vorsitzende Öcalan der einzige Mensch ist, der das Problem auf der Grundlage der Empfindlichkeiten der Türkei zu lösen vermag. Die Lösungsprotokolle unseres Vorsitzenden zur Demokratisierung der Türkei und zur Lösung der kurdischen Frage sind akzeptabel und realistisch. Niemand wird ein Projekt entwickeln können, das sie übertrifft. Das sollte erkannt werden.

Wenn eine wahrhafte Lösung gewollt ist, sind wir als PKK selbstverständlich für eine Lösung auf der Grundlage friedlicher demokratischer Methoden. Aber niemand wird uns mit Repression zum Einknicken bringen können. Wenn eine Lösung gewollt ist, dann sind nicht wir es, die den ersten Schritt unternehmen sollten, sondern Staat und Regierung der Türkei. Sie haben den Krieg gegen uns erneut aufgenommen. Was ist zu sagen, während 10 000 Menschen im Gefängnis sind, während seit elf Monaten unser Vorsitzender unter strengen Folterbedingungen gehalten wird? Wir können dagegen nur Widerstand leisten. Wenn eine Lösung von der Türkei gewollt wird, dann ist unser Vertreter – auch die kurdische Bevölkerung und ihre Institutionen haben es bekundet – der Vorsitzende Öcalan. Er hat drei Bedingungen formuliert. Seine Gesundheit, Sicherheit und Freiheitsbedingungen. Sobald diese erfüllt sind, wird er bereit sein, den Dialog fortzusetzen.

Es ist klar, dass weitere Gespräche unter den Bedingungen von Imralı nichts bringen werden. Sie würden nur eine Wiederholung darstellen. Der Dialog mit dem kurdischen Volksvertreter Öcalan kann nur außerhalb von Imralı zur Lösung des Problems beitragen. (…)

Die Situation im Mittleren Osten ist aufgeheizt. Das System bricht zusammen und die Reorganisierung steht auf der Tagesordnung. Auch wir KurdInnen wollen in dieser Phase mit unserem eigenen Status gemeinsam mit der Türkei unseren Platz einnehmen. Aber wenn die Türkei dies ablehnen sollte, werden wir unsere Suche nach anderen Wegen und Methoden intensivieren.

Ich spreche offen, die Möglichkeiten dafür sind vorhanden. Niemand sollte sich mit der Behauptung und Szenarien belügen, die PKK würde geschwächt werden, ihre Basis im Nordirak und die internationalen Bedingungen seien eingeschränkt. Die Bedingungen und die Möglichkeiten für die PKK sind heute besser als zuvor, sie ist eine Kraft, die auf hohem Niveau Widerstand leisten kann. Das kurdische Volk wird sich den Grausamkeiten der AKP nicht beugen. Es hat sich entschieden, und die PKK hat die Kraft und Autorität dafür, die Führung zu übernehmen. Es ist unsere Verantwortung, gegen diese unmenschlichen Vorgehensweisen, gegen diese Angriffe Widerstand zu leisten. Sie haben uns keinen anderen Weg gelassen. (…) Wir haben das Recht, diese Angriffe zu beantworten. Wir sind nicht diejenigen, die angreifen, die kurdische Guerilla ist nicht diejenige, die angreift. Sie macht lediglich von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch.

Unser Kampf ist in der vierten strategischen Kampfphase [*vgl. Kurdistan Report Nr. 152, S. 14: „Die Eigenschaften der ‚neuen Phase' …"*] angelangt, es ist die Phase des Finales. Wir werden uns dem Erfolg verschreiben, angelehnt an unsere eigene Kraft werden wir eine Kampfform entwickeln, die zur Lösung führen wird. (…)

Niemand sollte denken, wir würden Propaganda machen und übertreiben. Mehr will ich dazu nicht sagen. Wir haben uns immer für den Frieden und für eine Lösung ausgesprochen. Das größte Engagement dafür hat unser Vorsitzender gezeigt, aber jetzt sehen wir, womit er im Gegenzug konfrontiert wird. Was gibt es da noch zu sagen? Unser Volk, unsere FreundInnen, alle Lösungsorientierten sollten wissen, dass wir für eine Lösung sind. Im Rahmen der Einheit der Türkei, auf der Grundlage der Demokratisierung der Türkei haben wir die Perspektive der Demokratischen Autonomie entwickelt. Wenn die Türkei sich dem verschließt, werden wir als Volk nach eigenen Lösungen suchen.

Roboskî ist eine klaffende Wunde. RegierungsvertreterInnen vertiefen sie mit jeder Äußerung, anstatt den Vorfall aufzuklären. Warum gibt es keine Entwicklung bei der Aufklärung des Massakers, obwohl inzwischen sechs Monate vergangen sind?

Es wurde direkt vom Staat organisiert. Es wurde eine Kommission eingesetzt und eine Untersuchung begonnen. Normalerweise kann ein solcher Vorfall binnen eines Tages aufgeklärt werden. Es ist nicht schwer herauszufinden, wer den Befehl erteilt hat, welcher Pilot welches Flugzeug geflogen hat. Sie könnten ohne Weiteres die Verantwortlichen vor Gericht bringen. Wovon lenken sie seit sechs Monaten ab? Von ihrer eigenen Verantwortung, denn sie waren es, die dieses Massaker angerichtet haben. (…)

Die Äußerungen Erdoğans über Roboskî bieten Anhaltspunkte, dass das Massaker bewusst verübt wurde. Nach dem Vorfall bedankte Erdoğan sich bei Militär und Generalstab, anstatt sich bei den Betroffenen und Angehörigen zu entschuldigen. Als hätte das kurdische Volk keine Würde, gingen sie davon aus, die KurdInnen mit Geld zum Schweigen zu bringen. Die Familienangehörigen haben das Geld zurückgewiesen. Es war ein bewusstes, gegen das kurdische Volk verübtes Massaker. Erdoğan behauptete: „Sie sind nicht nur Schmuggler, sie stehen in Kontakt zur PKK", und legitimierte es auf diese Weise. Sie klären den Vorfall nicht auf, weil sie selbst dafür verantwortlich sind. (…)

Die ganze Welt, die USA und die EU sollten sehen: Das kurdische Volk unterliegt schwerer Unterdrückung. KurdInnen werden ermordet, niemand wird dafür verurteilt. Die internationalen Kräfte sollten sich nicht weiter an diesem Vergehen gegen unser Volk beteiligen. Waren die USA beteiligt am Massaker von Roboskî? Eine US-amerikanische Zeitung hat berichtet, die USA hätten der Türkei die geheimdienstlichen Informationen geliefert. Das heißt, sie waren beteiligt. Gegen das kurdische Volk wird eine kolonialistische, menschenverachtende Politik betrieben, kolonialistische Gesetze werden angewandt. Niemand sollte sich daran beteiligen.



Die Angehörigen der Getöteten von Roboskî protestieren vor dem Gericht in Amed. Foto: DIHA

US-Außenministerin Hillary Clinton sagte in der Türkei auf einer Pressekonferenz mit ihrem türkischen Kollegen Davutoğlu, die PKK habe zehntausende Menschen getötet und setze ihre terroristischen Aktivitäten fort. Was sagen Sie dazu?

Dem kurdischen Volk wurde großes Unrecht getan. Heute sind die KurdInnen Staats- und Polizeiterror ausgesetzt. Kurdische Jugendliche werden erschossen. Die AKP-Regierung betreibt heute selbst eine grenzenlose Unterdrückungspolitik gegen das kurdische Volk. Sie gibt sich als das demokratischste Land aus, das diese Werte auch in andere Länder übertragen kann. Sie beschuldigt die Nachbarstaaten, antidemokratisch zu sein, Massaker zu verüben. Der internationalen Öffentlichkeit gegenüber sagt sie: „Es gibt die kurdische Frage, wir werden sie lösen, aber die PKK ist ein Hindernis. Die PKK verbreitet Terror, handelt mit Rauschgift, tötet unschuldige Menschen, verübt Gewalt im Auftrag anderer Kräfte, verdient damit Geld." Mit diesen Falschinformationen, mit dieser Verleumdung und Gegenpropaganda betreibt sie Diplomatie. Wer ein Gewissen hat, weiß, dass es unser Vorsitzender und die PKK sind, die sich unermüdlich für eine Lösung des Problems einsetzen. Wir wollen eine würdevolle Lösung. Würdelosigkeit werden wir niemals akzeptieren. Das haben wir des Öfteren bewiesen. Das haben wir in den Gefängnissen von Amed (Diyarbakır) bewiesen, das beweist unser Vorsitzender auf Imralı, das haben wir auf den Bergen bewiesen, das hat unsere Bevölkerung auf der Straße bewiesen. Wir sind eine Bewegung, die unabhängig agiert.

Hillary Clinton ist eine Frau, eine Mutter. Sie sollte auf ihr Gewissen hören. Auf der besagten Pressekonferenz sagte sie: „Die PKK hält an ihren Terroraktivitäten fest, die Zehntausende das Leben gekostet hat. Die USA stehen im Kampf gegen den Terror an der Seite des türkischen Staates." Entweder lügt sie im staatlichen Interesse oder sie wird belogen. Denn nicht die PKK, sondern der türkische Staat verübt Terror gegen das kurdische Volk. Wie kann das Massaker von Roboskî definiert werden? Der türkische Staat hat im Kampf gegen die Freiheitsbewegung 17 528 „Morde unbekannter Täter" begangen. Warum wird der Staatsterror in Kurdistan nicht gesehen? Nach offiziellen Quellen kamen in diesem Krieg bislang 40 000 Menschen ums Leben, davon mindestens 30 000 KurdInnen, der größte Teil von ihnen unsere FreundInnen.

Wir appellieren an die internationalen Kräfte, allen voran an die USA, sich nicht mehr auf die Seite des Staatsterrors der Türkei zu stellen. Sie sollten sich nicht weiterhin am Blutvergießen der Türkei in Kurdistan beteiligen. Es ist genug! Es reicht, dass die KurdInnen den wirtschaftlichen und politischen Interessen geopfert werden. Die US-Außenministerin unterhält freundschaftliche Kontakte zur Kurdischen Regionalregierung. Das sind auch KurdInnen, auch sie haben bewaffnete Kräfte. Während diese als FreundInnen gesehen werden, gelten wir als FeindInnen. Worin unterscheiden wir uns? Auch sie haben für die legitimen Rechte des kurdischen Volkes einen Kampf geführt, wir führen denselben Kampf und versuchen dies zu erreichen, indem wir den demokratisch-politischen Weg ebnen. Aber der türkische Staat lässt das nicht zu. Er versucht uns mit der technischen und geheimdienstlichen Unterstützung der USA zu vernichten. Aber weil unser Volk sich von seinem Kampf nicht abwendet und uns unterstützt, hat diese Politik keinen Erfolg. Das ist die Wahrheit. Das kurdische Volk hat das Recht, in dieser Region zu leben. Wir wollen nur unsere Rechte, die uns als Volk zustehen. Das sind unsere natürlichen Rechte. (…)

Über die Entwicklungen in Syrien sagt Karayılan: Für das Erlangen seiner Rechte ist es überaus wichtig, dass das kurdische Volk, vor allem die politischen Kräfte, untereinander eine Einheit schaffen. Eine Veränderung in Syrien scheint unumgänglich. Die Umsetzung des Annan-Plans scheint der richtige Weg zu sein. Ansonsten zeichnet sich ein Bürgerkrieg ab. Daher ist es wichtig, dass im Rahmen des Annan-Plans – auch wenn er gegenwärtig gescheitert zu sein scheint – oder eines ähnlichen Projekts der Wandel in Syrien vollzogen wird. Dies liegt auch im Interesse der syrischen Bevölkerung. In dieser Hinsicht verfügt das kurdische Volk über eine Struktur, mit der es konstruktiv, per Dialog wichtige Beiträge für die Entwicklung des demokratischen Prozesses leisten kann.

Wie ist die Situation zwischen Iran und PJAK?

Der Iran ist weitgehend dem Waffenstillstand der PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) vom 5. September letzten Jahres gefolgt. Beide Seiten haben sich weitgehend daran gehalten. Es gab auf beiden Seiten Fehler, es kam zu einigen militärischen Auseinandersetzungen, aber es ist dennoch gelungen, den Waffenstillstand bis heute aufrechtzuerhalten. Das ist ein Beispiel für einen beidseitigen Waffenstillstand, was wiederum zeigt, dass Waffenstillstände nicht so funktionieren wie in der Türkei. Das heißt, wenn sie beidseitig sind, können sie funktionieren. Gegenwärtig scheint die Situation etwas angespannt. Wir sind der Auffassung, dass die Fortsetzung des Waffenstillstandes im Interesse beider Seiten liegt. Vor allem vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Region haben weder die KurdInnen, die PJAK ein Interesse an einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Iran noch der Iran ein Interesse an einem Krieg mit den KurdInnen. Wie bereits gesagt, die Situation ist angespannt und die Gefahr einer Konfrontation besteht. Wir als PKK sind der Meinung, dass an einer Politik festgehalten werden sollte, die eine Fortsetzung des Waffenstillstands ermöglicht. Wir hoffen, dass die gegenwärtige angespannte Situation nicht in militärische Auseinandersetzungen mündet.

Niemand sollte den KurdInnen eine andere Haltung aufzwingen. Es sollte respektiert werden, dass sie eine würdevolle und prinzipienfeste Politik in der Region entwickeln. Wenn ein gegenseitiger Respekt aufgebaut wird, wird es auch zu keinen Problemen kommen. Die KurdInnen sollten zudem versuchen, ihre Probleme im demokratischen Dialog zu lösen. Doch falls diese Haltung missachtet wird, dann ist das etwas anderes. In diesem Fall werden sich die KurdInnen verteidigen. ♦

Die politischen Bildungsakademien der BDP

Der Weg zu einem freien Menschen in einer freien Gesellschaft

Dersim Dağdeviren, Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Auch wenn die Auffassung vertreten wird, dass der Begriff Akademie aus der antiken griechischen Geschichte stammt, reichen ihre Wurzeln bis ins sumerische Reich. Die sumerischen Könige wollten ein neues Lebensmodell schaffen und schulten bestimmte Kreise in den Zikkuraten, den Tempeltürmen, in Mesopotamien. Diese sollten die Menschen aus ihrem freien Leben reißen und von einer freiwilligen Sklaverei überzeugen. Mit der Entwicklung einer staatlichen Struktur bzw. Gesinnung keimte somit auch das herrschende, ausbeutende Verständnis auf.

Dem offiziellen historischen Verständnis nach ist die erste Akademie die von Platon in Athen gegründete Philosophenschule. Wird Philosophie als Mut zum Denken verstanden, so hat die Akademie sicherlich zahlreiche positive Aspekte. Das Staatswerk von Platon zeigt jedoch, dass auch diese sich dem staatlichen System nicht entziehen konnte.

Bis heute setzt sich dieser Verlauf fort. Jedes neue System erstellt seinen eigenen Lehrplan, welcher darauf abzielt, das Individuum im neuen System einzugliedern, die Vergangenheit vergessen zu lassen und jegliche kritischen Gedanken zu unterbinden. Auch die im Rahmen der Neustrukturierung nach dem 2. Weltkrieg gegründeten Universitäten und die dazugehörigen Lehrpläne zielen darauf ab. Die Wissenschaft wurde mittels Positivismus von den Gesellschaften weitgehend entfernt und den Herrschenden unterstellt, welche sie als stärkstes Mittel zum Zweck einsetzen.

Phasenweise wurden zwar alternative Akademien gegründet. Diese konnten sich jedoch vor dem Einfluss des Systems nicht schützen und gerieten so in Vergessenheit. Solange die staatliche Gesinnung nicht überwunden wird, stellen Akademien und Bildungssysteme eine Fortführung der sogenannten freiwilligen Sklaverei dar, wie sie bereits im sumerischen Reich angestrebt wurde.

In einer Phase, in der die demokratische Moderne als Gegengift zur kapitalistischen Moderne entwickelt wird, braucht die Gesellschaft dringend neue Akademien, die sie wieder ihrem Kern näherbringen. Die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan betonte die Notwendigkeit hierfür schon Anfang 2000.

Selbst die Regierungspartei AKP gründete daraufhin in vielen Regionen der Türkei Akademien, die jedoch kaum Unterschiede zu den eingangs erwähnten sumerischen Tempelschulen und deren Gesinnung zeigten.

Auch die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) begann mit der Etablierung von politischen Bildungsakademien, die auf Grundlage der 30-jährigen politischen Erfahrung eine bestimmte Ebene der politischen Organisierung in allen Bereichen und Teilen der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Lebens erreichen sollte. Im Gegensatz zum klassischen Verständnis wurde den Begriffen Herrschaft und Staat, gemeint ist die staatliche Gesinnung, der Kampf angesagt.

Mit Gründung der Akademien wurden entgegen dem Vorwurf des Sezessionismus Diskussionen geführt, welche den Staat demokratisieren und so den Zusammenhalt gewährleisten. Jedes Thema, das im Lehrplan aufgenommen wurde, bezog sich auf das natürliche Leben und den Menschen. Wenn man Themen wie die Geschichte und das Bewusstsein der Philosophie, demokratische Politik, demokratische Autonomie, Ökologie, natürliche Gesellschaft, Menschheitsgeschichte, die Geschichte des Mittleren Ostens und das dort und weltweit herrschende politische Gleichgewicht, die politische Geschichte der Türkei, Regionalverwaltungen, kommunale Strukturen und ähnliche Themen analysiert, ist es möglich, die Hoffnung tragenden Keime des neuen Lebens zu erfassen. Es ist das Ziel der Bildungsakademien, neue Gedanken zu formen, Verständnis aufzubauen, den Menschen erneut mit der Natur zu vereinen und so, insbesondere durch die Lehre von Ökologie, zu seinem Kern zurückzuführen, den Menschen mit Unterricht in Gesellschaftskunde und Geschichte mit seiner Vergangenheit zusammenzubringen, mit der Geschichte des Mittleren Ostens die eigenen kulturellen Besonderheiten neu kennenzulernen und sich intensiv mit den historischen Aspekten auseinanderzusetzen. Auf diese Weise können sich neue frei denkende und schaffende Individuen entwickeln. Damit einhergehend formt sich auch eine neue Art Politiker, welche demokratisch und basisorientiert sind.

Im Gegensatz zum klassischen Verständnis wurde den Begriffen Herrschaft und Staat, gemeint ist die staatliche Gesinnung, der Kampf angesagt.

Die Wichtigkeit demokratischer Politik bzw. Politiker, insbesondere auch im Hinblick auf freiheitliche Bestrebungen, hebt auch die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan stets hervor: „Demokratische Politik betrifft alle Individuen und gesellschaftlichen Gruppen, die beherrscht wer-

den. Ihre Aktivitäten umfassen Ausbildung, Organisierung und Aktionen ... Für die gesellschaftlichen Kräfte, denen es auf die Freiheit ankommt, lautet der Grundauftrag, gegen die Herrschaft zu sein, nicht mit ihr Beziehungen zu pflegen. Daher müssen sie sich auf eine Demokratie im Sinne von außerstaatlicher Politik konzentrieren."

Genau diese Punkte, die Zentrierung der Inhalte der politischen Bildungsakademien auf den Menschen und seine Natur sowie die Abkehr von der allgemeinen staatsorientierten Herangehensweise missfielen dem herrschenden System, das genau diese bekämpft.

Das staatliche System hat wie immer „frei denkende Menschen" als größte Gefahr für sich gesehen und hunderte Menschen, unter ihnen die Professorin Büşra Ersanlı, auch Mitglied der Kommission für die Entwicklung einer neuen Verfassung, die Journalistin Ayşe Berktay, den Verleger Ragıp Zarakolu und seinen Sohn Deniz Zarakolu, die stets um die Demokratisierung des Landes bemüht sind, verhaftet. Ihnen wird der Unterricht in den legalen Bildungsakademien und damit die Mitgliedschaft im KCK-System vorgeworfen. Diese Verhaftungen zielen auf Einschüchterung ab und sollen den Transfer von Wissen über universitäre Grenzen hinaus und damit eine Stärkung der gesellschaftlichen Opposition verhindern.

Aus diesen Verhaftungen heraus hat sich jedoch eine breite Welle der Solidarität entwickelt. Dem Aufruf der Kampagne „Dur De" folgend, erklären hunderte WissenschaftlerInnen und Intellektuelle ihre Bereitschaft, in den Bildungsakademien der BDP zu unterrichten. In ihrer Erklärung betonen sie die Wichtigkeit solcher Bildungsprogramme für die Stärkung der politischen Sprache und Kultur und den Transfer von Wissen über die universitären Grenzen hinaus. Einer von ihnen ist Murathan Mungan, der am 28.01.12 in der BDP-Zentrale in Ankara zum Thema „Wege, Geschichte zu schreiben" unterrichtete. Er begann mit den Worten: „Ich bin hier, weil ich denke, dass manche Menschen in Anbetracht der zunehmenden Repressionen gegen die kurdische Bewegung mancherorts präsent sein müssen. Darüber hinaus sind meine politischen Ansichten bekannt. Ich hoffe, dass meine Anwesenheit sowohl denen, die hier sind, als auch denen, die es ablehnen, hierhin zu kommen, etwas bedeutet." Murathan Mungan betont, dass die Welt nicht gerecht sei und daher die Unterdrückten über ein noch breiteres Wissen und umfassenderes Bewusstsein verfügen müssen: „Jede Freiheitsbewegung braucht starke Institutionen und Personen. Dies ist Bestandteil des Identitätskampfes." Als Beispiel führt er das Kinowesen in den USA an, welches dort als Propagandamittel genutzt werde. Die jahrelang ausgegrenzten Juden hätten sich diese Ressource angeeignet und anschließend Filme über den Holocaust gedreht. Jedoch gebe es keinen Film, der die Frage nach der Anwesenheit der USA im Irak beantwortet. Der Begriff der Besatzung werde in keinem Film erwähnt. Sein Fazit daraus ist: „Wenn Ihr Eure Geschichte nicht erzählt, wird jemand anfangen, Euch Eure Geschichte zu erzählen. Sie werden Eure Geschichte und Kultur in ihrem Sinne gestalten." Wie der Journalist Cüneyt Özdemir in seiner Kolumne vom 31.01.2012 in der Radikal bereits zum Ausdruck brachte, bleibt nur zu hoffen, dass Murathan Mungan hiernach nicht auch der KCK-Mitgliedschaft beschuldigt wird.

Cüneyt Özdemir verweist in seiner Kolumne auch auf die Anklagen im Zusammenhang mit Interviews, die die Nachrichtenagentur ANF mit PolitikerInnen, JournalistInnen und anderen AkademikerInnen in der Türkei geführt hat. In diesem Zusammenhang ist auch die Verhaftungswelle gegen JournalistInnen in der Türkei zu erwähnen. Allein am 20. Dezember 2011 wurden 34 JournalistInnen, vorwiegend der Nachrichtenagentur DIHA, verhaftet. Die Zahl der Verhaftungen von MenschenrechtsaktivistInnen, RechtsanwältInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen und kurdischen PolitikerInnen beläuft sich allein in den letzten drei Jahren auf mehr als 6 700. Die Türkei ist weltweit führend bei der Zahl inhaftierter JournalistInnen und RechtsanwältInnen.



„Die freie Presse kann nicht zum Schweigen gebracht werden!" Protest in Istanbul für die Freilassung der inhaftierten JournalistInnen. Foto: DIHA

An dieser Stelle erlaube ich mir noch einen Einschub, der zeigt, wie der türkische Staat mit diesbezüglicher Kritik umgeht, sowohl national als auch international. Der US-amerikanische Schriftsteller Paul Auster hatte erklärt, die Türkei aufgrund der inhaftierten JournalistInnen nicht besuchen zu wollen. Der türkische Ministerpräsident R. T. Erdoğan erklärte daraufhin: „Er will die Türkei aufgrund der inhaftierten JournalistInnen nicht besuchen. Auch nach China reiste dieser Mann nicht. Wie dem auch sei! Glaubst du etwa, dass wir dich nötig haben? Ob du kommst oder nicht, was würde sich denn ändern? Und Kılıçdaroğlu [*Vorsitzender der CHP*] widmet sich diesem Mann und nimmt ihn in Schutz. Denn dieser meint, er sehe Dinge, die andere nicht wahrnehmen. Der Kochtopf ist umgekippt und Auster hat wohl den Deckel wiedergefunden. Dieser Schriftsteller ist 2010 nach Israel gereist. Angeblich soll Israel ein demokratisches und säkulares Land sein, in dem grenzenlose Menschen- und Freiheitsrechte gewährleistet sind. Was bist du denn für ein unwissender Mann? Israel ist ein von der Religion durchtränkter Staat. Sind sie es nicht, die Bomben auf Gaza herabregnen lassen? Natürlich wirst du das nicht erkennen, da nicht einmal unser Kılıçdaroğlu diese Dinge sieht."

Cüneyt Özdemir spricht in seiner Kolumne aber auch über die Zurückhaltung und Ängste mancher Personen, die nicht so mutig wie Murathan Mungan handeln. Das grundlegende Problem ist tatsächlich die Angst der Menschen vor der Freiheit, sowohl der Gegner der freien Gedanken als auch derjenigen, die Zurückhaltung zeigen. Ergreift jedoch der freie Gedanke den Menschen, bleibt alles andere, selbst der Tod, wirkungslos. Dies erklärt, warum immer neue Akademien aufgebaut werden und jeder durch Verhaftung frei gewordene Platz von anderen Menschen eingenommen wird.

Jede/r, die/der den Mut hat frei zu denken, sollte diese Aktivitäten unterstützen. Denn eine freie Zukunft kann nur mit frei denkenden Menschen geschaffen werden.



Ein Plakat aus der Serie zur Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei der Kampagne „Demokratie hinter Gittern". Weitere Informationen unter: http://demokratiehintergittern.blogsport.de

Nachtrag: Nach Fertigstellung dieses Artikels wurde der Inhalt der Anklageschrift der sogenannten KCK-Verfahren, im Rahmen derer auch Prof. Büşra Ersanlı angeklagt ist, bekannt. Ihr wird vorgeworfen, in einem Telefongespräch mit der Journalistin Nuray Mert, deren Kolumne in der türkischen Tageszeitung Milliyet aufgrund ihrer pro-kurdischen Haltung eingestellt wurde, die sogenannte Verteidigung von Recht und Ordnung durch die türkischen Sicherheitskräfte als Kriegszustand bezeichnet zu haben. Wenn 40 000 Tote, 4 000 entvölkerte Dörfer, 10 000 politische Gefangene kein Kriegszustand sind, was dann? Wenn die realistische Einschätzung einer vorliegenden Situation schon Inhalt der Anklage ist, ist es nicht verwunderlich, dass Prof. Ersanlı auch eine Führungsposition im sogenannten KCK-System vorgeworfen wird. Der Beruf wird zur Straftat.

Der Verleger Ragıp Zarakolu ist mittlerweile nach fünf Monaten Haft freigelassen worden. Hierbei hat sicherlich der starke internationale Druck eine große Rolle gespielt. Doch darf nicht vergessen werden: Die Anklageschrift gegen ihn wurde nicht aufgehoben und tausende Menschen sind weiterhin inhaftiert. Hierauf verweist auch Zarakolu in einem schriftlichen Statement nach seiner Freilassung und kündigt einen Protest der Schweigsamkeit an. Seine Freilassung sei eine Geiselnahme und bedeute nicht Freiheit. Denn Meinungsfreiheit stelle eine Farce dar, solange die an den Putsch von 1980 angelehnte Verfassung und die zugehörigen Strafgesetzbücher Bestand haben.

Eine demokratische Verfassung, zu der auch Prof. Ersanlı im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Verfassungskommission der BDP beitragen wollte, ist dringend erforderlich. Zwingend notwendig ist aber auch die Fortführung der Solidarität und des Protests, national wie international, gegen diese politische Repression; solange, bis Meinungsfreiheit in der Verfassung verankert und im Alltag Realität ist. ♦

Die erste Generalversammlung des Demokratischen Kongresses der Völker

Der HDK wird noch breitere Kreise erfassen

Ali Barış Kurt, ANF 22.05.2012

Im Herbst letzten Jahres hatte der Demokratische Kongress der Völker (HDK) seine Gründung bekannt gegeben. Auf dem Gründungskongress waren damals VertreterInnen aller Volksgruppen in der Türkei anwesend und entrichteten ihre Grußworte in ihrer jeweiligen Muttersprache. Auf der ersten HDK-Generalversammlung wurde nun beschlossen, unter dem Dach des Kongresses eine Partei zu gründen. Gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF) kündigte Ender Imrek, Mitglied des HDK-Exekutivrates, an, dass der HDK mit dem Entschluss zur Parteiwerdung noch breitere Kreise in seinen Arbeiten erfassen werde. Imrek unterstrich eine gewisse Tradition der Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Kreisen der Türkei und der kurdischen Bewegung. Durch die Arbeit des HDK werde diese Zusammenarbeit allerdings auf eine neue Ebene getragen. Im Folgenden äußert sich Imrek über Arbeit und Perspektiven des HDK.

Bereits in der Vergangenheit haben gewisse Teile des HDK auf lokaler oder nationaler Ebene zusammengearbeitet. Es gibt gewisse Erfahrungen mit Bündnisarbeit bei den BürgermeisterInnen- und den Parlamentswahlen. Vor allem in Phasen, in denen rassistische und chauvinistische Kampagnen Zulauf hatten, fanden kurdische und sozialistische Kreise dagegen zusammen. Im Kampf um eine gerechte Lösung der kurdischen Frage und für die Geschwisterlichkeit der Völker war diese Zusammenarbeit stets von Bedeutung. Auch im gewerkschaftlichen Bereich wurde stets großer Wert auf die Bündnisarbeit gelegt. Alle diese Erfahrungen hatten ihre eigenen Besonderheiten und jede einzelne Bündnisarbeit hat ihren besonderen Wert. Wenn eine Zusammenarbeit gut durchgeführt wurde, ernteten meistens auch alle die Früchte.

Der HDK konzentriert sich nicht auf eine einzelne Kampagne, sondern wird Kontinuität aufweisen

Aber der HDK trägt die Erfahrungen aus der Vergangenheit auf eine neue Ebene. Er beschränkt sich auch nicht allein auf die Kooperation zwischen der kurdischen und sozialistischen Bewegungen. Auch Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften, Gruppen aus der ökologischen Bewegung, feministische Kreise, VertreterInnen verschiedener Religions- und Volkszugehörigkeit, Menschen aus den LGBT*-Communities und sonstige unabhängige interessierte Persönlichkeiten vereinen sich unter dem Dach des HDK. Es gibt also qualitativ wie quantitativ große Fortschritte gegenüber den bisherigen Erfahrungen. Auch in der Vergangenheit gab es Versuche, einen solchen Zusammenschluss auf die Beine zu stellen, aber wir haben nie den gegenwärtigen Zustand erreichen können. Und fraglos hätten wir es auch ohne die Erfahrungen mit unseren Erfolgen und Misserfolgen nie geschafft. Wir sehen uns also in der Tradition der Kämpfe aus der Vergangenheit. Wir schöpfen daraus unsere Kraft. Denn diese Kämpfe haben unserer heutigen Arbeit den Weg geebnet.

Die wichtigste Lehre, die wir aus den Zusammenarbeitsversuchen der Vergangenheit gezogen haben, und zugleich auch der wichtigste Unterschied dazu, ist die, dass der HDK Kontinuität aufweisen soll. Unsere Kooperation beschränkt sich nicht auf eine Aktion, eine Phase oder einen Wahlkampf. Wir verstehen uns also auch nicht als eine Kampagne. Uns geht es darum zu organisieren und zu gewinnen. Wen wollen wir organisieren? Wir wollen alle unterdrückten und ausgebeuteten Volksgruppen, Religionsgemeinschaften, Klassen und Geschlechter zusammenbringen und von der Basis aus organisieren. Wir wollen eine Volksbewegung organisieren. Eine Volksbewegung, mit der eine Alternative zum Kapitalismus und zur allgegenwärtigen Unterdrückung geschaffen werden soll.

Der HDK ist bestrebt, die Bevölkerung in Rätestrukturen zu organisieren, angefangen von den kleinsten Stadtvierteln

* LGBT steht für „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender“

über die Arbeitsplätze, die Stadtteile bis hin zu den Großstädten. Dadurch wird ein Widerstand aufgebaut, der allein im Volk wurzelt. Der HDK wird somit überall in der Türkei zu einer legitimen Widerstandskraft für Demokratie, Arbeit und Frieden.

Von den auf dem reaktionären Status quo beharrenden Systemparteien hebt sich der HDK insofern ab, als er gegen die chauvinistischen und rassistischen Kräfte ebenso wie gegenüber dem Kapitalismus und der Unterdrückungspolitik permanenten Widerstand leistet. Und allein durch einen solchen Widerstand können die Gleichberechtigung der Völker, der Schutz von Presse-, Meinungs- und Organisierungsfreiheit sowie ein wirklicher Laizismus erreicht werden. Die Gründung der Partei dient in diesem Zusammenhang als ein Werkzeug, mit dem wir für diese Zwecke in Wahlkampfzeiten eintreten werden. Die Partei wird ein Mittel sein, um bei den Wahlen der Bevölkerung eine Alternative zu bieten, in der sie ihre Repräsentanz wiederfinden kann. Es wird eine Partei sein, die unter der Kontrolle des Volkes steht und mit der alle antidemokratischen Gegebenheiten überwunden werden sollen. Und sie wird ihre Kraft stets aus dem Demokratischen Kongress der Völker ziehen.

Im HDK wird keine Gruppe mehr Rechte genießen als die anderen

Mit dem HDK wollen wir alle Probleme, die sich in der Geschichte der türkischen Republik angesammelt haben und nicht gelöst worden sind, offen diskutieren. Wir werden vor keinem Tabu zurückschrecken. Zugleich wollen wir auch alle Kreise in uns vereinen, die sich dagegen wehren zu akzeptieren, dass sich die Türkei der imperialistischen und neoliberalen Politik ergibt. Wir werden eine Volksbewegung sein, die Militärputsche, Massaker, Todesstrafen, Genozide und Morde sogenannter unbekannter Täter durchleuchtet und aufklärt. Konkret bedeutet das, dass wir anfangen mit der Aufklärung des Todes von Mustafa Suphi und seiner Gruppe, die im Schwarzmeer ertrunken sind [*TKP-Vorsitzender und -ZK-Mitglieder, 1921*]. Die Massaker beim Scheich-Said-Aufstand [*1925*] und beim Dêrsim-Aufstand [*1937/38*], die Praxis der Unabhängigkeits-Gerichte, die Militärputsche von 1960, 1971 und 1980, die Massaker von Gurgum (Maraş) [*1978*], Çorum [*1980*], Sêwas (Sivas) [*1993*], die JITEM-Praxis und viele weitere dunkle Kapitel der Geschichte der Republik werden von uns untersucht werden.

Innerhalb des HDK soll es keinerlei Vorurteile zwischen den einzelnen Gruppen geben. Keine Gruppe wird von der anderen über- oder unterbewertet, alle begegnen sich auf Augenhöhe. Sie behalten selbstverständlich ihre Charakteristiken, schöpfen aber auch gegenseitig Kraft voneinander. Allein so können wir die Energie aufbringen, auf unserem gemeinsamen Weg voranzuschreiten. Wir können jetzt schon sagen, dass wir einen erfolgreichen Anfang genommen und uns schneller entwickelt haben, als wir dachten. Das bedeutet aber nicht, dass wir unsere politischen Gegner unterschätzen. Wir wissen auch, dass wir gegenwärtig noch gewisse Schwächen haben und an der einen oder anderen Stelle auch Unschlüssigkeit herrscht. Aber diese werden wir gemeinsam mit der Bevölkerung, durch deren Organisierung und die Einheit aller Werktätigen, Unterdrückten und Ausgebeuteten überwinden können.

Die Kreise des HDK werden breiter

Im HDK finden sich nicht nur die kurdischen und die sozialistischen Kreise wieder. VertreterInnen verschiedener Volksgruppen und Religionsgemeinschaften gehören ebenso dazu wie VertreterInnen der Umweltbewegung, FeministInnen, Menschen aus der LGBT-Community, AkademikerInnen, Intellektuelle und KünstlerInnen. Wir denken, dass dieser Kreis sich noch vergrößern wird, dass auch mehr muslimische Kreise sich am HDK beteiligen werden wie beispielsweise die Antikapitalistische Muslimische Jugend. Auch unter dem Einfluss des Kemalismus stehende Kreise, die aber nicht im tiefen Staat verstrickt sind und keine chauvinistischen Gefühle hegen, scheinen sich dem HDK anzunähern. Natürlich stehen unsere Türen auch breiten türkischen Kreisen offen, die eigentlich nichts mit dem Rassismus und Chauvinismus des Staates zu tun haben, aber von ihrer Regierung dennoch für diese Zwecke missbraucht worden sind. Und selbstverständlich werden die Kreise, die bei der Parlamentswahl vom 12. Juni 2011 am Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit beteiligt waren, sich noch intensiver in die Arbeiten des HDK einbringen. Insbesondere an die Jugend- und die Frauenbewegung hegen wir dabei große Erwartungen. Ebenso setzen wir auch sehr große Hoffnungen in die Werktätigen und GewerkschafterInnen.

Die Widerstandsbewegungen im Nahen und Mittleren Osten müssen koordiniert arbeiten

Von welcher Bedeutung eine Organisierung in Form des HDK ist, verstehen wir angesichts der Entwicklungen in unserer Region. Niemand kann infrage stellen, dass es im Nahen und Mittleren Osten ein Aufbegehren des Volkes gegen die Diktaturen, die Unterdrückung und Ausbeutung, sprich gegen den Status quo, gibt. Aber dahinter stecken keine Organisierung und keine Koordination. Deswegen können diese Volksbewegungen auch keine klaren Ziele formulieren. Demgegenüber wollen die imperialistischen Kräfte diesen Freiheits- und Gerechtigkeitsdrang des Volkes missbrauchen, um anstelle der jetzigen Diktaturen neue Marionettenregime in der Region zu installieren. Der HDK stellt sich klipp und klar gegen Interventionen von außen. Er würde dagegen auch entschiedenen Widerstand leisten. Die Ergebnisse und Konsequenzen der Irak-Intervention liegen offen. 1,3 Mio. Menschen haben ihr Leben verloren. Die Interventionen in Afghanistan, auf dem Balkan oder in Kaukasien zeigen nichts Gegenteiliges. Wir denken, dass das Volk mit seinem eigenen Widerstand und seinem eigenen Willen seine Probleme selbst lösen kann. Selbstverständlich gemeinsam mit dem globalen Widerstand und der Solidarität der Völker. Die richtige Politik kann nur auf dem Willen und den gegenseitigen Beziehungen der Völker, nicht der Staaten, basieren. ♦

Demokratische Türkei – demokratisch-autonomes Kurdistan

Devriş Çimen

Es ist hinlänglich bekannt, dass sich die Türkei aufgrund eines Demokratie-Defizits in der Sackgasse befindet. Es liegt an diesem Defizit, weshalb die Türkei keine andere Identität außerhalb der türkischen innerhalb ihrer Grenzen duldet und darauf beharrt, alle anderen Identitäten assimilieren zu wollen. Aber eben weil die Türkei sich einer Demokratisierung so konsequent verweigert, ist sie heute zu einem Sammelpunkt ungelöster politischer und gesellschaftlicher Probleme geworden. Das ist alles nicht weiter verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, dass dieses Land immer noch mit der militaristischen Verfassung des Putsches vom 12. September 1980 geleitet wird.

Wer ein wenig die Geschichte der türkischen Republik kennt, weiß auch, dass es vor 1980 mehrfach zu Militärputschen gekommen ist. Wir haben es in der Türkei mit einer Gesellschaft zu tun, die ihr Leben mit autoritären Regimen zu akzeptieren gelernt hat. Die Mentalität des Staates die durch die abwechselnden Militärjunten geprägt worden ist und sich bis heute beständig reproduziert, ist die eines autoritären zentralistischen Staates. Wenn der aktuelle Ministerpräsident der Türkei Recep Tayyip Erdoğan lautstark von „einem Staat, einer Nation, einer Religion, einer Sprache und einer Fahne“ spricht, so ist das also nicht die Erdoğan-Rhetorik, sondern die Rhetorik der Verfassung der Türkei.

Mit ihrem strikt zentralistisch ausgerichteten Aufbau drängt sich der Staat der Gesellschaft in allen Lebensbereichen unweigerlich auf. Der Versuch, diese Tatsache durch den Verweis auf die Kommunalwahlen in der Türkei zu kaschieren, scheitert, wenn man sich vor Augen führt, dass der von der Zentralregierung auserwählte Gouverneur mit weitaus mehr Befugnissen ausgestattet ist als der oder die demokratisch gewählte BürgermeisterIn der jeweiligen Stadt.

Es liegt auch hieran, dass die KurdInnen schmunzeln müssen, wenn in Europa von einer angeblichen Demokratisierung der Türkei gesprochen wird. Eine „Demokratisierung“ bei gleichzeitigem Beharren auf einer autoritär-zentralistischen Staatsausrichtung passt nicht wirklich zueinander. Würde die Türkei sich wirklich demokratisieren, dann wäre es vermutlich in den letzten drei Jahren auch nicht zu den Festnahmen von 8 000 politischen AktivistInnen gekommen. Und bei diesen Festgenommenen handelt es sich um Menschen, die ein wirklich demokratisches Konzept innerhalb der Grenzen der Türkei versucht haben umzusetzen. Und eben dies wird ihnen zur Last gelegt.

Doch was ist dies für ein Projekt, weswegen so viele Menschen in der Türkei hinter Gitter mussten?

Seit etwa vier Jahren arbeiten die KurdInnen an einem Projekt, das zur Lösung der kurdischen Frage innerhalb der Grenzen des türkischen Staates beitragen soll. Dieses Konzept sieht eine basisdemokratische und freiheitliche Organisierung der Gesellschaft vor und nahm durch die Ausrufung der „Demokratischen Autonomie“[1] am 14. Juli 2011 klarere Konturen an.

Nach einem außerordentlichen Treffen des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK), in welchem neben der BDP und den VertreterInnen der Volksräte in Kurdistan auch etwa 800 NGOs organisiert sind, verkündete seine Co-Vorsitzende, Aysel Tuğluk die Demokratische Autonomie mit folgenden Worten: „Die Ursache für die kurdische Frage ist,



Die Co-Vorsitzende des DTK, Aysel Tuğluk, in Amed. Foto: DIHA

dass den KurdInnen ihre Rechte als Volk und ihre Identität verweigert werden und dass auf all ihre Forderungen mit Repression und Gewalt reagiert wird. Die Lösung des Problems kann also nur über die Anerkennung der Rechte der KurdInnen sowie einen gleichberechtigten Status des kurdischen Volkes mit allen anderen Völkern der Türkei ermöglicht werden. Das kurdische Volk will von nun an nicht weiter ohne eigenen Status leben. Deswegen sagen wir, dass wir entgegen der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik unsere eigene Demokratie aufbauen und mit dieser zu einem Status gelangen wollen. Wir haben die Kraft und den Willen, uns selbst zu verwalten. Die Demokratische Autonomie ist nicht gleichzusetzen damit, dass ein Staat zerschlagen und an seine Stelle ein neuer errichtet werden soll. Sie ist auch kein Staatssystem. Sie ist die Selbstverwaltung eines Volkes ohne die Errichtung eines eigenen Staates. Sie beruht auf der eigenen Kraft und der Selbstgenügsamkeit des Volkes. Auf Basis dessen, der Lehren aus der Geschichte und der Perspektive der Demokratischen Nation[2] rufen wir als kurdisches Volk unsere Demokratische Autonomie aus."

Nach Ausrufung der Demokratischen Autonomie wurde von Seiten des türkischen Staates noch nicht einmal der Versuch unternommen, die Ziele und Inhalte dieses Projekts zu verstehen. Stattdessen begann die türkische Regierung mit all ihren Organen, das Projekt anzugreifen. Ein Tag nach der Ausrufung nahm der Staatsanwalt von Amed (Diyarbakır) seine Ermittlungen hinsichtlich der Erklärung auf. Er wolle prüfen, ob in ihr die Absicht der Teilung der türkischen Republik beinhaltet sei, was ihm jedes Kind beim ersten Hören der Erklärung verneinen könnte. Doch wir sollten nicht vergessen, dass es sich auch bei diesem Staatsanwalt um den Verteidiger der Verfassung des Militärputsches handelt. Die Verfassung hat ja diese Ermittlungen verlangt. Dieser Staatsanwalt ist letztlich auch nichts weiter als Teil einer Justiz, der gemeinsam mit der Polizei der politische Auftrag für die „Hetzjagd" auf kurdische AktivistInnen erteilt worden ist.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass es sich bei den 8 000 politischen Inhaftierten (dazu kommen etwa 5 000 Personen, die aufgrund des Haftbefehls ins Ausland geflohen sind) um Menschen handelt, die das Projekt der Demokratischen Autonomie in der Türkei diskutiert, entwickelt und mit organisiert haben. Ihre Tätigkeit bestand darin den Aufbau einer alternativen Gesellschaft voranzubringen. So haben sie, um die Partizipation der Gesellschaft an gesellschaftlichen Entscheidungen und deren Umsetzungen zu ermöglichen, basisdemokratische Rätestrukturen aufgebaut. Um die Bildungsrückstände in der Bevölkerung anzugehen, haben sie Akademien für die Bevölkerung errichtet. [*s. S. 18*] Um der wirtschaftlichen Ausbeutung der Region ein Ende zu bereiten, haben sie Konzepte für eine alternative Wirtschaft diskutiert und den Aufbau von Kooperativen vorangetrieben. Um die Benachteiligung der Frauen anzugehen, haben sie Frauenvereine, Frauenberatungsstellen und Frauenrätestrukturen aufgebaut. Um die Perspektivlosigkeit der Jugend aufzubrechen, haben sie diese in Jugendvereinen organisiert. Um das Bewusstsein für die Umwelt in der Gesellschaft zu stärken, haben sie Naturschutzvereine und eine Ökologiebewegung aufgebaut. Um die kurdische Sprache und die kurdische Kultur, die jahrzehntelanger Assimilationspolitik ausgesetzt waren, wieder neu erblühen zu lassen, haben sie Sprachkurse und -institute aufgebaut und kulturelle Festivals organisiert. Und um ihre eigenen Erfahrungen mit anderen Menschen aus der Region und aller Welt zu teilen, haben sie verschiedene Konferenzen, Versammlungen und Foren, wie das Mesopotamische Sozialforum, organisiert. All diese Bemühungen für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft wurden vom türkischen Staat als Gefahr angesehen. Deshalb wurden die AktivistInnen, die für diese Gesellschaft einstehen, im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen festgenommen.

Aus den Anklageschriften gegen die AktivistInnen geht hervor, dass ihnen „der Aufbau eines Parallelsystems zum Staat" vorgeworfen wird. Um diesen Vorwurf zu untermauern, wird ihnen zudem die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" unterstellt. Und das, obwohl diese Menschen nicht einen zweiten Staat aufbauen, sondern für die Freiheit ihres Volkes die Demokratische Autonomie entwickeln. Mit dem Modell der Demokratischen Autonomie geben die kurdische Freiheitsbewegung und die mit ihr sympathisierenden Kreise die Antwort auf die Frage „Was wollen die Kurden?".

Die Umsetzung der Demokratischen Autonomie würde nicht nur für die Demokratisierung der Türkei einen Meilenstein darstellen, sie würde zugleich auch zur Lösung der kurdischen Frage in den anderen Teilen Kurdistans sowie zur Demokratisierung der jeweiligen Staaten, auf die die Kurden aufgeteilt sind, beitragen. Wenn wir aktuell einen Blick auf Syrien werfen, wird dies untermauert. Dort sind es einzig die KurdInnen, die mit dem Aufbau der Demokratischen Autonomie in ihrem Siedlungsgebiet einen Ausweg aus dem politischen Chaos aufzeigen und das Tor für einen demokratischen Wandel im gesamten Land eröffnen.

Doch kehren wir nochmals zurück zur Türkei: Die kurdische Freiheitsbewegung hat ein Konzept ausgearbeitet, welches nicht nur zur Lösung der kurdischen Frage beiträgt, sondern zugleich auch ein demokratisches Zusammenleben zwischen dem kurdischen, dem türkischen und allen anderen Völkern der Türkei innerhalb der bestehenden staatlichen Grenzen möglich machen könnte. Es steht außer Frage, dass hierfür allerdings die zentralistische Ausrichtung des Staates aufgegeben werden muss und die politischen Kompetenzen auf die kommunale Ebene überführt werden müssen. Auch die Verleugnung aller anderen Identitäten, außer der türkischen, muss ein Ende finden. Das sind die Forderungen, die von der kurdischen Seite an den Staat als Bedingung gestellt werden. Sollten diese Forderungen allerdings von Seiten des Staates kein Gehör finden, und sollte der Staat auf seiner Vernichtungspolitik beharren, werden sich die KurdInnen wohl oder übel nach alternativen Lösungsmöglichkeiten umsehen müssen. Wie diese aussehen, kann aus den Erklärungen der kurdischen Freiheitsbewegung entnommen werden. ♦

Fußnoten:
1 siehe Broschüre „Vorlage eines Modellentwurfs für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan", Januar 2011
2 siehe Artikel A. Öcalan: „Die Demokratische Nation" in Kurdistan Report Nr. 161 Mai/Juni 2012

Bis jetzt sind die offensichtlichen Täter nicht zur Rechenschaft gezogen worden

Wir werden Roboskî nicht vergessen!

Memo Yaşar, Politologe

Bevor ich auf die aktuelle Situation eingehe, will ich kurz die Vorfälle in Roboskî (Ortasu) schildern. Das kurdische Dorf liegt an der türkisch-irakischen Grenze in der Provinz Şirnex (Şırnak). In einem Gebiet, das vom türkischen Militär 24 Stunden am Tag mit Drohnen und weiterem High-Tech-Equipment kontrolliert wird. Außerdem ist die Gegend dafür bekannt, dass sich die BewohnerInnen mit Grenzhandel [„*Schmuggel*“] über Wasser zu halten versuchen. Ein Teil des Gewinns geht an die türkischen Soldaten, die als Gegenleistung diesen Handel dulden – ein jahrzehntealtes ungeschriebenes Gesetz.

Am 28. Dezember 2011 kam es in der Nähe von Roboskî zu einem Angriff der türkischen Luftwaffe auf eine Gruppe von Grenzhändlern. Dabei wurden an diesem Abend 34 Zivilisten, darunter 19 Jugendliche, getötet. Die türkischen Medien versuchten, das Massaker totzuschweigen. Mehr als zwölf Stunden nach dem Vorfall und erst nach einem Ortsbesuch von Abgeordneten und FunktionärInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und Meldungen kurdischer Nachrichtenagenturen waren türkische Medien gezwungen, über Roboskî zu berichten.

Seit Monaten unternimmt der türkische Premier alles in seiner Macht Stehende, um dieses Massaker unter den Tisch zu kehren. Bis zum jetzigen Moment sind die offensichtlichen Täter nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Statt sich bei den Opfern und bei der kurdischen Bevölkerung zu entschuldigen, versucht Erdoğan das Massaker zu relativieren, indem er die Opfer als Schmuggler bezeichnet, die kurdische Freiheitsbewegung für diese Morde verantwortlich macht, die Medien der Berichterstattung über Roboskî beschuldigt und der BDP ankreidet, Roboskî für ihre eigenen Interessen zu missbrauchen. BDP und Menschenrechtsverein (IHD) lassen aber nicht locker und sprechen das Massaker von Roboskî auf jeder Plattform an, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

In einem umfassenden Artikel des Wall Street Journal vom 16. Mai 2012 haben Joe Parkinson und Adam Entous das Massaker genauer unter die Lupe genommen. Sie haben sich die Rolle der USA näher angeschaut und herausgefunden, dass die Informationen im Vorfeld des Massakers von US-amerikanischen Drohnen stammten. Nach offiziellen Angaben der USA soll einer ihrer Offiziere daraufhin die türkischen Behörden darüber informiert haben.

Dieser Artikel des Wall Street Journal brachte in der Türkei das Massaker und die Rolle des türkischen Premiers wieder auf die Tagesordnung. Auf den starken Druck von Öffentlichkeit und NGOs hin meldete sich Erdoğan zu Wort: „Gleich nach der Operation habe ich davon gehört. Wir haben die TSK [*Türkische Streitkräfte*] ermächtigt und diese haben davon Gebrauch gemacht. Wenn wir unseren TSK nicht vertrauen, unserer Polizei nicht vertrauen, wie sollen wir dann den Terror bekämpfen?“ Und weiter: „Aus dieser Höhe kann man nicht erkennen, ob es sich um Ahmet oder Mehmet handelt.“

Hätte sich dieses Massaker vor vier Jahren ereignet, würden Erdoğan und seine Medien die gesamte Verantwortung auf das Militär schieben und sich aus der Verantwortung ziehen. Mittlerweile funktioniert diese Ausrede nicht mehr, weil Erdoğan in der Zwischenzeit seine eigenen Leute an strategischen Positionen im Militär platziert und den aktuellen Generalstabschef Necdet Özel selbst ernannt hat. Nun zeigen alle vorliegenden Fakten, dass die AKP-Regierung ganz bewusst die jungen Zivilisten hat töten lassen und jetzt mit allen schmutzigen Mitteln versucht, diese Morde zu vertuschen.

Dieses Massaker ist nur eine Etappe der AKP-Roadmap, die darauf abzielt, die kurdische Opposition mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auszuschalten. Es ist eine Warnung, wie weit der Staat gehen kann, wenn es darum geht, den Widerstand der KurdInnen zu ersticken. Die AKP will damit zeigen, dass die Verhaftung von mehr als 100 JournalistInnen, nahezu 700 Studierenden und insgesamt mehr als 2 500 Oppositionellen in den vergangenen zwei Jahren nur die Spitze des Eisbergs sind.

Solange die AKP-Regierung die Täter des Massakers nicht zur Rechenschaft zieht und sie für diese Tat bestraft, ist die Herrschaft des Erdoğan-Regimes für die Kurdinnen und Kurden nicht legitim. Solange sich der türkische Premierminister für Roboskî nicht entschuldigt, wird eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und somit die Demokratisierung der Türkei nicht möglich sein. Solange die Türkei die kurdischen VertreterInnen und die kurdische Freiheitsbewegung für den Tod von 34 jungen Kurden verantwortlich macht, werden alle Wege für ein demokratisches Zusammenleben von KurdInnen und TürkInnen versperrt. Solange dieses Massaker nicht geklärt wird, kann niemand garantieren, dass nicht auch morgen KurdInnen sterben. Darum sollte niemand, der oder die sich um eine demokratische Lösung der kurdischen Frage bemüht, Roboskî in Vergessenheit geraten lassen. ♦

Das KCK-System und die demokratische Lösung in Kurdistan

Abdullah Öcalan*

Während im Nationalstaat die Mentalität vom Nationalismus geprägt wird, ist das Wesensmerkmal der demokratischen Nation das Freiheits- und Solidaritätsbewusstsein. Für die Kurden hat das zur Folge, dass einer Einigung mit Nationalstaaten die Akzeptanz der Demokratischen Autonomie zugrunde gelegt wird. Sie ist das Mindesterfordernis für das politische Zusammenleben mit Nationalstaaten, deren ethnische Dominanz im Vordergrund steht.

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) verkörpert in Bezug auf die kurdische Frage das Selbstbestimmungsrecht, das nicht auf einer staatlichen, sondern auf einer demokratischen Deutung beruht. Für die Lösung nationaler Probleme stellt das ein grundlegend neues Konzept dar. Die durch die kapitalistische Moderne verursachten nationalen Probleme wurden immer mit nationalstaatlichen, nationalistisch orientierten Lösungsmodellen und Paradigmen zu lösen versucht. Der Nationalstaat an sich wurde als ein wesentlicher Protagonist für die Lösung präsentiert. Wenn die Sprache auf ein nationales Problem kam, dann drängte sich sofort der Gedanke auf: „Wir sollten auch einen Nationalstaat haben." Für beinahe jede Ethnie und jede Nationalität war ein eigener Staat vorgesehen. Ein Konzept, das vor allem von England vorangetrieben wurde, das seinerseits globale Hegemonie anstrebte. Mit diesem Konzept, also der Zersplitterung großer Staaten in kleinere Nationalstaaten, wollte es seine „Teile-und-herrsche-Politik" umsetzen.

Der Nationalstaat ist hierbei für die Hegemonialmacht das passende Mittel für ihre, auf dem kapitalistischen System basierende, Hegemonie; er ist diejenige Staatsform, mit der Gewinnmaximierung und Industrialismus realisiert werden können. Um die Nationalstaaten besser begreifen zu können, ist es erforderlich, ihre Stellung im hegemonischen System, ihre Verbindung zu Kapitalismus und Industrialismus zu analysieren.

Ein eigener Staat für jede Ethnie, für jede Glaubensgemeinschaft und für jedes Volk – das bedeutet einen Beitrag zur Globalisierung des Kapitalismus, was gleichzusetzen ist mit der zunehmenden Ausbeutung und dem ausufernden Industrialismus (also der ökologischen Zerstörung). Wir haben immer wieder betont, dass der Zerfall des Realsozialismus aufgrund dieses Beitrages zustande kam.

Wir haben versucht zu erklären, dass die PKK (Arbeiterpartei Kurdistan), die anfangs den Realsozialismus als Grundlage für ihre Ideen auffasste, in der nationalen Frage aufgrund dieser Haltung ins Stocken geriet. Wir haben bereits zum Ausdruck gebracht, dass die PKK diesbezüglich durch Selbstkritik Transformationen erfahren hat. In der nationalen Frage bildet der Verzicht auf die nationalstaatliche Lösung die Basis der Wandlung, wobei die demokratische Lösung als Alternative zu gelten hat. Die demokratische Lösung bringt in diesem Sinne die gesellschaftliche Suche nach Demokratie über eine nationalstaatliche Lösung hinaus zum Ausdruck. Der Nationalstaat ist zusammen mit dem Kapitalismus nicht als Lösung für gesellschaftliche Probleme, sondern als Ursache für zunehmende Probleme zu betrachten.

Die Krisen des Kapitalismus sind dauerhaft und strukturell

Dass die nationalen und gesellschaftlichen Missstände dem Nationalstaat zugeschrieben werden, stellt eine despotische Seite der Moderne dar. Wenn die Lösung von Problemen in einem Umstand gesucht wird, aus dem sie erst hervorgehen, dann führt dies nur zu einer Vermehrung der Schwierigkeiten

* Dieser Text Abdullah Öcalans wurde seiner 537-seitigen Verteidigungsschrift „Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Çözümü-Kültürel Soykırım Kıskacında Kürtleri Savunmak" (Die kurdische Frage und die Lösung der Demokratischen Nation – Unter der Bedrohung durch den Genozid die Kurden verteidigen) entnommen, die in türkischer Sprache im März 2012 im Mezopotamya Verlag Neuss erschien.

und zu gesellschaftlichem Chaos. Der Kapitalismus ist per se die krisenreichste Ära in der Geschichte der Zivilisation. Und der Nationalstaat stellt in dieser krisenreichen Phase die am weitesten entwickelte Organisierung von Gewalt dar. Die Tendenz zu Gewinnmaximierung und grenzenloser Kapitalakkumulation im kapitalistischen System führt dazu, dass diese Gewalt im Übermaß angewandt wird. Gäbe es die Gewaltorganisation in Form des Nationalstaates nicht, würden die Gesetze der kapitalistischen Akkumulation nicht funktionieren.

In der Phase des globalen Finanzkapitals sind Gesellschaft und Umwelt mit Erscheinungen völliger Auflösung konfrontiert. Die Krisen, die zuerst vorübergehender Natur waren, haben einen permanenten und strukturellen Charakter erhalten. In diesem Zustand hat sich der Nationalstaat selbst zu einem das System hemmenden Hindernis entwickelt. Diese Situation hat sich so weit verschärft, dass sogar der Kapitalismus es sich auf die Tagesordnung gesetzt hat, den Nationalstaat loszuwerden.

Der Kapitalismus ist per se die krisenreichste Ära in der Geschichte der Zivilisation. Und der Nationalstaat stellt in dieser krisenreichen Phase die am weitesten entwickelte Organisierung von Gewalt dar. Die Tendenz zu Gewinnmaximierung und grenzenloser Kapitalakkumulation im kapitalistischen System führt dazu, dass diese Gewalt im Übermaß angewandt wird.

Die Herrschaft des Nationalstaates ist nicht nur die Quelle für gesellschaftliche Probleme, sondern auch ein Haupthindernis für deren Lösung. Es ist nicht mit der Natur der Gesellschaft vereinbar, sich dieses System für die Gesellschaft, die Völker und die Arbeiter als ein Mittel für Lösungen vorzustellen, denn dies käme der Verleugnung ihrer eigenen Natur gleich. Für die Lösung nationaler Probleme, die einen bedeutenden Teil der gesellschaftlichen Probleme ausmachen, ist es vor allem angebracht, der Natur der Gesellschaft, der Völker und der Arbeitenden entsprechend das demokratische Modell zugrunde zu legen.

Das demokratische Lösungsmodell ist nicht lediglich eine Option, sondern es ist die hauptsächliche Lösungsmethode. Wenn die Sozialisten und die nationalen Befreiungsbewegungen erfolgreich sein wollen, dann sollten sie zu keinem anderen Mittel zur Lösung als der Demokratie greifen. Das demokratische Modell sollte man sich nicht als eine Umwandlung des Einheits- bzw. Nationalstaates in eine föderale oder konföderale Form vorstellen. Der Nationalstaat in Form einer Föderation oder Konföderation ist nicht das demokratische Lösungsmodell. Es sind andere Formen staatlicher Lösung; und so tragen sie eigentlich nur zum Anwachsen der Probleme bei. Die Transformation des Nationalstaates in föderalistische und konföderalistische Formen im Rahmen des kapitalistischen Systemdenkens kann zu einer partiellen Problemlösung verhelfen, aber eine Lösung, die das Problem an der Wurzel packt, wird ausbleiben.

Die föderalen und konföderalen Formen einer Lösung sind sozusagen als Mittelweg zwischen den Kräften, die eine demokratische Lösung wollen, und denjenigen, die auf einem nationalstaatlich basierten Weg beharren, zu verstehen.

Allerdings sollte, nur weil diese Mittel eingesetzt werden, keine wirkliche Lösung von ihnen erwartet werden, denn das wäre ein Irrtum. Wir wissen auch, dass es ein Irrtum war, auf den Nationalstaat in Form des nationalen Befreiungsstaates oder des (real-)sozialistischen Staates mit linker Maske zu setzen. Dabei hat sich herausgestellt, dass diese Ausprägungen noch anfälliger waren für Diktatur und Faschismus.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass das demokratische Lösungsmodell nicht völlig unabhängig vom Nationalstaat ist. Demokratie und Nationalstaat können als zwei Autoritäten unter demselben politischen Dach eine Rolle spielen. Die Rahmenbedingungen für ihr Handeln werden durch die demokratische Verfassung festgeschrieben.

Die politischen Veränderungen, die sich derzeit in der Welt entwickeln, beruhen auf einer theoretischen und praktischen Überwindung des Nationalstaates. Je autonomer die demokratische Lösung, desto größer ihr Beitrag zur politischen Transformation. Die Veränderung des Nationalstaates in positivem Sinne steht mit der Demokratisierung, mit dem Aufbau der autonomen Verwaltung, demokratischen Nation und lokalen Demokratie und mit dem Entwicklungsgrad der demokratischen Kultur in allen gesellschaftlichen Bereichen in engem Zusammenhang.

Die KCK ist der konkrete Ausdruck der demokratischen Lösung für die kurdische Frage. Sie unterscheidet sich von den traditionellen „Lösungsschablonen". Die Lösung wird nicht in einer Teilhabe am Staat gesehen. Ein föderaler oder konföderaler Staat wird hierdurch weder angestrebt noch als eigene Lösung in Betracht gezogen.

Vom Staat wird eigentlich eingefordert, das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung anzuerkennen und sie nicht daran zu hindern, sich als demokratisch-nationale Gesellschaft zu entfalten. Wenn sich die herrschenden Nationalstaaten nicht nur dem Anschein nach, sondern tatsächlich an die demokratischen Grundsätze halten, dann sollten sie die demokratische Gesellschaft nicht verhindern und verbieten, auch wenn sie sie nicht unterstützen würden. Die demokratische Lösung wird nicht von Staaten oder Regierungen entwickelt.

Die gesellschaftlichen Kräfte tragen eigenständig die Verantwortung für die Lösung. Sie zielen auf eine Einigung mit den Staaten oder Regierungen im Rahmen einer demokratischen Verfassung ab, welche die Kompetenzverteilung zwischen den gesellschaftlichen und den staatlichen Kräften festlegt. Weder die Forderung nach absoluter staatlicher Kompetenz noch nach absoluter Demokratie scheint realistisch. Ein Beharren darauf wäre auch nicht im Sinne einer Lösung.

Der Nationalstaat als Falle, die zu Repression und Ausbeutung führt

Demokratische Lösung heißt grundsätzlich, dass eine demokratische Nation entsteht. Die Gesellschaft nimmt damit das Recht in Anspruch, sich als demokratische Nation zu konstituieren. In diesem Sinne scheint es erforderlich, die Nation neu zu definieren. In erster Linie sollte klargestellt werden, dass es nicht nur eine [*einzige*] Definition der Nation gibt. Wenn die Errichtung durch den Nationalstaat erfolgt, dann heißt die allgemeine Definition Staats-Nation.

Wenn das vereinigende Element die Ökonomie ist, dann ist es durchaus möglich, von Markt-Nation zu sprechen. Wenn aber das Recht vorherrscht, dann ist die Bezeichnung Rechts-Nation angebracht. Außerdem ist es möglich, dieses Faktum als politische und kulturelle Nation zu definieren. Wenn eine Gesellschaft durch ihre Religion vereinigt wird, ist ohnehin die Rede von „millet" [*türk. für „Nation"*].

Die Religionsgemeinschaft ist eine Gemeinschaft, die alle Völker vereinigt, die derselben Religion angehören. Demokratische Nation bedeutet jedoch, dass das freie Individuum und freie Gemeinschaften auf der Basis ihres freien Willens gemeinsam eine Gesellschaft bilden. Die vereinende Kraft der demokratischen Nation ist der freie Wille des Individuums und der Gruppierungen, die sich entschließen, derselben Nation anzugehören.

Jene Auffassung, welche die Nation von einer gemeinsamen Kultur, einem gemeinsamem Markt und einer gemeinsamen Geschichte abhängig macht, beschreibt die Staats-Nation, und eine Verallgemeinerung wäre dann nicht zulässig, d. h. die Auffassung von der einzigen Nation kann nicht verabsolutiert werden. Diese Ansicht über die Nation, die sich der Nationalsozialismus auch zu eigen gemacht hatte, betrifft das Gegenstück zur demokratischen Nation. Diese Version, die vor allem von Stalin für die Sowjetunion entwickelt wurde, hat zum Zerfall der Sowjetunion geführt. Solange dieser von der kapitalistischen Moderne entwickelte Typus der Nation nicht überwunden wird, gerät auch die Lösung der nationalen Probleme ins Stocken.

Nationale Gesellschaften dieser Art, die in die Grenzen des steifen Nationalstaates gezwängt wurden und unter starkem Einfluss der Macht stehen, werden durch die nationalistischen, fundamentalistischen, sexistischen und positivistischen Ideologien betäubt. Für eine Gesellschaft ist das Modell des Nationalstaates eine Falle, was zu Repression und Ausbeutung führt.

Die demokratische Nation verwandelt diese Definition in ihr Gegenteil. Die demokratische Nation in jener Interpretation, die nicht an politischen Grenzen sowie an einer einzigen Sprache, Kultur, Religion und Geschichte festhält, zeichnet sich durch das Zusammenleben einer pluralistischen, freien und gleichberechtigten Bürgerschaft aus. Eine demokratische Nation kann einzig mit diesem Modell verwirklicht werden. Das Modell des Nationalstaates ist hingegen seiner Natur gemäß der Demokratie gegenüber nicht aufgeschlossen.

Der Nationalstaat bezeichnet weder die universelle noch die lokale Wirklichkeit; ganz im Gegenteil wird sowohl das Universelle als auch das Lokale verleugnet. Die Zugehörigkeit zu einer eindimensionalen Gesellschaft bedeutet den Tod des [*gesellschaftlichen*] Menschen. Im Kontrast zu dieser Realität ermöglicht die demokratische Nation die Neuerrichtung des Universellen und des Lokalen. Alle anderen Definitionen der Nation bewegen sich irgendwo zwischen diesen zwei Polen.

Die gemeinsame Mentalitätswelt und die Kurden

Trotz der großen Bandbreite an Definitionen für die Baupläne der Nation gibt es eine allgemeine Bestimmung, die alle anderen verbindet – jene Veranschaulichung der Verbindung zwischen Nation und Mentalität, Bewusstsein und Glauben. In diesem Fall ist die Nation eine Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamer Weltanschauung.

Für den Begriff der Nation sind Sprache, Religion, Markt, Geschichte und politische Grenzen nicht bestimmend, denn sie spielen nur eine physische Rolle. Wenn die Nation über eine gemeinsame Mentalität definiert wird, so verfügt der Begriff über einen dynamischen Charakter.

Während sich der Nationalismus auf die Mentalität im Nationalstaat auswirkt, wird die demokratische Nation durch das Freiheits- und Solidaritätsbewusstsein geprägt. Dennoch bleibt die Definition lückenhaft, wenn nur der Mentalitätszustand als wesentliches Element hervorgehoben wird. Den Körper der nationalistisch orientierten Nationen bildet die Institution des Staates. Aufgrund dessen werden diese Nationen als Staats-Nation bezeichnet. Wenn aber der Schwerpunkt auf die rechtlichen und ökonomischen Institutionen gelegt wird, dann ist zur Differenzierung dieser Nationen wichtig, sie entweder als Markt- oder Recht(s)-Nation zu bezeichnen. Den Körper der mit Freiheits- und Solidaritätsbewusstsein ausgestatteten Nationen bildet die Demokratische Autonomie. Die Demokratische Autonomie bedeutet eigentlich, dass sich Individuen und Gemeinschaften derselben Weltanschauung eigenständig verwalten. Dies kann aber auch als demokratische Führung oder Autorität bezeichnet werden, und diese Beschreibung zeigt vor allem Offenheit gegenüber der Universalität.

Im Lichte dieser Definitionen von Nation steuert die KCK bei der Lösung der kurdischen Nationalfrage die Umsetzung der Demokratischen Autonomie an, indem sie staatsnationalistische Annäherungsweisen ablehnt. Gemeinsam mit anderen Nationen, wie z. B. der türkischen, kann ein übergeordnetes Nationenverständnis geschaffen werden. Die Definition der übergeordneten Nation lässt sich in dem Sinne erweitern, dass viele andere Nationen mit einbezogen werden. Die weltweite Gemeinschaft der Muslime kann als Prototyp dieser Darstellung verstanden werden. Die gesellschaftlichen Kulturen im Mittleren Osten werden mit großer Wahrscheinlichkeit früher oder später durch eine gemeinsame Volks-Nation (erneuerte Form der oben genannten Gemeinschaft) vereinigt werden.

Die Nationenwerdung der Kurden ist im Zusammenhang mit diesen Begriffen in zwei Dimensionen vorstellbar. Die erste ist die mentale Dimension. In diesem Kontext wird die gemeinsame Geisteshaltung bzw. Mentalität angesprochen.

Grundlegendes Kriterium ist, dass das auf Vielfalt beruhende gleichberechtigte und freie Weltideal bzw. Projekt in mentaler Hinsicht geteilt wird. Diese Mentalitätswelt kann auch als eine kommunale Welt oder Utopie der freien Individuen bezeichnet werden. Es ist wichtig, jene Haltung durchzusetzen, die Vielfalt nicht ablehnt.

Die zweite Dimension ist der Körper, auf den sich die Welt der Mentalität beziehen wird. Mit Körper ist gemeint, dass die gesellschaftliche Existenz der mentalen Struktur entsprechend neu organisiert wird.

Die physische Dimension und die Demokratische Autonomie

Die mentale Dimension betrifft die Gedanken- und Traumwelt sowie das Solidaritätsgefühl von Individuen und Gemeinschaften, die eine Nationenwerdung anstreben. Um diese mentale Dimension reifen zu lassen, ist wissenschaftlicher, philosophischer und künstlerischer Unterricht zu fördern, und zu diesem Zwecke sollten im ersten Schritt Schulen eröffnet werden. Aufgabe dieser Schulen ist der Unterricht über Mentalität und Psyche zur Nationenwerdung.

Es muss also auch möglich sein, Erklärungen über die wissenschaftliche, philosophische und künstlerische Wahrheit der kurdischen Realität in diesen Schulen frei zu präsentieren und zu lehren. Dafür muss die Forderung nach der absoluten Umsetzung von Gedanken- und Meinungsfreiheit gegenüber den herrschenden Nationalstaaten umgesetzt werden.

Wenn diese mit den Kurden nach denselben Standards leben wollen, dann sollten sie bereit sein, die für die den Aufbau einer nationalen Gesellschaft erforderlichen Normen wie z. B. die Gedanken- und Meinungsfreiheit verfassungsrechtlich zu garantieren. Der Weg zur Bildung einer gemeinsamen Nation führt über eine umfassende Bindung an Gedanken- und Meinungsfreiheit.

Die zweite Dimension der Bildung einer demokratischen Nation betrifft die Erneuerung der körperlichen Existenz. Die Grundlage der körperlichen Dimension bildet die Demokratische Autonomie. Sie ist entweder enger oder allgemeiner zu definieren. Die allgemeinere Definition bezeichnet die demokratische Nation. Diese weist vielerlei Dimensionen auf, kultureller, ökonomischer, sozialer, rechtlicher, diplomatischer Natur. Im engeren Sinne drückt die Demokratische Autonomie die politische Dimension aus. Auf dem Wege zur Bildung der demokratischen Nation bedeutet sie ein Problem mit den herrschenden Nationalstaaten. Denn diese lehnen das Modell ab. Solange sie sich nicht gezwungen fühlen, kommt für sie eine Anerkennung nicht in Betracht. Für die Kurden kommt eine Einigung mit den Nationalstaaten nur in Form einer Einigung über die Demokratische Autonomie infrage. Die Demokratische Autonomie ist das Mindesterfordernis für das politische Zusammenleben mit den herrschenden Nationalstaaten.

Das Recht der Kurden auf eine demokratische Nation

Die Lösung der Demokratischen Autonomie kann auf zwei Wegen realisiert werden: Der erste Weg ist eine Einigung mit den Nationalstaaten. Ihren konkreten Ausdruck findet sie in der demokratischen Verfassung. Das historische und gesellschaftliche Erbe der Völker und Kulturen wird respektiert. Die Demokratische Autonomie ist die Norm für diese Rechte.

Die maßgeblichen Bedingungen für diese Grundsätze sind vor allem der Verzicht der herrschenden Nationalstaaten auf jede Verleugnungs- und Vernichtungspolitik und auch das Verwerfen der Idee der Gründung eines eigenen Nationalstaates aufseiten der unterdrückten Nation. Wenn nicht beide Nationen in dieser Hinsicht Abstand nehmen von ihren staatlichen Tendenzen, wird die Umsetzung der Demokratischen Autonomie erschwert.

Die europäischen Staaten sind nach ihrer 300-jährigen Erfahrung zu der Erkenntnis gelangt, dass für die Nationalstaaten zur Lösung regionaler, nationaler und minderheitenrechtlicher Probleme ein Modell demokratischer Autonomie zu akzeptieren ist. Zur Lösung des kurdischen Problems ist der konsequente und sinnvolle Weg die Demokratische Autonomie. Alle anderen Lösungswege außer diesem führen nur zum Aufschub der Probleme und zur Vertiefung der Konflikte. Die Geschichte der nationalen Probleme ist hierbei äußerst lehrreich.

Die europäischen Staaten, die immer eine Herberge nationaler Konflikte waren, haben die letzten 60 Jahre unter anderem auch deshalb in Frieden und Wohlstand verbracht, weil sie die demokratische Autonomie anerkannten und weil sie auch für die regionalen, nationalen und minderheitenrechtlichen Probleme flexible und kreative Positionen entwickelten. In der Türkei war jedoch das Gegenteil der Fall. Die Türkei kann ihren Frieden und Wohlstand erst dann erlangen, wenn alle anderen Kulturen, und im Besonderen die kurdische, durch die Demokratische Autonomie akzeptiert werden.

Der zweite Lösungsweg der Demokratischen Autonomie, der nicht auf einer Einigung mit den Nationalstaaten basiert, führt über die eigenständige Realisierung des Projekts. Im weiteren Sinne heißt das, dass die Dimensionen der Demokratischen Autonomie umgesetzt werden und die Kurden das Recht auf die Bildung einer demokratischen Nation in Anspruch nehmen.

Zweifelsohne werden im letzteren Fall die Konflikte mit den Nationalstaaten zunächst noch weiter eskalieren. Die Kurden werden gegenüber möglichen Angriffen einzelner Staaten und einer Allianz dieser Staaten ihre Position stärken und sich zu verteidigen wissen, um dadurch ihre Existenz zu schützen und frei zu leben. Bis entweder eine Einigung erzielt oder die Unabhängigkeit erreicht wird, werden sie sich im Hinblick auf die Bildung der demokratischen Nation im Rahmen der Selbstverteidigung nicht zurückhalten. ♦

Zum Hungerstreik in Straßburg für die Freiheit Öcalans und des kurdischen Volkes

Von Masken, die fallen, und Wahrheit, die ans Licht kommt

Gönül Kaya, Kolumnistin und Aktivistin der im März 2012 neu gegründeten Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan“

Das kurdische Volk ist 2012 nicht nur in Kurdistan, sondern vor allem auch in Europa und überall dort, wo seine Angehörigen leben, mal etwas anders ins neue Jahr gestartet. Seit langem leben sie in geografischer Zerrissenheit und agieren nun auf Grundlage eines eigenen Lösungsansatzes in der kurdischen Frage. Nun endlich erwidern die im eigenen Land einem kulturellen, politischen, sozialen und ökonomischen Genozid Ausgesetzten, im Exil, als Flüchtlinge und ohne Status Lebenden: „ES REICHT!“

„ES REICHT!“ zur Statuslosigkeit.

„ES REICHT!“ zu Gewalt und Krieg.

„ES REICHT!“ zur Politik der Herrschenden in Ost und West, die ein Leben in Würde unmöglich machen.

Sie sagen „ES REICHT!“ dazu, dass sie selbst, ihre politischen VertreterInnen, die PKK und Abdullah Öcalan, den sie als Repräsentanten ihrer selbst und ihres politischen Willens anerkennen, als TerroristInnen dargestellt werden, obwohl sie selbst mit terroristischen Mitteln bekämpft werden.

Das kurdische Volk sagt „ES REICHT!“ zur 13-jährigen Gefangenschaft von Abdullah Öcalan.

Seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts sind alle vier Teile Kurdistans Schauplatz von großem Leid, von Wandel und kriegerischen Auseinandersetzungen. Verursacher sind zum einen die türkischen, iranischen und arabischen Herrschenden und zum anderen USA und EU, die Erstere in jeder Hinsicht unterstützen. Dem stehen Prozesse von Aufklärung und Bildung und die Organisierung und der Widerstand der KurdInnen und aller anderen unterdrückten Völker des Mittleren Ostens entgegen. Die eine Seite bildet die existierende staatliche, klassengesellschaftliche, machtvolle und patriarchale Zivilisation, die andere Seite eine sich im Aufbau befindliche demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft. Die letzten vierzig Jahre sind geprägt von Auseinandersetzungen zwischen diesen zwei Seiten. Für die Durchsetzung demokratischer Ziele ist eine freiheitliche Basis Voraussetzung, auf der sich alle Beteiligten weiterentwickeln, organisieren, auf der sie institutionelle und moralische Richtlinien entwickeln und sich politisieren, also aktiv Politik betreiben. Das Nationalstaatsmodell, das im 19. Jahrhundert im Nahen/Mittleren Osten durchgesetzt wurde, hat nicht in die Freiheit und zu Demokratie geführt, sondern die Konflikte und die Feindseligkeiten zwischen den Völkern auf nationalistischer Ebene verschärft. Die türkischen, arabischen und iranischen Herrschenden haben die Völker einander entfernt und dadurch die Widersprüche und Kämpfe zwischen den herrschenden und den unterdrückten Nationen verstärkt. Während jedes Volk als Klassengesellschaft von seinen Herrschenden ausgebeutet wird, hat sich ebenso eine klassengesellschaftlich-trennende Struktur zwischen den Völkern entwickelt. Da nationalstaatliche Regierungen per se demokratiefeindlich sind, erlebten die diktatorischen Regime Krisen in Form von Militärputschen. Im Grunde genommen haben türkische, arabische, iranische und ähnliche Regierungen nie zu den türkischen, arabischen oder iranischen Völkern gehört.

Das vom westlichen, kapitalistischen System etablierte Nationalstaatsmodell diente der Zerstückelung und Kolonialisierung des Nahen/Mittleren Ostens und wurde dieser Region von außen aufgezwungen. Resultate sind die Verfeindung zwischen Palästina und Israel, die Tötung unzähliger PalästinenserInnen und Israelis, der türkisch-griechische Konflikt in Zypern und die Massaker am armenischen, dem pontischen (auch als Pontos-GriechInnen bekannt), dem assyrischen und heute dem kurdischen Volk.

Folglich sind nicht etwa die arabischen, jüdischen, türkischen, kurdischen, persischen oder armenischen Völker verantwortlich für den immer intensiver werdenden Kriegszustand im Nahen Osten. Die Teilung Kurdistans (durch den Vertrag von Lausanne 1923) zwischen den türkischen, arabischen und persischen Nationalstaaten ist die zentrale Ursache für die Probleme im Nahen/Mittleren Osten. Aus dieser Perspektive wurde dort die kurdische Frage stets als Instrument zur Klärung von Machtverhältnissen und Differenzen (zwischen westlichen und nah-/mittelöstlichen Staaten) benutzt. Die kurdische Frage wurde immerfort, ohne beim Namen genannt zu werden, durch Leugnung und Vernichtung der KurdInnen aufrechterhalten. Die Situation stand schon immer unter der Kontrolle dieser Staaten. Den KurdInnen wurde in Kurdistan ihre Identität genommen, sie wurden durch ökonomische Ausbeutung und Massenmord aus ihrem Land vertrieben und in die westliche Diaspora gedrängt. Heute leben viele kurdische Flüchtlinge in der BRD, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz, Schweden, den USA, Kanada, Australien und ähnlichen Ländern. Die KurdInnen, die in diesen Ländern Asyl suchen, werden dort noch immer ihrer Rechte beraubt, sind politisch motivierter Vernehmung ausgesetzt und von Verboten betroffen.

Öcalan und die PKK sind nicht etwa die Ursache des Problems, sondern diejenigen, die seit jeher die Verantwortlichen und ihre korrupten Taktiken benennen.

Folglich ist die kurdische Frage nicht nur ein Problem des Nahen/Mittleren Ostens, sondern auch ein internationales mit diversen Beteiligten. Somit wird deutlich, dass die Kolonialisierung Kurdistans von den Mächten, die Kurdistan teilten, wissentlich und willentlich vorangetrieben wird.

Abdullah Öcalan hat die letzten vierzig Jahre seines Lebens der Lösung der kurdischen Frage gewidmet und ist Vorreiter dieses Widerstandes. Die PKK wird vom kurdischen Volk als ihre „Freiheitsbewegung" wahrgenommen; in diesem Zusammenhang sind Bemühungen, Abdullah Öcalan und die PKK als den „Grund für das KurdInnenproblem" darzustellen, schlicht abwegig. Öcalan und die PKK sind nicht etwa die Ursache des Problems, sondern diejenigen, die seit jeher die Verantwortlichen und ihre korrupten Taktiken benennen. Sie sind es, die die Realität der KurdInnen und Kurdistans und ihre Identität zutage förderten. Sie überzeugten das kurdische Volk, das ahnungslos um seine eigene Identität war – oder selbst wenn es sich ihrer bewusst war, sie aus Angst und Furcht nicht annehmen konnte –, von seiner kurdischen Identität. Sie entlarvten nicht nur die kurdische Frage, sondern entwickelten auch noch auf Freiheit und Demokratie basierende Lösungsperspektiven.

Die im 20. Jahrhundert entwickelten Methoden des Widerstandes haben Öcalan und die PKK Anfang des 21. Jahrhunderts reflektiert und „Staat" und „Gewalt" einer tiefgreifenden Analyse unterzogen. In ihrem Verständnis sollte Widerstand gegen den Staat auf der Freiheit des Individuums und der Gesellschaft, dem Gleichgewicht zwischen Gesellschaft und Natur und der Freiheit der Frau basieren. Öcalan, der das Paradigma der demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft entwickelte, initiierte diesen Wandel. Revolutionärer, ausbeuterischer und unterdrückerischer Gewalt und Krieg entgegen steht nun die legitime Selbstverteidigung [*bewaffnete Verteidigung der Errungenschaften des Freiheitskampfes und der Bevölkerung Kurdistans*]. Angesichts der Angriffe und zur Verteidigung der Freiheit bildet diese nun eine Grundlage. Entgegen den „Terrorismus"-Vorwürfen der kapitalistischen und ausbeuterischen Staaten entschied er sich für die Entwicklung einer auf Selbstverwaltung und -bestimmung beruhenden Organisierung der kurdischen und anderen Völker, ein Projekt, dem das gleichberechtigte, freiheitliche und demokratische Zusammenleben der Völker zugrunde liegt. Den Strukturen und Institutionen der kapitalistischen Zivilisation gegenüber definierte er die Grundlagen und Institutionen der demokratischen Zivilisation. Öcalan stellt fest: „Das kurdische Dasein ist nun existent, und es kann nicht geleugnet werden. Von nun an geht es um den Prozess der Schaffung eines freien Individuums und einer freien Gesellschaft."

Das zeigt, dass Abdullah Öcalan nicht nur als ein Individuum zu bewerten ist, sondern seine Bedeutung auch in dem Kontext findet, dass er im Rahmen der Freiheitsbestrebungen des kurdischen Volkes ein Projekt für Freiheit und Demokratie für alle unterdrückten Völker formuliert hat. Somit gilt seine Aufmerksamkeit nicht nur dem kurdischen, sondern allen unterdrückten Völkern. Aus diesem Grund taten die KurdInnen im Jahre 2005 mit einer Aktion, deren Realisierung in Nordkurdistan mit schweren Repressionen verbunden war, kund, dass „Abdullah Öcalan Repräsentant ihrer selbst und ihres politischen Willens" sei, und sammelten hierfür 3,5 Millionen Unterschriften. Sie übernahmen seine für die kurdische Frage entwickelte Lösungsperspektive. Die kurdische Bevölkerung betrachtet die Inhaftierung Öcalans als die Gefangenschaft ihres eigenen Willens. Die Isolationshaft, der Öcalan seit dem 27. Juli 2011 unterliegt, fasst sie als ihre eigene Isolierung auf. Sie versteht die unterdrückte Stimme Öcalans, die sagt, dass „die kurdische Frage auf eine demokratische und friedliche Weise gelöst werden muss", als ihre eigene Stimme, die unterdrückt wird. Sie sieht und verurteilt, dass USA und EU als Mitverantwortliche in der KurdInnenproblematik vor den Lebensumständen Öcalans Augen und Ohren verschließen und dadurch dem kurdischen Volk großes Unrecht antun. Die kurdische Bevölkerung, die mitsamt ihren politischen, rechtlichen, intellektuellen und sozialen VertreterInnen vom AKP-Regime inhaftiert wird, ist Repression und Gewalt ausgesetzt. Und all die Staaten, die immer wieder behaupten, sie brächten dem Nahen/Mittleren Osten „Freiheit und Demokratie", sind blind auf diesem Auge: Diese Staaten sind nichts anderes als Mittäter des AKP-Regimes!

Das kurdische Volk akzeptiert fortan nicht mehr ein Dasein ohne Status und Identität, die Gefangenschaft seiner politischen VertreterInnen (insbesondere Abdullah Öcalans) und

seine Instrumentalisierung für Machtspiele. Deswegen sagt es: „ES REICHT!“ Nun sind die KurdInnen in Europa, demokratische TürkInnen und Menschen aus anderen unterdrückten Völkern mit dem Jahr 2012 in eine neue Phase eingetreten. Die nun seit 13 Jahren andauernde Haft Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel Imralı ist ein Hindernis für die Lösung der kurdischen Frage. In der Lösung dieser Frage bilden die PKK und Abdullah Öcalan eine Einheit, was von den anderen verantwortlichen Seiten akzeptiert und entsprechend behandelt werden muss.

Folgende Realität muss anerkannt werden: Die Freiheit von Abdullah Öcalan ist fortan unverzichtbar. Das beinhaltet gleichzeitig die Forderung nach der Freiheit des kurdischen Volkes und einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage. Davor sollten keine Individuen oder Institutionen, die für Frieden, Freiheit und Demokratie sind, sich fürchten oder zurückweichen. Dies ist der Grundsatz der KurdInnen: Der Umgang mit Öcalan ist der Umgang mit ihnen selbst.

Schließlich organisierten in Europa lebende KurdInnen, Intellektuelle, Frauen, Männer, Jugendliche, RevolutionärInnen und DemokratInnen aus der Türkei und Europa vom 1. bis 18. Februar 2012 einen großen Demonstrationsmarsch von Genf nach Straßburg. Sie forderten die Freilassung Abdullah Öcalans und die Beendigung der Angriffe auf das kurdische Volk. Der eisigen Kälte (–25 °C) zum Trotz kamen fast 230 Menschen für diese Manifestation zusammen. Im Anschluss gründeten 15 Frauen und Männer aus Kurdistan die „Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan“ und traten in Straßburg für eben diese Forderung am 1. März 2012 in einen unbefristeten Hungerstreik.



Demonstrationsmarsch von Genf nach Straßburg für die Freilassung Abdullah Öcalans und die Beendigung der Angriffe auf die kurdische Bevölkerung. Foto: ANF

Durch diesen Hungerstreik wurde die faschistische Herangehensweise des AKP-Regimes in die europäische Öffentlichkeit getragen. Zugleich wurden der Europarat, das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dazu aufgerufen, ihrer Verantwortung nachzukommen. Denn die Türkei, die Mitglied zumindest des Europarates und damit des EGHM ist, tritt jegliche internationale Abkommen mit Füßen, und reagiert wird lediglich mit Ermahnung oder Kritik. Tausende von Menschen werden von der AKP-nahen Polizei festgenommen und die europäischen Institutionen verschließen die Augen davor und werden somit zu Mittätern. Mit dem Hungerstreik wurden sie aufgerufen, ihren Pflichten nachzukommen. Wie zuvor erwähnt sind die USA und die EU mitverantwortlich in der Frage der Freilassung Öcalans. Zugleich wurde gefordert, die Behinderung seiner aktiven Teilnahme an der Politik aufzuheben, die Umstände seiner Sicherheit und Gesundheit zu verbessern und die Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen. Die europäischen Institutionen wurden aufgefordert, das Einvernehmen mit dem AKP-Regime zu beenden und die militärische, politische und ökonomische Förderung der Türkei einzustellen.

Die europäische Öffentlichkeit wird leider über die kurdische Frage, Abdullah Öcalan und die kurdische Freiheitsbewegung entweder nicht objektiv, falsch oder gar nicht informiert. Verantwortlich dafür sind die europäischen Medien und ihre Machthaber. In diesem Falle diente diese Aktion des Hungerstreiks ebenfalls der wahrheitsgetreuen Berichterstattung und dazu, Öcalan als Repräsentant des kurdischen Volkes und seine Lösungsperspektiven für Frieden und Demokratie in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die 52 Tage Hungerstreik waren eine wichtige Zeit. Der Öffentlichkeit wurde mitgeteilt, dass das kurdische Volk die Statuslosigkeit fortan nicht mehr dulden wird. Es wurde gezeigt, dass die Bestrebungen, die PKK und Abdullah Öcalan als „Terroristen“ darzustellen, nicht der Wahrheit gehorchen. Ein französischer Freund, der die TeilnehmerInnen des Hungerstreiks in Straßburg besuchte, brachte zum Ausdruck: „Ich sah Euch und Abdullah Öcalan zuvor als TerroristInnen. Doch ich habe verstanden, dass dies nicht der Wahrheit entspricht …“ Diese Äußerung steht beispielhaft für die Ansichten vieler.

Aus diesem Grund wird die Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan“ weitere Aktionen und Kampagnen realisieren, um die Wahrheit zutage zu fördern und damit Abdullah Öcalan, das kurdische Volk und alle anderen unterdrückten Völker ihre Freiheit erlangen. Die breite internationale Unterstützung und Solidarität haben bewiesen, dass die Forderungen des Hungerstreiks berechtigt waren und es nötig ist, weiter für diese Forderungen zu kämpfen.

Die uns als „wahr“ verkauften falschen Masken werden fallen und die Wahrheit wird ans Licht kommen. ♦

Warum das Leben einer ukrainischen Politikerin der Bundesregierung offenbar mehr bedeutet als das Leben von 7000 kurdischen PolitikerInnen und der gesamten kurdischen Bevölkerung

Orange ja – grün-gelb-rot nein!?

Martin Dolzer

Im Vorfeld und während der Fußball-Europameisterschaft wurde viel über einen Boykott der Spiele in der Ukraine geredet. Viele PolitikerInnen, u. a. die Bundesregierung und die EU-Kommission, entschlossen sich, die Ukraine zur EM nicht zu besuchen. Begründet wurde das mit der Inhaftierung und den Haftbedingungen der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Timoschenko. Sie war wegen Bandscheibenproblemen im Gefängnis nicht von einem Arzt ihrer Wahl, sondern vom Gefängnisarzt untersucht worden und trat in einen Hungerstreik. Fotos, auf denen Timoschenko mit einem blauen Fleck am Arm zu sehen war, gingen um die Welt. Der Vorwurf von Misshandlungen wurde nicht erhoben. Das Schicksal etwaiger weiterer politischer Gefangener nicht thematisiert.

Die Politikerin verbüßt derzeit eine siebenjährige Haftstrafe wegen Amtsmissbrauchs. Sie hatte während ihrer Amtszeit, schlicht gesagt, ukrainisches Staatseigentum verscherbelt und den Gewinn in die eigenen Taschen gewirtschaftet. Unter anderem ein US-amerikanisches Anwaltskonsortium hatte die Anklage geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Handlungen Timoschenkos um einen gewöhnlichen Fall von Wirtschaftskriminalität handelte, der gemäß rechtsstaatlichen Normen bestraft wurde. Gegen ihre Haftbedingungen protestierte die ehemalige Regierungschefin eine Zeit lang mit einem Hungerstreik. Timoschenko wirft Präsident Janukowytsch vor, dass die Prozesse gegen sie ausschließlich politisch motiviert wären. „Wir wollen, dass möglichst bald eine Behandlung und Untersuchung durch deutsche Ärzte stattfinden kann. Daran arbeiten wir derzeit. Aber wir gehen davon aus, dass eine dauerhaft erfolgreiche medizinische Behandlung nur in einem anderen Land möglich sein wird“, kommentierte Guido Westerwelle die über den Boykott hinausgehenden Absichten der Bundesregierung.

Fraglich ist, warum z. B. die Hallen-Leichtathletikweltmeisterschaften 2012 oder ähnliche Ereignisse in der Türkei nicht zu solch einer Reaktion führten und führen. In der Türkei befinden sich 2 300 Minderjährige im Gefängnis. Viele von ihnen wurden gefoltert und wie in Pozanti systematisch vergewaltigt. Zudem wurden seit 2009 mehr als 7 000 PolitikerInnen, MenschenrechtlerInnen, AnwältInnen und JournalistInnen inhaftiert. Darunter 6 ParlamentarierInnen und 33 BürgermeisterInnen. Der Mehrheit wird seit Jahren angemessene medizinische Versorgung verweigert. Die Gefängnisse sind meist 3- bis 4-fach überbelegt. Seit Jahren nimmt die Zahl der Fälle von Folter in der Türkei wieder zu. 2011 zeigten Betroffene 1555 Fälle von Folter an. Zudem wird in den türkischen Gefängnissen systematisch gefoltert und vergewaltigt. Unzählige Wärter wurden gemäß der „Panamaschule“, einer Schule der Foltermethoden, ausgebildet. All das veranlasst die „verantwortlichen“ PolitikerInnen in Deutschland und der EU allerdings eher zu einem Verhalten ähnlich dem der drei Affen von Gibraltar: „Nichts sehen – Nichts hören – Nichts sagen.“ Dementsprechend wird das Schicksal der kurdischen Bevölkerung genauso ausgeblendet und weitgehend ignoriert wie der mehr als 50-tägige Hungerstreik von ca. 1500 politischen Gefangenen im Frühjahr 2012, die Verurteilungen von kurdischen PolitikerInnen wie Leyla Zana und Aysel Tuğluk oder die seit mehr als 300 Tagen andauernde Totalisolation Abdullah Öcalans auf Imralı. Eine solche Doppelmoral ist ekelerregend – aber leicht analysierbar.

Die Antwort darauf warum derart erschreckende Menschenrechtsverletzungen und sogar Berichte über Chemiewaffeneinsätze durch das türkische Militär die Bundesregierung und die EU-Kommission nicht zu Sanktionen bewegen, ist im Grunde genommen sehr einfach. Die Türkei ist ein NATO-Partner. Darüber hinaus gilt die Türkei den EU-Strategen als Energiedrehscheibe für den Mittleren Osten. Es geht um die Kontrolle der Ressourcen Öl, Gas und Wasser und die Absicherung der Transportwege. Die AKP wird in diesem Rahmen als positives Rollenmodell zur Öffnung der Märkte und der Unterdrückung von linksoppositionellen Bewegungen im Mittleren Osten betrachtet. Eine emanzipatorische Bewegung wie die kurdische Bewegung, die die Bevölkerung demokratisch organisiert und von tragfähigen Mehrheiten unterstützt wird, wird in Bezug auf die kolonialpolitischen Begehrlichkeiten eher als Hindernis gewertet. Zudem wäre eine real demo-

kratische Organisierung, wie sie in den Kommunen in den kurdischen Provinzen der Türkei umgesetzt wird, eher ein nicht „gewünschtes“ Rollenmodell für die Neugestaltung des Mittleren Ostens.

In der Ukraine ist die Situation dagegen eine andere. Mit der hauptsächlich aus den USA und seitens der EU-Regierungen geförderten „Orangenen Revolution“ im Jahr 2004 wurde versucht, das Land an die „westliche Wertegemeinschaft“ und die NATO zu binden. Julija Timoschenko war die seitens der EU geförderte reaktionäre Politikerin, die diesen Wandel verkörpern sollte. Es kam zu einer von den Medien weltweit gehypten Protestbewegung – und die ultrakonservative Timoschenko wurde Regierungschefin. Vorbereitet wurde das Szenario u. a. von der „Umsturzagentur“ OTPOR, einer hauptsächlich von CIA-nahen Kreisen finanzierten und geschulten „Studentenorganisation“, die bereits in Jugoslawien maßgeblich an der Destabilisierung des Landes und den Vorbereitungen des Krieges beteiligt gewesen war. Auch in Georgien verhalfen die auf die Inszenierung von zivilem Ungehorsam trainierten „Studenten“ dem NATO-freundlichen Michael Sakaschwili zur Macht. Die Süddeutsche Zeitung berichtete kürzlich, dass OTPOR auch an den mehr oder weniger „friedlichen“ Aufständen in Ägypten und Libyen beteiligt war.

Nach nur einer Legislaturperiode bemerkte ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung jedoch, dass die AkteurInnen der „Orangenen Revolution“ hauptsächlich ihr eigenes Wohl und nicht das Schicksal der Mehrheit der Menschen im Sinne hatten. Die Regierung wurde abgewählt. Der jetzige Ministerpräsident Jaukowytsch ist eher prorussisch eingestellt. Wenn man sich verdeutlicht, dass Julija Timoschenko eine Machthaberin nach dem Willen der USA und der EU war, die durch eine medial aufgebauschte Inszenierung an die Macht gekommen war, wird nachvollziehbar, dass diejenigen, die sie an die Macht gebracht haben, sie auch weiterhin protegieren. Noch immer gilt dasselbe Ziel – die Ukraine soll an die EU gebunden werden. Falls demokratische Mehrheiten eine andere Entwicklung anstreben oder bewirken, wird das negativ sanktioniert und wenn notwendig auch versucht, dies zu sabotieren. Dazu passt der Zeitpunkt der „Inszenierung“ der Haftbedingungen Timoschenkos perfekt.

Wir haben es hier mit einem Baustein der neokolonialen Ausrichtung der Politik der EU zu tun. Die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der EU entwickelt sich seit geraumer Zeit, besonders seit dem 11.9.2001, zunehmend aggressiver. In sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen und internationalen Beziehungen spielen autoritäre und gewaltförmige „Lösungsansätze“ und politische Vorgehensweisen eine immer größere Rolle. Gemeint ist damit einerseits direkte körperliche Gewalt – z. B. durch die Polizei auf Demonstrationen oder im öffentlichen Raum, wie kürzlich gegen KurdInnen, die in Berlin und Frankfurt demonstrierten, oder kriegsförmige Gewalt, wie z. B. im Rahmen einer immer offensiver propagierten und umgesetzten EU-Militär- und Kolonialpolitik, oder die Gewalt anderer Sanktions- und Interventionsformen (wie im Fall der Ukraine). Andererseits umfasst das auch juristische Gewalt, wie z. B. die der § 129b-Verfahren gegen kurdische Politiker in der Bundesrepublik sowie soziale, wirtschaftliche oder strukturelle Gewalt.

In diesem Gesamtkontext planen die Strategen des maßgeblichen Think Tanks der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, des EUISS (European Institute for Secdurity Studies), die zukünftigen Kriege nicht mehr zwischen Staaten, sondern zwischen ungleichen sozioökonomischen Klassen, den metropolitanen Eliten und den bottom billion (dem Bodensatz der rechtlosen Milliarden). Die Kontrolle der Ressourcen soll diesem Konzept zufolge durch militärische Interventionen, durch die Förderung willfähriger Bewegungen oder finanzpolitische Maßnahmen, wenn es sein muss auch gegen demokratische Mehrheiten in der Bevölkerung oder mehrheitsfähige Bewegungen oder auch gegen gewählte Regierungen, durchgesetzt werden – wie jetzt in Syrien geplant. Alles andere muss von starken in der Bevölkerung verankerten politischen Bewegungen erstritten werden. ♦



Presseerklärung am 52. Hungerstreiktag in Straßburg Foto: ANF

Die Neustrukturierung Syriens und die Schlüsselfunktion der Kurden

Emel Engintepe, Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Ende Mai heizte ein brutales Massaker mit über 100 zivilen Opfern im syrischen Hula (25.05.2012) die Debatte um eine internationale Intervention zum Sturz des Assad-Regimes erneut an. Noch vor Abschluss der UN-Untersuchungen machte der in Istanbul gegründete „Syrische Nationalrat" – eine der Oppositionsgruppen, die aus dem Ausland agiert – die Regierungstruppen für das Massaker verantwortlich. Die „Freie Syrische Armee" bezeichnete die durch die Vereinten Nationen unter Leitung des Sondergesandten Kofi Annan vermittelte und seit Mitte April wirksame Waffenruhe öffentlich als gescheitert. Einzig die innersyrische Oppositionsgruppe „Nationales Koordinationskomitee für einen demokratischen Wandel in Syrien - NCC" hielt beharrlich an der UN-Beobachtermission sowie dem Sechs-Punkte-Plan Annans fest und bekräftigte ihre Ablehnung ausländischer Einmischung. Die „Freunde Syriens", eine Staatenkonferenz der Westmächte (u. a. USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) mit Sitz in Berlin, ließen verlauten, das syrische Regime müsse weiter unter Druck gesetzt werden, gleichzeitig würde die Ära nach Assad, auch wirtschaftlich, durch sie vorbereitet. Dagegen verteidigten Russland und China in der UN-Versammlung die bis Mitte Juli wirksame Vereinbarung der UN-Friedensmission und schlossen eine Intervention aus.[1]

Wie war es in Syrien zur Eskalation der Gewalt gekommen?

Auslöser der ersten Proteste in Syrien waren die im März 2011 erfolgten Verhaftungen und Folterungen von Kindern in Deraa. Die Proteste und Demonstrationen breiteten sich anschließend über Hama, Homs und Deir al-Zour aus. Die Ursachen für die Unzufriedenheit der Protestierenden und Oppositionellen mit der syrischen Regierung liegen jedoch länger zurück: Einem Mitglied der innersyrischen Oppositionsgruppe „Koordinierungskomitee für den demokratischen Wandel Syriens - NCC" zufolge sei die Frustration über die ideologische Gleichschaltung der Armee, des Sicherheitsapparats, der zivilen Massenorganisationen und der Medien durch die De-facto-Einparteienherrschaft der Baath-Partei unter der Assad-Dynastie eine der wichtigsten Ursachen für die Proteste. „Gesellschaftliche Foren und Bewegungen wurden blockiert und ihre Organisatoren verfolgt und verhaftet", so Mais Elkrydee. Die Verstrickung der Regierungs- und Sicherheitsinstitutionen in Misswirtschaft, Korruption und den neoliberalen Ausverkauf staatlicher Sektoren habe eine zunehmende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten mit sich gebracht. Zur Ablenkung von oligarchischen Strukturen und der einhergehenden Misswirtschaft seien Ressentiments zwischen Konfessionen und Ethnien geschürt worden. Dies alles zusammengenommen könne erst den Unmut der syrischen Bevölkerung mit der Assad-Regierung erklären.[2]

Wie ist die Lage in Syrien momentan einzuschätzen?

Seit dem Frühjahr 2012 hat die Politisierung der anfänglichen Proteste durch unterschiedlichste Interessensgruppen stark zugenommen. Gleichzeitig ist die Gewalt durch Regierungstruppen und -Milizen, aber auch durch aufständische Gruppen stark angestiegen. Die anhaltenden Kämpfe zwischen Regierungstruppen und der Freien Syrischen Armee nehmen derweil das Ausmaß eines Bürgerkriegs an. In den umkämpften Gebieten stieg die Zahl der Todesopfer nach Angaben der Arabischen Organisation für Menschenrechte (AOHR) auf über 12 000 Menschen. Aber auch die Zahl der Festnahmen in ganz Syrien beläuft sich mittlerweile auf 20 000 Personen. Die Freie Syrische Armee machte derweil von sich reden, als sie mit einer Delegation in den Kosovo reiste, um von der „Kosovo-Befreiungsarmee UCK (zu) lernen". Eine dritte radikale Gruppe, Söldner aus dem Umfeld der Salafisten, ist über den Nordlibanon in Syrien eingesickert und sorgt zusätzlich für die Destabilisierung der Region. Die Söldnertruppen wurden für einige der Anschläge in Damaskus vom Mai verantwortlich gemacht. Als Indiz für die Infiltration durch Salafisten gelten die Unruhen zwischen syrischen Gruppen nach der Festnahme eines Salafisten im Nordlibanon. Aber auch die zuvor vom syrischen UN-Botschafter dem UN-Sicherheitsrat vorgelegte Liste ausländischer Kämpfer, u. a. Tunesier, Libanesen, Ägypter und Libyer, die durch syrische Behörden festgenommen worden waren, weist auf die Zunahme ausländischer Söldner hin.

Die Konfliktlinien in Syrien erhalten neuerdings eine weitere Dimension, wenn auch nach bekanntem Schema. Wie in der Vergangenheit im Kosovo und dem Irak werden konfessionelle und ethnische Zugehörigkeiten als Vorwand genutzt, um Konflikte zu schüren: Das ungeklärte brutale Massaker in Hula hat die Konfessionalisierung des Konflikts zusätzlich angeheizt, und auch die Anschuldigung, schiitische Regie-

rungsmilizen hätten das Massaker begangen. Andererseits wurde durch die Untersuchungen der UN-Beobachterdelegation und mittels der Recherchen einiger Journalisten bekannt, dass überwiegend Familienmitglieder eines regierungsnahen Familienclans in Hula hingerichtet worden seien, was eine Beteiligung von Regierungstruppen fraglich mache. Die Exilopposition „Syrischer Nationalrat“ nahm im Laufe der Debatte um die Täterschaft ihre voreiligen Schuldzuweisungen gegenüber den Regierungstruppen zurück.[4]

Es ist absehbar, dass neben den konfessionellen auch die ethnischen Zuschreibungen eine zunehmende Bedeutung erhalten werden. Ein Hinweis darauf ist beispielsweise die jüngste Neubesetzung des Vorsitzes im Syrischen Nationalrat durch einen Kurden. Am 09.06.2012 wurde der im schwedischen Exil lebende Abdel Basset Sajda, nach Äußerungen des NCC mit der Absicht, ihn als Integrations- und Vermittlungsfigur für die Exilopposition fungieren zu lassen, zum Vorsitzenden gewählt. Nicht nur mit diesem Akt wird deutlich, dass die kurdische Karte ausgespielt und den Kurden eine Schlüsselfunktion im Regimewechsel Syriens zugewiesen wird.[5]

Welche Positionen vertreten die kurdischen Oppositionsgruppen in Syrien?

Die kurdische Minderheit im Norden Syriens war bereits in den 1960er Jahren durch Ausbürgerungen sowie Enteignungen ausgegrenzt und ihre Parteien verboten oder aber marginalisiert worden. Der arabische Nationalismus wurde mit dem Verbot der kurdischen Sprache und einer entsprechenden Siedlungspolitik (Arabischer Gürtel) in den kurdischen Gebieten forciert. Zuletzt wurden im Jahr 2004 Proteste gegen die nationalistische Politik der syrischen Regierung laut, als den syrischen Sicherheitskräften ein kurdenfeindliches Vorgehen vorgeworfen wurde. Nach einem Fußballspiel in Qamishli kam es zu arabisch-nationalistischen Übergriffen auf kurdische Fans mit 30 kurdischen Todesopfern.[6]

Die kurdischen Parteien gehören aufgrund der staatlichen Diskriminierungs- und Repressionspolitik ihnen gegenüber seit Beginn der Proteste den unterschiedlichen syrischen Oppositionsgruppen an. Teilweise überschneiden sie sich oder aber wechseln die Zugehörigkeiten in den Oppositionslagern:

So verfolgen die Kurdische Zukunftsbewegung[7], die Freiheitspartei (Azadi) und die Einheitspartei (Yekiti) den rigorosen Kurs des Regimewechsels unter dem „Syrischen Nationalrat“ und der „Freien Syrischen Armee“, auch unter Billigung einer internationalen Intervention. Die Kurdische Patriotische Konferenz (ENKS) vereint darüber hinaus u. a. die Kurdische Demokratische Partei Syriens (KDPS), die Freiheitspartei (Azadi) und die Einheitspartei (Yekiti). Eine konkrete eigenständige Handlungsfähigkeit des kurdischen Zusammenschlusses, auch wenn von der Planung einer Nationalkonferenz die Rede ist, besteht bisher nicht.[8]

Die kurdische Partei der Demokratischen Einheit (PYD) hingegen zählt sich zur innersyrischen Opposition der „Nationalen Koordination für einen demokratischen Wandel in Syrien - NCC“, die mit einem dreifachen Nein zu Gewalt, Konfessionalität und Intervention zwar einen Systemwechsel einfordert, aber auch die Staatssouveränität Syriens verteidigt und damit eine militärische Auslandsintervention ablehnt.[9] Sie hat ihren Einfluss auf die kurdischen Gebiete mittels eines rapiden Aufbaus ziviler Organisationsstrukturen wie dem Volksrat (s. unten), aber auch eines wirkungsvollen Milizwesens massiv ausgeweitet, was besonders der türkischen Regierung ein Dorn im Auge ist.[10]

Zum Programm der PYD gehört:

- Lösung der kurdischen Frage in Syrien auf Basis der Demokratisierung und des Rechts auf Selbstbestimmung
- Offizielle Anerkennung der nationalen Existenz der Kurden in der syrischen Verfassung
- Garantie der Rückgabe der syrischen Staatsbürgerschaft an alle Personen, die ihrer seit der 1961er-Volkszählung beraubt wurden, und der Rückgabe enteigneter Ländereien an die ursprünglichen Besitzer
- Garantie der Freiheit für politische Parteien, der Meinungs- und Pressefreiheit
- Freilassung aller politischen Gefangenen und Entschädigung für erfahrenes Leid
- Ermöglichung des Erlernens der kurdischen Sprache in Schulen für kurdische Kinder
- Organisierung der Bevölkerung in Westkurdistan auf der Basis einer demokratischen Konföderation
- Stärkung der Geschwisterlichkeit der Bevölkerung und ethnischer Gruppen im Rahmen einer Einheit in Freiheit
- Unterstützung des demokratischen Befreiungskampfes in allen Teilen Kurdistans
- Lösung der Frage nach nationaler Einheit nach dem Prinzip einer demokratischen Konföderation, ohne Verletzung der politischen Grenzen
- Schaffung einer ökologischen, demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft und Hinarbeiten auf eine demokratische Mittelostkonföderation.[11]

Aus der Erklärung des im Dezember 2011 gegründeten und über 300 Delegierte umfassenden interkonfessionellen und interethnischen Volksrats in Westkurdistan (TEV-Dem), in dem die PYD vertreten ist, gehen die Bestrebungen hervor, ein Nationalkonzept zu entwickeln, das auf demokratischen Prinzipen für eine pluralistische und vielfältige Gesellschaft in Syrien fußt, außerdem eine Intervention aus dem Ausland auszuschließen, „Gewalt und Sektierertum“ zu vermeiden und einen drohenden Bürgerkrieg abzuwenden versucht.[12]

Die PYD-Vertreter warnen vor dem Doppelspiel der türkischen Regierung, die scheinbar die Oppositionsbewegung im Kampf um demokratischere Herrschaftsstrukturen in Syrien unterstütze, aber gleichzeitig eine militärische Intervention provoziere, um ihre eigenen geostrategischen, aber auch innenpolitischen Interessen zu sichern.[13]

Wie wird sich ein Regimewechsel in Syrien auf die kurdische Frage auswirken?

Bisher blieben die kurdischen Gebiete von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Oppositionsgruppen und der Regierung weitestgehend verschont, was die Schlüssel-

funktion der Kurden bestätigt. Während einige dahinter ein Abkommen zwischen der PYD und dem Assad-Regime vermuten, wird andererseits davon ausgegangen, dass Assad weniger die innersyrische Oppositionshaltung der PYD als vielmehr die exiloppositionelle Forderung nach Auslandsintervention befürchte. Damit sei aus Sicht des syrischen Regimes die Sicherung des Status quo im überwiegend kurdischen Nordsyrien von Bedeutung.

Mit den Reformen Assads vom März dieses Jahres wurde den Kurden zugesichert, die Ausbürgerungen der Kurden seit den 1960er-Jahren rückgängig zu machen. Die Umsetzung dessen ist vor dem Hintergrund der Aufstände noch zu verfolgen. Das neuaufgelegte Siedlungsprojekt eines „Arabischen Gürtels" wurde per Dekret zurückgenommen.[14]

Der Syrische Nationalrat hat sich bisher zu keiner eindeutigen Stellungname zur kurdische Frage durchgerungen. Ihr ehemaliger Vorsitzender sprach jedoch Mitte April 2012 für die Zeit nach dem Regimewechsel davon, den Kurden kulturelle Rechte zugestehen zu wollen, wohingegen er föderale Strukturen offen ablehne, aber zentralistische Provinzstrukturen in Erwägung ziehe: „Die mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebiete können von Kurden verwaltet werden, aber politische Entscheidungen werden weiterhin von Damaskus getroffen."[15] Ein Sprecher der Muslimbruderschaft (Syrischer Nationalrat) vertrat noch im Dezember 2011 den Standpunkt, das syrische Staatsbürgerschaftskonzept aufrechterhalten zu wollen, in dem, seiner Auffassung nach, keine ethnischen Unterscheidungen getroffen würden. Die Kurden blieben damit ohne einen expliziten Verfassungsstatus und erhielten möglicherweise kulturelle Rechte zugesprochen.[16]

Die „Koordination für einen demokratischen Wandel in Syrien" bejaht sowohl die kulturellen als auch ansatzweise die kollektiven Rechte der Kurden. Die Dezentralisierung des syrischen Staatswesens solle durch ein Proportionalwahlrecht im Sinne der Repräsentation der Kurden aufgebrochen werden.[17]

Trotz aller Werbung um die Gunst der Kurden und deren Unterstützung innerhalb der unterschiedlichen syrischen Oppositionsgruppen sind es momentan noch Verlautbarungen, die nach einem Regimewechsel einem Prüfstand unterzogen werden müssen. Daher könnte einzig eine breite kurdische einheitliche Front innerhalb der Oppositionsbewegung die Chance auf einen demokratischen Wandel zugunsten der Minderheiten erhöhen.

Konkrete Gefahr hingegen droht der Bevölkerung durch einen Bürgerkrieg oder gar eine militärische Intervention. Die türkische Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), die die Exilgruppe „Syrischer Nationalrat" mitinitiiert hat, machte in den letzten Monaten keinen Hehl daraus, mit Billigung der Westmächte („Freunde Syriens") ihre Militärstützpunkte innerhalb eines NATO-Abkommens für einen eventuellen Luftangriff auf Syrien zur Verfügung zu stellen. Primäres Ziel der Regierung in Ankara sei die Liquidation der PKK-Guerilla sowie bestenfalls die Schaffung einer Pufferzone im Grenzgebiet zur Türkei, so Cemil Bayık, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK). Auch das Vorhaben, demokratische Autonomiestrukturen in Syrien erringen zu wollen, werde von der türkischen Regierung mit Argwohn betrachtet, weil damit ein Stein ins Rollen käme, der sich auf die anderen Teile Kurdistans auswirken werde. Die Anerkennung der Rechte der Kurden in Syrien bilde beim Wandel der Herrschaftsstrukturen in Syrien einen Gradmesser, denn: „Wenn dem demokratischen Kampf der Kurden ihre Anerkennung und demokratische Rechte folgen, dann wird dies für Syrien bedeuten, dass ein wirkliches pluralistisches Gefüge geschaffen wurde."[18] ♦

Fußnoten:

1) Simon Loidl, junge Welt, 06.06.2012; Rüdiger Göbel: Massaker bis zum Krieg, junge Welt, 31.05.2012
2) Mais Elkrydee, Rosa Luxemburg Stiftung, März 2012, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Arabellion/Syrien_erhebt_die_Stimme_Elkrydee_3-2012.pdf , zuletzt gesehen 07.06.2012
3) Karin Leukefeld: ai schont Assads Gegner, junge Welt 25.05.2012; Reuters, zitiert nach Karin Leukefeld: Brüchiger Waffenstillstand, junge Welt, 16.05.2012; Karin Leukefeld: Söldner anwerben, junge Welt, 18.05.2012; Karin Leukefeld: Salafistische Söldner, junge Welt, 21.05.2012
4) Karin Leukefeld: Propaganda statt Skepsis, junge Welt, 07.06.2012
5) taz, 10.06.2012, http://www.taz.de/Syrische-Opposition-mit-neuem-Chef/!95052/, zuletzt gesehen 11.06.2012; ANF, 09.06.2012, http://www.firat-news.eu/index.php?rupel=nuce&nuceID=63925, z. g. 11.06.2012
6) s. weiter Nick Brauns: Kampf um Selbstbestimmung, junge Welt, 04.05.2012
7) Die Kurdische Zukunftsbewegung rückte durch ein tödliches Attentat auf ihren Vorsitzenden Maschaal Tammo im Oktober 2011 in den medialen Fokus. Für das Attentat wurde die syrische Regierung, aber auch die türkische Regierung verantwortlich gemacht, da es zu Verhaftungen von mehreren türkischen Staatsbürgern kam. (Nick Brauns: Mord an kurdischem Politiker in Syrien, junge Welt, 12.10.2012)
8) Nick Brauns: Vorbereitungen auf Assad-Sturz, junge Welt, 09.03.2012 und Nick Brauns: Kampf um Selbstbestimmung, junge Welt, 04.05.2012
9) Karin Leukefeld: Dreimal nein, junge Welt, 17.04.2012
10) Nick Brauns: Uneinig über Intervention, junge Welt 03.02. und Nick Brauns: Vorbereitungen auf Assad-Sturz, 09.03.2012; taz, 10.06.2012, http://www.taz.de/Massaker-in-Syrien/!94896/, z. g. 10.06.2012; DieKurden/ANF, 26.04.12, http://www.diekurden.de/news/es-gibt-kein-syrisches-kurdistan-sondern-westkurdistan-305628/, z. g. 12.06.2012 und s. weiter Nick Brauns: Kampf um Selbstbestimmung, junge Welt, 04.05.2012;
11) Constitution and Programme of the Democratic Union Party (PYD) http://www.pydrojava.net/en/index.php?option=com_content&view=section&layout=blog&id=7&Itemid=54, z. g. 11.06.2012, [*Übersetzung durch die Autorin*]
12) The declaration of the People's Council in Western Kurdistan, 16.12.2011, http://peaceinkurdistancampaign.wordpress.com/2012/01/04/the-declaration-of-the-peoples-council-in-western-kurdistan/, z. g. 11.06.2012, [*Übersetzung durch die Autorin*]
13) DieKurden/ANF 26.04.12, http://www.diekurden.de/news/es-gibt-kein-syrisches-kurdistan-sondern-westkurdistan-305628/, z.g. 12.06.2012
14) Nick Brauns: Uneinig über Intervention, junge Welt, 03.02.2012 und Nick Brauns: Kampf um Selbstbestimmung, junge Welt, 04.05.2012
15) diekurden.de/ANF/Rûdaw, 16.04.2012, http://www.diekurden.de/news/ghaliun-es-gibt-kein-kurdistan-in-syrien-434494/, z. g. 12.06.2012
16) Kurdwatch, 04.12.2011, http://www.kurdwatch.org/html/de/interview8.html, z. g. 07.06.2012
17) diekurden.de/Rûdaw, 03. bzw. 04.2012 http://www.diekurden.de/news/westkurdistan-die-kurdenfrage-in-der-syrischen-opposition-086666/, z. g. 12.06.2012
18) YÖP, 03.05.2012, http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2012/18/13.htm, z. g. 12.06.2012

Die wichtigste Frage ist, wer die Macht über diesen Körper ausübt, aber:

Natürlich gehört unser Körper uns!

Fadile Yıldırım, Frauenrechtsaktivistin

„Wenn ich zum Spazierengehen aus meinem Haus gehe, dann ist unter jedem Baum im Park ein Pärchen zu sehen. Jeder Strauch ist wie ein Schlafzimmer. Es ist alles zu sehen. Und dies lässt mein Blut gefrieren." (Ali Osman Kaya, der von der AKP eingesetzte Sicherheitschef von Bursa, im April 2012)

„Auf den Straßen ist bei den Frauen alles, sogar intime Stellen, zu sehen. Leider hat sich ein großer Teil unseres Landes zu einem offenen und freien Bordell gewandelt. Es ist viel Schlimmes zugelassen worden, was von der islamischen Religion, der nationalen Kultur und Ethik als Prostitution (Geilheit) bewertet wird." (aus einem Artikel Mehmet Şevket Eygis von April 2012 in der Zeitung Milli Gazete, die bekannt ist für ihre Nähe zu Milli Görüş[1])

„Hast du schon oft abgetrieben? Ist das der Grund für dein lautes Geschrei?" (Antwort des AKP-Bürgermeisters von Ankara, Melih Gökçek, an eine mit ihm diskutierende Frau im Mai 2012 auf Twitter)

„Jede Abtreibung ist ein Roboskî[2]." und „Ich möchte in meinem Land mindestens drei Kinder. Und das sofort." (Ministerpräsident und AKP-Vorsitzender R. Tayyip Erdoğan) [*Erdoğan drängt seit Jahren auf die Geburt von mindestens drei Kindern pro Familie; Anm. d. Ü.*]

„Abtreibung ist in unserer Religion nicht zulässig." (der von der AKP ins Amt des Vorsitzenden des Präsidiums für Religionsangelegenheiten in der Türkei berufene Mehmet Görmez)

„Abtreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Würden die in den Bäuchen der Mütter lebenden Babys getötet, dann wäre dies noch dramatischer als die Tat der Vergewaltiger, es wäre eine Mittäterschaft. Es gibt andere Lösungen, denn wenn sich die Mutter nicht darum kümmern will, kann der Staat sie an sich nehmen." (der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des türkischen Parlaments und AKP-Abgeordnete von Sakarya, Ayhan Sefer Üstün)

„Abtreibung ist Mord. Auch die Babys, die durch eine Vergewaltigung entstehen, müssen geboren werden. Wenn nötig kümmert sich der Staat um sie." (AKP-Gesundheitsminister Recep Akdağ)

„Erst den Ehebruch zu akzeptieren und dann über eine Abtreibung zu klagen, das ist wie einen Sumpf zu begießen und sich dann über die Fliegen zu ärgern. Natürlich muss Abtreibung verboten werden. Aber vorher muss der eigentliche Sumpf stillgelegt werden, d. h. Ehebruch muss wieder unter Strafe gestellt werden." (stellvertretender Vorsitzender der Saadet Partisi, Birol Aydın)



Istanbul: Demonstration gegen das Abtreibungsverbot: „Abtreibung ist ein Recht, Abtreibungsverbot ist Mord."

Und was nicht noch alles. Die Worte schwirren nur so in der Luft. Fast schon wie ein Wettkampf. Wer redet, der redet. Und alle sind Männer. Und sie reden über die Frau. Also über uns. Über unsere Körper. Unsere Identität. Unsere Sexualität. Unseren Willen. Im Grunde über alles von uns. Die Diskussionen der Männer der AKP, angeführt vom Ministerpräsidenten Tayyıp Erdoğan, über Abtreibung werden in der Türkei und auf der Welt auf unterschiedliche Art und Weise geführt.

Einige Gruppen in der Türkei sagen, sie würden geführt, um die „Tagesordnung zu ändern", sei es auch in Verbindung mit dem Massaker von Roboskî oder anderweitig. So oder so, die Situation ändert sich nicht. Und es geht auch nicht um eine schlichte Änderung der Tagesordnung, weil es ja ums Thema Frauen geht. Dies ist auch keine kleine Hürde, die wir mal eben so überwinden können. Sondern es ist eine Frage der

Ideologie. Dies sind grundlegende ideologische Diskussionen einer Gesellschaft über das Verschleiern und die Umformung im Sinne der Männer. Es ist also kein Thema, was mal so eben zu schlucken und zu verdauen ist. Es ist auch nicht so, wie einige sagen, dass „wir uns nicht davon aufhalten lassen sollten, dass wir nicht darüber diskutieren und politischer an die Sache herangehen". Denn es wird über unsere Art zu leben geredet, diskutiert und entschieden. Und das heimlich, verräterisch und niederträchtig.

Es kann nichts Natürlicheres geben, als dass wir Frauen darüber reden, wenn andere ihre Spielchen und Pläne mit unseren Körpern, unserer Sexualität machen. Natürlich müssen die Frauen eine Antwort haben, wenn manche mit ihren primitiven und rückständigen moralischen Ansichten versuchen, uns Manieren beizubringen.

Wenn wir auf vergangene Geschehnisse zurückblicken, dann hat es den Anschein, als sei es schon eine Zeitlang vorbereitet worden. Wir sollten nicht ungerecht gegenüber der Gerechtigkeits- und Aufschwungspartei AKP sein. Sie haben sich doch schon einige Gedanken gemacht. Das ist nichts Spontanes. Es gibt doch so Situationen, wo man etwas sagen möchte, aber nur nach Zeit und Möglichkeiten sucht. So in die Richtung geht es. Man legt sich auf die Lauer, wartet Zeit und Ort ab, und dann endlich wird frei und offen gesagt, was zu sagen ist.

Wie in jedem männlich beherrschten System wird zunächst bei der Frau begonnen, wenn die Gesellschaft neu formiert werden soll. Denn die Frau ist der Grundpfeiler der Gesellschaft. Das Design muss dort begonnen werden, um Macht über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Erst der Körper, dann Sexualität, dann das gesamte Leben der Frau. Denn faktisch dreht sich das Gesellschaftliche um die Frau. Wenn der Gesellschaft ideologisch etwas auferlegt werden soll, dann muss dies natürlich auf der gesellschaftlichen Ebene angegangen werden. Das Bestehende soll durch etwas anderes ersetzt werden.

„Und auf einmal merkten wir, dass auch wir verschleiert sind"

Ich werde nie vergessen, wie eine marokkanische Aktivistin bei einer Diskussion ein sehr deutliches Beispiel für die gesellschaftlichen Veränderungen in Marokko brachte. Sie erzählte davon, wie auch dort eine machthabende Partei, wie die AKP, vom gemäßigten Islam, von konservativ/demokratisch, von Laizismus usw. redete und so mit der Zeit das gesellschaftliche Gefüge veränderte. Dort hatte kein Putsch im klassischen Sinne stattgefunden. Das soziale Gefüge der dortigen Gesellschaft wurde nach und nach in ein Land verwandelt, das auf den Gesetzen der Scharia beruhte. Sie erklärte ihre Lage wie folgt: „Zunächst waren nur ein paar Frauen verschleiert. Das haben wir gar nicht wahrgenommen. Später nahm die Zahl der verschleierten Frauen zu. Wir sagten nur: Was soll's? Mit der Zeit nahm die Zahl der verschleierten Frauen weiter zu und sie fingen an, Frauen anzugreifen, die sich wie ich anders kleideten. Der gesellschaftliche Druck nahm zu. Frauen wie ich wurden nun zur Zielscheibe. Wir hatten diese Veränderungen, die vor unseren Augen stattfanden, nicht wahrgenommen. Und als einige Dinge sich durchgesetzt hatten, waren wir zu spät. Und auf einmal merkten wir, dass auch wir verschleiert sind."

Ja, es ist richtig, dass diese Dinge nicht durch einen blutigen Putsch kamen. Diese Veränderungen sind durchgesetzt worden, ohne dass die Gesellschaft es gemerkt hat. Die Gesellschaft hat in dieser Veränderungsphase sogar als relevanter Akteur oder mit ihrer Zustimmung eine Rolle gespielt. Viele Änderungen haben durch Zustimmung der Gesellschaft im Namen des Rechts, der Gesetze, der Moral stattgefunden. Das soziale Gefüge ist geändert worden. Die Machthaber gestalten unter dem Deckmantel des Islam und angelehnt an die Traditionen der Vergangenheit das gesellschaftliche Projekt nach ihren Vorstellungen.

Und macht die AKP etwas anderes? Natürlich nicht. Aber was uns hier auffällt, ist, dass alle gesellschaftlichen Schöpfungen zunächst bei der Frau beginnen. Es ist das Erbe einer Kultur des herrschenden Mannes.

Der Kampf um die Beherrschung der Frau

Lasst uns kurz nachdenken: Was ist das wahre Problem und der Widerspruch der Zivilisation, seit es Klassen gibt? Die wichtigste Frage ist, wer die Macht über diesen Körper ausübt. Glaubt mir, dies ist die Frage, um die sich alle Kämpfe der staatlichen Zivilisation seit 5 000 Jahren drehen. Wer ist Besitzer der Frau? In diesem Besitzkampf geht es darum, dass das männliche Herrschaftssystem so lange existiert und die Frau schon so lange unter Kontrolle steht. Der Körper der Frau ist während der ganzen Geschichte immer das wichtigste Glied der Ideologie der Kolonialisierung gewesen. Alle anderen Versklavungen sind zeitlich gesehen nach der Versklavung der Frau entwickelt worden.

Die Produktivität und Fruchtbarkeit der Frau, von der die Fortführung der Klassengesellschaft abhängt, unterliegt in der Phase der Ausbeutung der Frau noch immer der vollkommenen Kontrolle und Führung. Dies ist wirklich ein tödlicher Kontrollmechanismus betreffend den Körper der Frau, ihre Sexualität, ihre Gebärfähigkeit, ihren Willen!

Dass der Körper und die Sexualität der Frau ständig unter der Beobachtung und der Kontrolle der Familie und der gesellschaftlichen Institutionen Bildung, Recht, Medizin, Sprache und Religion stehen, bildet im Kern das Besitztum über die Frau. Denn die traditionelle Kultur, die auf dem Körper der Frau aufbaut, definiert, wie Frauen sich verhalten, was sie fühlen, wie sie denken, wie sie leben und wie sie sterben. Und dies begründet den Kern vom gesellschaftlichen Sexismus. Gesellschaftlicher Sexismus ist in Wahrheit eine frauenfeindliche Ideologie, eine Erfindung der Männer. Kulturen, Religionen, Gesetzessysteme und wissenschaftliche Studien herrschen mit diesen intellektuellen Entwicklungen. Das männliche Denken ist im Kern die erste Antirevolution gegen die Frau, die er durchgeführt hat. Entlang dieser Antirevolution werden die Begriffe Weiblichkeit, Männlichkeit, Ehe, Unschuld, Jungfräulichkeit, Moral, Keuschheit und weitere neu definiert und vergesellschaftet. Aber hinsichtlich Sexismus

sind die Sexualität der Frau und ihre Identität Knotenpunkt aller Ideologien. „Der Körper der Frau öffnet nicht den Weg zum Problem, sondern die Art, wie in diesen Körper investiert wird.“ (Judith Butler) In dieser Hinsicht sind alle Definitionen basierend auf der weiblichen Identität vorgenommen worden.

Die Frau kann nicht entsprechend dem Ehrverständnis des Mannes eingeschränkt werden

Diesem Denken nach ist die Frau von ihrer Geburt bis zu ihrem Tod dazu gezwungen, nach dessen Vorstellungen vom Körper zu leben. Wie bereits gesagt, der sexistischen Ideologie zufolge findet sich die Identität der Frau nicht nur „zwischen ihren Beinen“. Wie der Sicherheitschef von Bursa sagte, das Verhalten der Frauen, deren „alles hier und da zu sehen“ sei, würde die gesellschaftliche Moral verletzen. Es steht fest, dass er sich von Ministerpräsident Erdoğan inspirieren ließ – dieser versuchte, Frauen, die von ihrem Handlungsrecht Gebrauch machten und gegen die AKP-Regierung protestierten, mit den Worten „sind es [*Ehe-*]Frauen oder sind es Jungfrauen?“ zu demütigen. Mit dieser Gesinnung werden Frauen und ihre Sexualität, ihr Handeln, ihr Denken, ihre Gefühle, die Art ihres Gehens bis hin zu ihrer Kleidung aus dem Blickwinkel der „Ehre des Mannes“ betrachtet. Und natürlich ist dieser Gesinnung zufolge die Frau entweder „verführerisch“ oder nicht. Entweder ist sie „ehrbar“ oder sie ist es nicht. Entweder „wackelt sie mit dem Schwanz“ [*demütigender Begriff aus dem Türkischen, bei dem mit einem Hund verglichen wird*] oder sie tut es nicht. Entweder ist sie eine Hündin oder sie ist es nicht [*ebenfalls für die Frauen demütigender Vergleich*]. Entweder ist sie eine „Schlampe, Nutte“ oder sie ist es nicht. Es bleibt nicht dabei. Solche Frauen laden nach Prof. Dr. Orhan Çeker von der Theologischen Fakultät „mit dem Tragen offener Dekolletés zu Vergewaltigungen ein“. Entsprechend sollten Frauen, die sich so anziehen, „flachgelegt“ (im Sinne von vergewaltigen) oder „fertiggemacht“ (im Sinne von töten) werden. Oder sie ist eine Frau nach dem bekannten türkischen Sprichwort, die nicht ohne „das Eselsfohlen im Bauch und den Prügelstock am Rücken“ gelassen werden sollte. Denn wenn sie ohne diese sein sollte, dann „wird sie nur Augen für draußen haben“. Aus diesem Grund solle „sie sofort verschleiert“, d. h. einem Mann als Frau angebunden werden, was wohl aus „moralischer“ Sicht das Beste sei. Diese Vorstellungen sind die wirkliche Identität der AKP-Regierung, die an diesen männlichen Herrschaftstraditionen festhält und sie pflegt.

Kampf um unseren eigenen Körper und unsere eigene Identität

Wenn wir vom Kampf gegen die männlich beherrschte AKP reden, dann kämpfen wir damit auch „für uneren eigenen Körper und für unsere Identität“. Erst wenn der Körper der Frau und ihre Identität befreit sind, wird dieses System wirklich zerstört sein. Der gesamte Kampf geht darum. Die AKP hat die sexistischen Geheimnisse der Klassengesellschaft gut erkannt. Sie ist sich bewusst, dass sie die Identität der Frau in eine bestimmte Richtung lenken muss, um ihr Modell von Gesellschaft durchzusetzen. Seit sie an der Macht ist, versucht sie, reaktionäre Vorstellungen unter dem Deckmantel des Islams der Gesellschaft aufzuerlegen. Sie versucht also, ihr eigenes Verständnis von Macht zur Ideologie der Gesellschaft zu machen. In diesem Zusammenhang wird die Macht, die auf patriarchalem Denken basiert, durch die Vergesellschaftung reproduziert. Als ihr größtes Hindernis betrachten sie die freie Frau. Deshalb wiederum haben sie Angst vor unserem Frau-Sein, unserer Identität, unserer Sexualität und unserer Freiheit.

Das ist nicht nur so eine Furcht. Sie fordern unsere Unterdrückung, unsere Versklavung und unser volles Schweigen. Zu bestimmten Zeiten der Geschichte hatten sie das auch. Aber trotzdem haben sie Angst vor dem Bann und dem Körper der Frauen. Sie möchten, dass wir ganz ohne Seele leben. Unsere Körper, unsere Seelen, alles von uns soll ihnen gehören, und wann immer sie wollen, sollen wir oder sollen wir nicht da sein. Gemäß der herrschenden Meinung der Männer sind wir Frauen die schwächsten Teile dieses Systems. Alles dreht sich um die Frauen. Das System formiert sich dort, will dort vorhanden sein, will sich absichern. Denn wenn es dort ein wenig getroffen wird, wackelt das gesamte System. Darum all diese Angriffe auf die Frauen. Die Frauen haben schon lange „Stopp“ gesagt. Mit Körpern, die uns nicht gehören, sagen wir „nein“ zu diesen 5 000 Jahren. Und natürlich sagen wir, dass die Körper uns gehören. Wir müssen jetzt „nein“ sagen und uns organisieren, damit wir nicht wie die Marokkanerin sagen: „Wir sind schon zu spät.“ Wir müssen uns organisieren und dagegen angehen, damit nicht wie in Berlin im Juni 2012 einer „Allahu ekber“ [*Gott ist groß*] ruft, seiner Frau den Kopf abschneidet und von oben aus dem Haus nach unten wirft. Die Geschehnisse in Berlin können nicht als ein Familiendrama bezeichnet werden, sondern es ist ein Beispiel für die von der AKP-Regierung gewünschte Gesellschaftsformung und den Einfluss sogar auf die in Deutschland lebenden Menschen aus der Türkei. Daher sollten wir die Gesellschaft informieren und alternative freie Gebiete schaffen, um gegen die Hegemonie der AKP, ihre Schützen und ihre Herrscher, die Religiösen, anzugehen. Die Unterstützung bzw. das Schweigen der westlichen Staaten bringt neue Schmerzen. Es ist noch wichtig zu wissen, dass die Rückschrittlichkeit der AKP für uns jeden Tag zu weiteren Katastrophen, Toten und Problemen führen kann. Aus diesem Grund sollten wir „Stopp“ sagen, um morgen nicht zu spät zu kommen. Und wir sollten uns organisieren und unsere Freiheit nicht vom Rückschritt und männlicher Herrschaft vereinnahmen lassen. ♦

Fußnoten:

1 International tätige Religionsgemeinschaft aus der Türkei mit ideologisch nahestehender politischer Partei, der Saadet Partisi (SP). Europäischer Dachverband ist „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IMGM). Der bestimmende Vordenker von MG, Necmettin Erbakan, brachte es in den 1990er-Jahren bis zum Ministerpräsidenten der Türkei. Die seit 2002 in der Türkei regierende AKP entstand ursprünglich (wie auch die Saadet Partisi) aus einer Nachfolgerin der damaligen Regierungspartei Refah Partisi (Wohlfahrtspartei).

2 Am 28. Dezember 2011 bombardierten türkische Kampfflugzeuge im türkisch-irakischen Grenzgebiet beim Dorf Roboskî eine Gruppe Grenzschmuggler, 34 Menschen wurden getötet, darunter 19 Jugendliche. Eine Aufklärung wird staatlicherseits bis heute verweigert. Vgl. S. 25

Bericht über die II. Kurdische Frauenkonferenz in Hewler

Parteipolitische Differenzen sollten Frauen nicht daran hindern, gemeinsam zu handeln

Nilüfer Koç

Vom 22. bis 24. Mai 2012 fand im nordirakischen Hewler die II. Kurdische Frauenkonferenz statt. Über deren Vorbereitung und Verlauf informiert der folgende Artikel.

Im Mai 2007 hatte der Hohe Frauenrat (KJB) auf seiner III. Vollversammlung die Frage der nationalen Einheit als eine politische Notwendigkeit der kurdischen Politik auf seine Tagesordnung genommen. In der umfangreichen Schlussresolution des KJB wurden kurdische Frauen und kurdische Frauenorganisationen aufgerufen, eine nationale Frauenkonferenz ins Leben zu rufen. Die weiteren Vorbereitungen wurden im Wesentlichen von Frauen des Kurdischen Nationalkongresses (KNK) betrieben, da diese Beziehungen zu allen kurdischen politischen Parteien in allen Teilen Kurdistans sowie der Diaspora hat.

Nach langen Vorbereitungsarbeiten, die von vielen Delegationsreisen zwischen Nord- und Südkurdistan begleitet waren, fand die I. Kurdische Frauenkonferenz im April 2010 in Amed (Diyarbakır) erfolgreich statt. Zwei Tage lang wurde über Frauenprobleme in den vier Teilen Kurdistans, aber auch der Kurdinnen in der Diaspora diskutiert. Referentinnen aus den vier Teilen trugen Berichte mit Statistiken über Gewalt gegen Frauen vor. Gegen das Problem der Gewalt an Frauen wurde auch über die Vernetzung von kurdischen Frauenorganisationen als Lösungsweg debattiert. Ein weiteres Diskussionsthema war die Verantwortung der Kurdinnen für die Lösung der kurdischen Frage in den einzelnen Teilen Kurdistans. Die I. Konferenz beschloss zum Abschluss, dass die II. kurdische Frauenkonferenz in Hewler, der Hauptstadt Südkurdistans, stattfinden sollte.



II. Kurdische Frauenkonferenz in Hewler Foto: DIHA

Konflikte bei der Vorbereitung der II. Kurdischen Frauenkonferenz

Während die I. Frauenkonferenz in Amed reibungslos und mit großer Begeisterung vorbereitet und durchgeführt worden war, kam es im Vorfeld der für den Mai 2012 geplanten II. Konferenz zu erheblichen Spannungen. Einige wenige Frauen der südkurdischen Parteien KDP und PUK hatten im Alleingang ohne die 21-köpfige Initiatorinnengruppe, die auf der I. Frauenkonferenz in Amed gewählt worden war, mit der Vorbereitungsdiskussion der Konferenz begonnen. Nach Kritik und Interventionen der Frauen aus dem Norden und Europa fand Mitte April ein erstes offizielles Vorbereitungstreffen in Hewler statt. Ein Konfliktpunkt war die Frage, ob Männer an der Konferenz teilnehmen können sollten. So war es zum Beispiel für KJB, DÖKH (Demokratische Freie Frauenbewegung in Nordkurdistan/Türkei), BDP-Frauen, Yekitiya Star (Westkurdistan/Syrien), YJRWK (Vereinigung Kurdischer Frauen aus Ostkurdistan/Iran), AKKH (Kurdische Frauenbewegung in Europa), YJA CIS (Vereinigung Kurdischer Frauen in den ehemaligen Sowjetstaaten), der YJRK (Vereinung kurdischer Frauen aus Südkurdistan/Irak) untragbar, dass Männer an der Konferenz teilnehmen. Für Frauen aus Südkurdistan war es dagegen eine Selbstverständlichkeit, dass zum Beispiel Regierungsvertreter der Kurdischen Autonomieregion (KRG) Begrüßungsreden halten sollten. Die Mehrzahl der Frauen

beharrte jedoch darauf, die Konferenz als einen Freiraum der Frauen ohne jegliche Beteiligung von Männern durchzuführen. Zu begrüßen ist, dass dieses verstanden wurde und dass es seitens der kurdischen Politiker der KRG kein Beharren auf der Teilnahme gab. Im Gegenteil hat die KRG sowohl die politische als auch die finanzielle Verantwortung für diese Konferenz in einer für sie schwierigen Zeit auf sich genommen und 180.000 $ für die Ausgestaltung zur Verfügung gestellt.

Ein anderer Streitpunkt war die Zahl der Delegierten aus den Teilen Kurdistans und der Diaspora. Die Zahl der Konferenzdelegierten war wichtig für eventuelle Abstimmungen. Hierbei gab es wiederum das Problem, dass sich nicht an die Planungen des I. Vorbereitungstreffens gehalten wurde. Bezüglich der Delegiertenzahlen als auch bei der Festsetzung der Tagesordnung wurde von Teilen der südkurdischen Frauen erneut versucht, die eigenen Pläne durchzusetzen. Dies war ein ausschlaggebender Grund, warum der Hohe Frauenrat (KJB) in einer Erklärung die antidemokratische und den Vereinbarungen widersprechende Haltung kritisierte und für den Fall, dass diese Defizite nicht behoben würden, nicht an der Konferenz teilnehmen würde. Die Kritik des KJB am antidemokratischen Charakter der Vorbereitung fand positive Resonanz in breiten Gesellschaftsschichten und in der kurdischen Politik. Allen politischen Akteurinnen der Frauen aus den verschiedenen politischen Lagern war klar, dass es ohne die Teilnahme des KJB zu keiner II. Frauenkonferenz kommen würde. Zum einen, weil der KJB die größte Frauenorganisation ist, zum anderen, weil er mit seiner Frauenbefreiungsideologie in Kurdistan einen breiten Unterstützerinnenkreis in der kurdischen Bevölkerung hat. Durch tagelange diplomatische Bemühungen wurde von den Frauen erreicht, dass der KJB offiziell eingeladen wird. Um weitere eventuelle Konflikte während der Konferenz zu vermeiden, sollte der KJB auch offiziell in die Initiatorinnengruppe der II. Frauenkonferenz aufgenommen werden. In einem Protokoll, an das sich alle Frauen als Vertreterinnen ihrer politischen Parteien oder Einzelpersonen zu halten hatten, wurde das weitere Vorgehen in Bezug auf die Konferenz festgehalten.

Aktuelle politische Hintergründe im Vorfeld der Konferenz

Natürlich beruhten die dargestellten organisatorischen Konflikte auch auf den allgemeinen aktuellen politischen Spannungen in Kurdistan. Auf die kann hier nur in Kürze eingegangen werden. Aufgrund der zunehmenden Zerwürfnisse zwischen der KRG und der irakischen Zentralregierung wird in Südkurdistan in letzter Zeit immer stärker der Ruf nach einem unabhängigen Staat laut. Diese mit nationalistischen Tönen versetzte Propaganda steht im Widerspruch zur von vielen kurdischen Frauen vertretenen Ideologie des Demokratischen Konföderalismus, die im Staat stets auch ein Unterdrückungsinstrument sieht. Vor allem für Frauen ist dieser Punkt von Bedeutung, da sich Staat und Patriarchat geschichtlich parallel ausgebildet haben und gegenseitig stützen. Ein weiterer Punkt ist der schon seit längerem diskutierte Plan, in nächster Zeit eine allgemeine kurdische Nationalkonferenz stattfinden zu lassen. Während es vor allem den Beteiligten aus Nordkurdistan darum geht, eine gemeinsame Strategie für alle vier Teile Kurdistans zu entwickeln, wird von Seiten der Türkei und der USA Druck auf die KRG ausgeübt, die Konferenz zu einseitigen Verurteilungen der PKK zu missbrauchen. Insofern wurde die Frauenkonferenz von einigen auch als „Testlauf" gesehen, welche Kräfte sich durchsetzen können. Von großer Bedeutung ist auch die aktuelle Situation in Westkurdistan (Syrien). Dort soll wiederum auf Druck von ausländischen Interessen der starke Einfluss der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), die sich der Ideologie Abdullah Öcalans verpflichtet fühlt, in der Bevölkerung zurückgedrängt werden. Ein Mittel dazu ist, den Präsidenten der KRG, Mesut Barzani, quasi als Sprecher und Vertreter aller kurdischen Interessen auch in Syrien aufzuwerten. Es war allen Beteiligten klar, dass diese politische Großwetterlage auch Einfluss auf Vorbereitung und Ablauf der Konferenz haben würde.

Erster Konferenztag: Die politische Situation in Kurdistan

Der erste Tag der Konferenz war dem Thema der politischen Lage in Kurdistan speziell aus der Sicht der Frauen gewidmet. Bei den Debatten spannten sich die Diskussionen erneut um die Frage eines unabhängigen kurdischen Staates. Letzten Endes wurde auch hier ein Kompromiss geschlossen, dass nämlich jeder Teil von Kurdistan das Recht auf Selbstbestimmung entsprechend der UN-Konvention hat. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung eines politischen Status für welchen Teil Kurdistans auch immer die Interessen der anderen Teile unbedingt mit berücksichtigt werden müssen. Das heißt, wenn Ostkurdistan (Iran) seinen politischen Status festlegt, sollte es die Konsequenzen für den Norden, den Süden und Westen Kurdistans berücksichtigen. Genauso gilt dies für die anderen Teile Kurdistans. Alle Frauen waren der Meinung, dass bei entsprechendem Zusammenhalt im Lauf des 21. Jahrhunderts für alle Teile Kurdistans ein international anerkannter Status erreicht werden könne. Ein besonderer Punkt der Debatte war die Situation in Westkurdistan (Syrien). Hier, so die einheitliche Meinung, ist jetzt die Chance gegeben, dass die KurdInnen einen eigenen Status für sich erreichen können. Dazu müssen alle Kurdinnen jenseits ihrer parteipolitischen Interessen eine umfassende nationale Verantwortung ausüben. Bezüglich Nordkurdistans wurde auf die AKP-Politik gegenüber den KurdInnen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass die türkische Regierung einer der ausschlaggebenden Aggressoren der Region ist. Es ist auch die Türkei, die mit allen Mitteln dagegen kämpft, dass die Kurden in Syrien ihre Rechte erlangen. Ferner wurde auf die Massenfestnahmen, die zunehmenden militärischen Operationen und die Isolation gegen den Vorsitzenden der KCK, Abdullah Öcalan, hingewiesen. Insbesondere wurde die Forderung nach seiner Freiheit als eine sofortige Maßnahme für den Frieden erörtert. Über den Osten (Iran) wurde bemerkt, dass neben Festnahmen und Hinrichtungen vor allem die wirtschaftlichen Sanktionen in Kurdistan Probleme bringen, die sich in einer hohen Arbeitslosigkeit ausdrücken. Kritisiert

wurde auch, dass der iranische Staat absichtlich immer mehr Rauschgift in Umlauf bringt. Aufgrund der sozialen Spannungen geraten immer mehr kurdische Jugendliche in die Drogenabhängigkeit. Hierzu werden „Ehen auf Zeit" gefördert, die eine legale Form der Prostitution darstellen. Mit diesen Mitteln versucht das Mullah-Regime, die kurdische Gesellschaft zu zersetzen, um damit den Zulauf der jungen Frauen und Männer zur PJAK zu verhindern. In Bezug auf den Iran wurde auch darauf hingewiesen, dass der Iran als Vertretung der SchiitInnen gegenwärtig keine klare Politik in Bezug auf die Lösung der kurdischen Frage hat, sondern mit allen Mitteln bemüht ist, die KurdInnen politisch unter Druck zu setzen. In den Diskussionen wurde auch die brisante politische Lage in Südkurdistan (Irak) erörtert. Frauen aus diesem Teil machten auf die Nichteinhaltung des Artikels 240 aufmerksam, welcher eine Volksabstimmung über eine Integration von Kirkuk und anderen kurdischen Städten in die kurdische Region fordert. Es wurde darauf hingewiesen, dass etwa 45 % von Südkurdistan nicht der KRG angehören und dass die Al-Maliki-Regierung systematisch kurdische Familien vor allem aus dem Gebiet Xaneqin nahe der iranischen Grenze vertreibt. Druck auf KurdInnen gebe es auch in Kirkuk und den dazugehörigen Kreisstädten, nachdem die irakische Zentralregierung unter Al-Maliki die antikurdische Karte ausspielt. Als Kritikpunkt wurde die starke wirtschaftliche Abhängigkeit Südkurdistans von der Türkei, Iran und Syrien benannt. Aus Sicht der Frauen sollte die KRG mehr auf Eigenproduktion setzen anstelle der Importpolitik. Exporte aus Südkurdistan beschränkten sich gegenwärtig auf Öl. Frauen aus Südkurdistan forderten von den anderen Teilnehmerinnen, mehr Verständnis für die KRG zu zeigen, da diese sich immer mehr zu einer Staatsstruktur mit bilateralen Verpflichtungen und entsprechend großer Verantwortung entwickelt hat. Die KRG selbst sei laut den südkurdischen Frauen als Errungenschaft von allen kurdischen Frauen zu schützen. Für die geplante gesamtkurdische Nationalkonferenz wurde einstimmig gefordert, dass diese nicht ohne ausreichende Teilnahme von Frauen durchgeführt werden dürfe. Es kamen Vorschläge, dafür eine Quotenregelung von 40 % festzulegen.

Zweiter Konferenztag: Lösungswege der Frauen für die kurdische Frauenfrage

Der zweite Themenschwerpunkt der Konferenz war konzentriert auf Lösungswege gegen die Gewalt an und Diskriminierung von Frauen in Kurdistan. Viele Rednerinnen haben die Konferenz als eine Chance gesehen, um den Weg für eine besser vernetzte Zusammenarbeit zu öffnen. Auch wenn die Zahl der Frauenorganisationen in allen Teilen Kurdistans zunähme, so sei die Zusammenarbeit von Frauen bis auf den Norden ein großes Problem. Angesichts der steigenden Diskriminierung von Frauen durch den von Iran und Türkei gelenkten politischen Islam sei die Stärkung des Bedürfnisses der Kurdinnen nach mehr Freiheiten die größte Herausforderung für Frauenorganisationen vor allem in Südkurdistan. Vernetzung von Frauenorganisationen sei ein akutes Bedürfnis. Ähnliches wurde auch für den Osten und Westen erklärt. Parteipolitische Differenzen sollten Frauen nicht daran hindern, gemeinsam zu handeln und zu kämpfen. In Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt kam es dann zu einer Debatte über eine gemeinsame kurdische Frauenorganisation. Ein gigantisches Projekt, wie etwa eine „Frauenstadt", wurde aufgrund der Kosten als irreal betrachtet. Es wurde beschlossen, dass die neu zusammengestellte Initiatorinnengruppe und die zuständigen Arbeitsgruppen sich mit diesem Thema befassen sollen.

Ein weiterer Konfrontationspunkt am Ende

Eine Kommission bestehend aus Frauen aus allen politischen Parteien und unabhängigen Frauen hatte am dritten Tag der Konferenz mit dem Entwurf der Schlussresolution angefangen. In der Schlussresolution wurden zahlreiche positive Beschlüsse gefasst. Sehr viele Frauen wollten, dass bei dem Beschlusspunkt „Solidarität mit allen politischen Gefangenen in allen Teilen Kurdistans und gemeinsamer Kampf für deren Befreiung" Abdullah Öcalan namentlich erwähnt wird. Nach anstrengenden Verhandlungsstunden wurde auch dieses Thema durch einen Kompromiss beigelegt. Zum Thema Freilassung des KCK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan sollen Briefe an den irakischen Staatspräsidenten Jalal Talabani, den Präsidenten der KRG, Mesut Barzani, und den Ministerpräsidenten der KRG, Nechirwan Barzani, geschrieben werden. Ebenso an die Generalsekretäre der UN und des Europarates. Dieses Vorhaben wurde bereits umgesetzt und die Briefe den erwähnten Politikern bereits gesendet.

Auch an diesem Punkt war es wichtig, zu einem Kompromiss zu kommen. Insgesamt meine ich, dass die Konferenz eine erfolgreiche Veranstaltung war, auch wenn sie manchmal nervenzerreibend war. Wichtig war und ist immer, die Grenzen, Tabus und Empfindlichkeiten der anderen zu verstehen. Nationale Politik bedeutet, keine Priorität auf Differenzen zu setzen, sondern immer das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Erst wenn besseres Kennenlernen und gegenseitiges Verständnis da ist, sollte dann auch über die Differenzen, Tabus und Empfindlichkeiten diskutiert werden. Es ist für uns Kurdinnen nicht einfach gewesen, cool zu bleiben. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass der Iran, die Türkei, Syrien oder die irakische Zentralregierung Pläne darüber machen, wie sie in dieser historischen Phase die kurdischen Forderungen nach politischer Anerkennung mundtot machen können. Die bösartigen Pläne der Kolonialmächte Kurdistans erhöhen täglich den Druck. So auch während der Konferenz. Türkische Medien hatten wegen der Teilnahme der KJB-Frauen eine Diffamierungskampagne gestartet, die abscheulich provokativ war. Das Ziel war, dadurch politischen Druck auf die KRG auszuüben, zumal diese wenige Wochen vorher neue Wirtschaftsverträge mit Ankara unterzeichnet hatte. Auch unter Berücksichtigung dieser Fakten meine ich, dass die Konferenz ein positiver Schritt war in dieser so komplizierten politischen Phase. Die III. Kurdische Frauenkonferenz wünschten sich die Delegierten im nächsten Jahr in Qamishlo (Westkurdistan/Syrien). Hoffentlich! ♦

Die Türkei baut seit drei Jahren Staudämme an der Grenze zum Irak – mit dem Ziel, die HPG-Guerilla zu bekämpfen

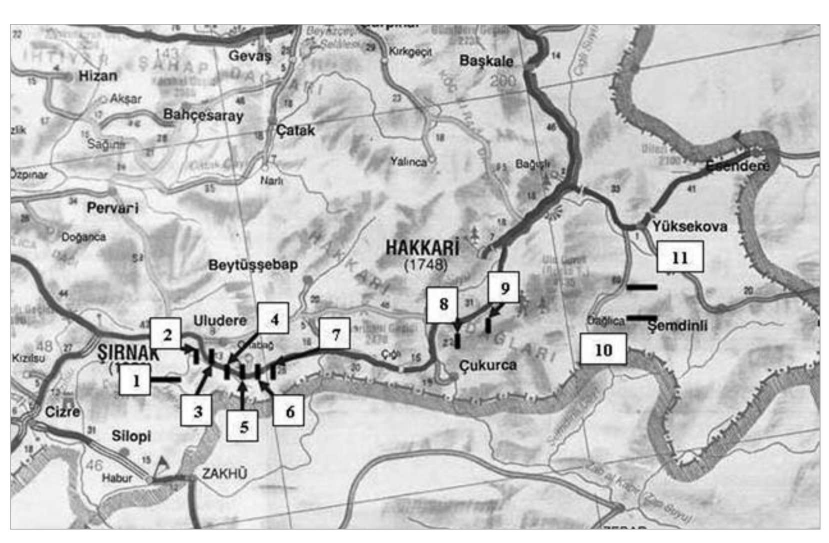
Staudämme für die Sicherheit oder zur Verschärfung des Konflikts?

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Seit 2009 und verstärkt seit 2011 wird in der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit immer wieder von Staudämmen berichtet, die an der Grenze zum Irak gebaut werden sollen oder bereits gebaut werden, um aus Sicht des türkischen Staates einen Beitrag zur „Sicherheit" zu leisten. Sowohl türkische als auch kurdische Medien erwähnen insgesamt elf Staudämme auf Flüssen und Bächen in den bergigen Provinzen Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari), die die Bewegungsmöglichkeiten der kurdischen Guerilla HPG (Volksverteidigungskräfte), die seit vielen Jahren mit der türkischen Armee in militärischen Auseinandersetzungen steht, eingrenzen sollen. Verschiedene bürgerliche türkische Medien schreiben offen darüber, dass die Grenzen mit Hilfe dieser Staudämme besser gegen das „Einsickern" von HPG-Guerillas gesichert werden könnten und zum „Kampf gegen den Terror" damit ein nennenswerter Beitrag geleistet werden würde.[1]

Mit diesen sogenannten „Sicherheitsstaudämmen"[2] wird Staudämmen in der Republik Türkei zum ersten Mal ein Hauptzweck zugeschrieben, der nicht ökonomisch begründet, sondern hauptsächlich sicherheitspolitisch bzw. militärisch motiviert ist. In den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten wurden immer wieder Staudämme, insbesondere jene im Rahmen des Südostanatolienprojekts (GAP), unter anderem wegen ihrer verdeckten politischen Absichten (Vertreibung und Assimilation der KurdInnen, Aufstandsbekämpfung, Wasser als Waffe gegen Irak und Syrien) kritisiert. Hierbei handelte es sich um eine Kritik, die dem Staat vorwarf, die Staudämme nicht allein aus ökonomischen Gründen zu errichten. Kritisiert wurde und wird im Zusammenhang damit auch die überholte, antisoziale und antiökologische Entwicklungs-, Landwirtschafts- und Energiepolitik des türkischen Staates. Eine Ausnahme in der Kritik bilden die Staudämme in der kurdisch-alevitischen Provinz Dêrsim, wo die Mehrheit der Bevölkerung die Staudammprojekte hauptsächlich als vor allem politisch motiviert bezeichnet und ablehnt. Wie auch immer, der Staat und die ihm nahe stehenden bürgerlichen türkischen Medien haben bei allen bisherigen Staudämmen immer darauf beharrt, dass sie ausschließlich aus ökonomischen Gründen in Angriff genommen worden seien. Nur im Falle des Ilısu-Staudammprojekts haben mittelrangige MitarbeiterInnen des Staatlichen Wasseramts (DSI) in öffentlichen Versammlungen von einem zusätzlichen sicherheitspolitischen Nutzen gesprochen.

Die Projekte im Einzelnen | Sieben der elf „Sicherheitsstaudämme" werden in der Provinz Şirnex (Şırnak) und vier in der Provinz Colemêrg (Hakkari) gebaut. In den beiden sehr bergigen und schwer zugänglichen Provinzen gibt es eine



Quelle: TMMOB (Union der Ingenieurs- und Architektenkammern der Türkei), Diyarbakır: Sınır/Güvenlik Barajları Ön Raporu, 2009

Reihe weiterer Staudämme ohne ausschließlich militärischen Charakter, auf die in dieser Betrachtung nicht weiter eingegangen wird.

Die elf Sicherheitsstaudämme konzentrieren sich auf drei Gebiete entlang der etwa 350 km langen türkisch-irakischen Grenze (ein größeres Gebiet in Şirnex (Şırnak) und zwei kleinere in Colemêrg (Hakkari)), wo sie aus Sicht des Staates das Passieren für die Guerilla erheblich erschweren würden. Sie sollten aber nicht so verstanden werden, dass die komplette Grenzregion betroffen wäre und/oder alle Flusstäler an der Grenze mit Staudämmen aufgestaut würden. Das liegt u. a. an den geographischen Gegebenheiten und den vorhandenen Flüssen und Bächen.

Die in der abgebildeten Karte nummerierten Staudämme werden hier mit ihren Eigenschaften aufgeführt:

Nr. in Karte	Name	Provinz/Bezirk	Höhe des Bauwerks [m]	Name des Flusses bzw. Baches	ausführendes Unternehmen
1	Silopi	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	79,5	Hezil	Ilici Holding
2	Şırnak	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	57,0	Ortasu (Robozik)	AGE İnşaat ve Ticaret A.Ş
3	Uludere	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	55,0	Ortasu (Robozik)	Net FA İnşaat Ltd.
4	Ballı	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	49,0	Ortasu (Robozik)	Net FA İnşaat Ltd.
5	Kavşaktepe	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	66,0	Ortasu (Robozik)	
6	Musatepe	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	34,5	Ortasu (Robozik)	
7	Çetintepe	Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere)	60,5	Ortasu (Robozik)	
8	Çocuktepe	Çolemêrg/Çelê (Hakkari/Çukurca)	45,0	Güzeldere	Inelsan İnşaat Elektr. Tic. Ltd.
9	Gölgeliyamaç	Çolemêrg/Çelê (Hakkari/Çukurca)	42,0	Güzeldere	Inelsan İnşaat Elektr. Tic. Ltd.
10	Beyyurdu	Çolemêrg (Hakkari)/zwischen Şemzînan (Şemdinli) und Gever (Yüksekova)	54,0	Bembo	Yüzenler İnşaat Ltd.
11	Aslandağı	Çolemêrg (Hakkari)/zwischen Şemzînan (Şemdinli) und Gever (Yüksekova)	69,0	Bembo	Yüzenler İnşaat Ltd.

Bis März 2012 sind die ersten beiden Staudämme weitgehend fertiggestellt worden. Die Projekte 3 bis 7 in Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere) sind noch im Bau. Diese fertig gebauten und im Bau befindlichen Projekte kosten den Staat insgesamt 207 Mio. TL (etwa 90 Mio. Euro).[3] Eigentlich war eine frühere Fertigstellung geplant, aber geologische und technische Schwierigkeiten und auch der andauernde militärische Konflikt sind Gründe für den mindestens einjährigen Verzug. Das im Jahr 2011 formulierte Ziel ist es, diese fünf zurzeit im Bau befindlichen Staudämme im Sommer/Herbst 2012 zu beenden, was aber schwierig zu erreichen erscheint.

Der Bauprozess für die vier Staudämme in Colemêrg (Hakkari) begann tatsächlich vor drei Jahren, kommt aber aus denselben Gründen immer wieder ins Stocken. Die Staudämme Çocuktepe und Gölgeliyamaç kosten nach Aussage des DSI 31,7 Mio. TL und sollen Ende 2012 abgeschlossen sein. Die Staudämme Beyyurdu und Aslandağı kosten nach neuestem Stand 73 Mio. TL.

Die im Bau befindlichen Projekte würden die Straße zwischen den Provinzhauptstädten Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari) auf einer Strecke von 45 km überfluten. Deshalb haben die Arbeiten zu einer neuen Straße begonnen, die höchstwahrscheinlich nicht vor dem nächsten Jahr abgeschlossen sein werden.

Es fällt auf, dass viele dieser Staudammprojekte an Unternehmen aus der Region vergeben wurden. Das Unternehmen Inelsan stammt aus Colemêrg (Hakkari) und das Unternehmen Yüzenler hat seinen Hauptsitz in Wan (Van). Dahinter steckt höchstwahrscheinlich die Absicht, die Kritik der Bevölkerung an diesen Projekten gering zu halten. Denn der Bevölkerung kann damit vorgehalten werden, dass „Unternehmen aus der Region daran verdienen und Menschen aus der Region beim Bau arbeiten können".

Wie viele Siedlungen im Rahmen der Staudammprojekte überflutet werden sollen, ist den offiziellen Dokumenten und Plänen nicht zu entnehmen. Es wird von einer geringen Anzahl direkt betroffener ausgegangen, weil sich zum einen die Stauseen nur über wenige Kilometer erstrecken und zum anderen die meisten Dörfer in beiden Provinzen in den 90er-Jahren während der intensivsten Zeit des Krieges durch das türkische Militär systematisch zerstört wurden. In vergangenen Jahren konnten in diese beiden Provinzen kaum Menschen zurückkehren, vor allem wegen des wieder verschärften militärischen Konflikts.

In der obigen Karte sind die drei erwähnten Gebiete, in denen die Staudämme konzentriert sind, zu erkennen. Das erste und größte Gebiet liegt in Şirnex (Şırnak), wo die sieben Staudämme im Bezirk Qilaban (Uludere) an einem Fluss hintereinander aufgereiht sind. Hier würde nach der Staatslogik ein längeres Grenzgebiet von bis zu 50 km für die HPG-Guerilla unpassierbar werden. Hinzu kommen zwei Gebiete in Colemêrg (Hakkari) mit je zwei nebeneinanderliegenden Staudämmen.

Diese Stauwerke wurden im Jahre 2007 der Öffentlichkeit bekannt, als sie im Jahresbericht 2007 des DSI genannt wurden und im selben Jahr an Unternehmen zum Bau vergeben wurden. In diesem Bericht heißt es, dass aus „Gründen der Sicherheit an der Grenze die Voruntersuchungen und Vergabe

zu elf Projekten durchgeführt wurden". Die Voruntersuchungen für die elf Staudämme wurden innerhalb von drei Monaten durchgeführt, was selbst für das DSI mit seinen im internationalen Vergleich miserablen ökologischen und sozialen Standards eine sehr kurze Zeitspanne ist. So werden nach den Regeln und Standards des DSI mindestens zwei bis drei Jahre für die hydrologischen und meteorologischen Untersuchungen benötigt. Diese sind in Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari), wie auch sonst in der Region, an den mittleren und kleineren Flüssen grundsätzlich nicht durchgeführt worden. Die langfristige Gefahr hierbei ist, dass sich nach Errichtung und Inbetriebnahme bei extremen Niederschlägen der vorgesehene Stauraum als nicht ausreichend erweisen und es zum Überlaufen und damit zum Bruch des Bauwerks kommen könnte. Ein Bruch würde direkt unterhalb des Stauortes entlang des Flusses das Tal von einer großen Welle überfluten und Tiere und Menschen mitreißen lassen, was sehr wahrscheinlich deren Tod bedeutete. Die zweite Gefahr ist, dass diese Welle den anschließenden Stauraum so belasten kann, dass es auch dort zu einem Bruch kommt. So könnte sich eine Katastrophe bis nach Irakisch-Kurdistan hinein fortsetzen.

Auch müssten rechtmäßig Untersuchungen zur Flora und Fauna durchgeführt werden, um überhaupt erfassen zu können, was bei einer Stauung verloren gehen wird. Diese Region ist bisher von Naturzerstörung, außer durch den Krieg, wenig betroffen gewesen, weshalb viele Gebiete eine sehr hohe ökologische Diversität aufweisen. Folgerichtig fehlen auch Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) komplett. Oft dauert der gesamte Untersuchungs-, Planungs- und Vergabezeitraum viele Jahre, im Falle der größeren Staudämme in der Republik Türkei nicht selten zehn bis dreißig Jahre. Weiterhin kommt hinzu, dass geplante Staudämme und Wasserkraftwerke normalerweise viele Jahre im Voraus in den jährlichen Konzepten, Planungen und Berichten des DSI genannt werden. Diese elf „Sicherheitsstaudämme" sind vor 2007 nirgendwo aufgetaucht. In Anbetracht der Tatsache, dass sich seit dem Jahr 2008 der Konflikt um die ungelöste kurdische Frage sehr verschärft hat und viele militärische Auseinandersetzungen stattfanden, ist davon auszugehen, dass es sich um militärische Projekte handelt. Das heißt, dass sie sich vor allem Militärs und Sicherheitsstrategen ausgedacht haben müssen.

Obwohl einerseits eindeutig der militärische Zweck dieser Staudämme beschrieben wird, wurde für alle diese elf Projekte ein wirtschaftliches Ziel hinzugefügt, und zwar zunächst die Wasserentnahme zur Bewässerung in der Landwirtschaft, die eigentlich über ausreichend Niederschläge im Jahr verfügt, und die Trinkwasserversorgung der Städte, deren Problem viel mehr die Wasserqualität ist. Dies ist wahrscheinlich als Alibi für diese Staudammprojekte vorgesehen worden. Im Vergabeprozess wurde in letzter Minute auch an die Installierung von Wasserkraftwerken an den Staudämmen in der Provinz Şirnex (Şırnak) (jedoch nicht für Colemêrg (Hakkari)) gedacht. Sie waren am Anfang nicht geplant, werden jetzt konzipiert[4] und sollen insgesamt eine installierte Kapazität von nur 115 MW haben[5].

Logik des türkischen Staates

Bei den „Sicherheitsstaudämmen" handelt es sich um Projekte, die als groß (Höhe der Staumauern zwischen 35 und 80 m) einzustufen sind und eine nicht zu unterschätzende Fläche und Flusslänge in einen künstlichen Stausee umwandeln sollen.

Der erste Hintergedanke aus Sicht des Staates ist, dass die Flusstäler von der Guerilla gern als Korridore für das „Einsickern" in das türkische Staatsgebiet genutzt werden. Diese Durchgangsstrecke aus dem irakischen Staatsgebiet könnte nun mit Dämmen und Mauern und anschließenden Stauseen an mehreren Stellen versperrt werden. Weiterhin könnten dieser Logik nach viele von den HPG genutzte Höhlen und Verstecke überflutet werden. Der dritte „Sicherheitsaspekt" wäre, dass ein großer Stausee auf mehreren (oder gar dutzenden) Kilometern ein Hindernis bei der Überquerung des entsprechenden Flusses darstellen würde. Denn zu Tag und Nacht könnte von Beobachtungspunkten auf Hügeln bzw. Bergen aus durch das Militär die große glatte Seefläche gut observiert werden.

Diese von der angeblichen „Sicherheit" geleitete Logik des türkischen Staates ist zweifellos erschütternd und zeugt von einem Verständnis, das vom Frieden nicht viel hält und sich auf einen jahrzehntelangen Konflikt in Kurdistan einstellt. Auch können diese wirtschaftlich absolut sinnlosen Projekte als weiterer Beleg für die heuchlerischen Aussagen der Regierung hinsichtlich einer politischen Lösung der kurdischen Frage angeführt werden. Der türkische Staat und seine Institutionen denken immer noch in Sicherheitsdimensionen, wenn es um die KurdInnen und deren ihnen seit der Republikgründung vorenthaltenen Rechte geht.

Wenn wir über den militärischen Zweck dieser elf Projekte hinausdenken, ist festzustellen, dass es eigentlich darum geht, die BewohnerInnen dieser schwer zugänglichen und oppositionellen Region insgesamt besser zu kontrollieren und zu deren weiterer Assimilation beizutragen. Schon seit der Republikgründung sind die Menschen dieser Region schwer zu kontrollieren gewesen. Grenzüberquerungen aus verschiedenen Gründen waren und sind leicht. Der Schmuggel war und ist noch eine wichtige Einnahmequelle für die Menschen dieser Region. Zur Kontrolle der schwer kontrollierbaren Menschenbewegungen können die Sicherheitsstaudämme aus staatlicher Sicht einen gewissen Beitrag leisten. Schließlich befinden wir uns in einer Region, wo die Assimilation der KurdInnen am geringsten vorangeschritten ist, was auch an der lange dominanten ländlichen Struktur liegt. Denn auch dadurch standen sie der städtischen türkischen Lebensweise und Kultur fern, was weniger Assimilation bedeutete.

Aufgrund der offensichtlich militärischen Motivation für den Bau dieser elf Sicherheitsstaudämme können sie nicht im gleichen Sinne wie die anderen etwa dreitausend Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekte bewertet werden. Denn sie haben einen rein militärischen Charakter. Die ökologischen,

sozialen und kulturellen Folgen sind natürlich genauso schlimm.

Allerdings können diese Sicherheitsstaudämme in begrenztem Maße im Kontext des geostrategischen Interesses im Mittleren Osten gesehen werden. Denn sie können das Wasser an mehreren Flüssen nach Irakisch-Kurdistan buchstäblich abgraben und sich für die Bevölkerung direkt auf der anderen Seite der Grenze negativ auswirken. Die Flüsse, an denen die elf Sicherheitsstaudämme liegen, fließen südlich der irakisch-türkischen Grenze alle weiter direkt oder indirekt in den Tigris und hätten indirekte und limitierte Auswirkungen in den weiter flussabwärts gelegenen Gebieten.

Proteste und Kritik

Die Menschen und Organisationen in Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari) haben bisher nur mit Erklärungen und Informations- und Diskussionsveranstaltungen in den beiden Provinzhauptstädten protestiert. Proteste durch eine Demonstration oder direkt vor Ort fanden bisher nicht statt. Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Menschen dieser beiden Provinzen eindeutig gegen diese elf Staudämme eingestellt sind, wie auch gegen die anderen zerstörerischen Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekte in ihren Provinzen. Aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen, täglichen Armeeoperationen, Bombardierungen der Region, Festnahmen in Städten und Dörfern, Massaker wie im September 2009 (9 Tote durch Explosion eines Kleinbusses bei Şemzînan (Şemdinli)) oder im Dezember 2011 (Roboskî-Massaker, 34 Tote) und anderer Repressionsdimensionen sind die Bedingungen für zivilen Protest äußerst schwierig. Andere Probleme stehen für die Bevölkerung zunächst im Vordergrund.

Von den politischen Parteien kritisiert nur die BDP die Sicherheitsstaudämme, was natürlich damit zusammenhängt, dass sie als Partei die Wasser- und Staudammpolitik der Regierung von Beginn an aus grundsätzlichen ökologischen und sozialen Gründen ablehnt und in Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari) sehr große Unterstützung erfährt. Sie erkennt auch die militärische Absicht dieser Projekte und sieht, welche Verwüstungen sie anrichten. Doch muss auch hinzugefügt werden, dass sie den Worten kaum Taten folgen lässt. Dies kann mit der seit drei Jahren andauernden Repression nur zum Teil erklärt werden. Das Bewusstsein für die Dimension der begonnenen Zerstörungen ist bei den AktivistInnen vor Ort nicht ausreichend ausgeprägt bzw. es werden oft falsche Präferenzen gesetzt. So werden die Natur bzw. ökologische Themen nicht mit dem Leben vor Ort in Verbindung gebracht.

Die elf Sicherheitsstaudämme tragen erheblich zur weiteren ohnehin hohen Militarisierung der Region bei. Das Hauptziel der militärisch motivierten Sicherheitsstaudämme ist die Guerilla der Volksverteidigungskräfte, die sich einige Male zu diesen Projekten geäußert hat. Das Hauptquartier der HPG veröffentlichte zum ersten Mal am 11. Juli 2009 eine Warnung an BauunternehmerInnen und ArbeiterInnen, die an der Konstruktion von Staudämmen im Grenzgebiet tätig waren. Darin heißt es: „In letzter Zeit arbeitet das System der Republik Türkei in bestimmten Gebieten Kurdistans am Aufbau einer Vielzahl von Staudämmen. Bei diesen Staudämmen handelt es sich nicht um eine Arbeit, mit der Aufschwung und Wohlstand herbeigeführt werden sollen, wie es in den Medien lanciert wird, sondern um militärische Projekte gegen unsere Bewegung, mit der die Grenzen zu unüberwindbaren Mauern gemacht werden sollen. Als Volksverteidigungskräfte rufen wir unser Volk dazu auf, sich diese schmutzigen Machenschaften bewusst zu machen. Gleichzeitig warnen wir die Bauunternehmer und Arbeiter, sich nicht an diesen militärischen Projekten zu beteiligen.“[6]

Es folgten 2010 und 2011 weitere kurze Erklärungen der HPG[7] mit ähnlichem Inhalt gegen die Sicherheitsstaudämme, doch erfolgten keine Angriffe auf eines dieser elf Projekte. Gegen andere Staudammprojekte fanden allerdings mehrere Überfälle statt, bei denen immer die BauarbeiterInnen festgesetzt und die Baumaschinen zerstört bzw. niedergebrannt wurden. Zum Beispiel gab es am 9. November 2011 einen Überfall auf die Baustelle des Silvan-Staudamms[8] und im September 2011 einen ähnlichen Angriff auf einen Staudamm im Bezirk Şêrwan (Şirvan) in der Provinz Sêrt (Siirt)[9].

Die Sicherheitsstaudämme des türkischen Staates sind Maßnahmen und Projekte, die den Konflikt in Türkisch- und Irakisch-Kurdistan nur anheizen. Sie führen zur Militarisierung breiter Landschaften und offenbaren den Mangel an Willen des türkischen Staates zur Lösung der kurdischen Frage, weshalb sie kategorisch abzulehnen sind. Weiterhin haben die Sicherheitsstaudämme absolut keinen positiven wirtschaftlichen oder sozialen Nutzen für die Bevölkerung vor Ort und führen in ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht zu Verlusten. ♦

Fußnoten:
1) Siehe folgende Artikel:
a) Radikal: PKK ile mücadelede barajlı dönem, 11.07.2009;
b) Internet Haber: TSK'dan PKK'ya 'barajlı abluka', 08.05.2011;
c) Milliyet: PKK'ya karşı planlanan o barajlardan ikisi tamam..., 26.11.2011;
d) Radikal: PKK barajlarına 103,5 milyon harcandı, 11.03.2012;
e) Milliyet: Bu barajlar PKK için, 12.03.2012.
2) Die Bezeichnung „Sicherheitsstaudämme" lehnt sich an den offiziellen Wortlaut des Staatlichen Wasseramts der Türkei (DSI) „Staudämme für die Sicherheit der Grenzen" an. Im Jahresbericht des DSI von 2007 wird auf Seite 142 offen geschrieben, dass diese elf Staudämme „für die Sicherheit der Grenzen" gebaut werden sollen: http://www2.dsi.gov.tr/faaliyet_raporlari/raporlar.htm
3) Milliyet: Bu barajlar PKK için, 12.03.2012.
4) Internet Haber: TSK'dan PKK'ya 'barajlı abluka', 08.05.2011.
5) Siehe DSI-website: http://www2.dsi.gov.tr/bolge/dsi10/sirnak.htm
6) Firat News Agency (ANF): HPG warnt Unternehmer wegen Staudammbau, 12.07.2009. Übersetzung ISKU | Informationssstelle Kurdistan e.V.
7) Firat News Agency (ANF): Mahnung der HPG bezüglich der Staudämme, 22.04.2010. Übersetzung ISKU | Informationssstelle Kurdistan e.V.
8) Firat News Agency (ANF): Baraj inşaatına baskın yapan gerillalar 9 aracı ateşe verdi, 10.11.2011.
9)Firat News Agency (ANF): Baraj Yapimina Karsi Gerilla Eylemleri, 09.09.2011.

Konferenz der Kampagne TATORT KURDISTAN 20.–22. April 2012 in Köln

Internationale Repressionsstrategie gegen die kurdische Bewegung und die türkische Linke

Dr. Elmar Millich



Die kurdische Befreiungsbewegung sieht sich als eine der wenigen säkularen emanzipatorischen Kräfte im Mittleren Osten zurzeit den stärksten Angriffen der letzten Jahre ausgesetzt. Seit den Kommunalwahlen von 2009 wurden im Rahmen der sogenannten KCK-Verfahren über 6 000 kurdische PolitikerInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen und Angehörige vieler weiterer Personengruppen inhaftiert. Alle, die den Kriegskurs der AKP-Regierung in der kurdischen Frage kritisieren, laufen Gefahr, wegen angeblicher Unterstützung des Terrorismus inhaftiert und angeklagt zu werden. Diese Politik der Türkei erfolgt in enger Abstimmung mit der EU und den USA. In Deutschland werden seit 2010 kurdische AktivistInnen erstmalig nach § 129b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) angeklagt. Eine für den 26. November 2011 in Berlin geplante Großdemonstration gegen das PKK-Verbot wurde untersagt. Zunehmend sind Personen, die sich in den kurdischen Vereinen engagieren, mit der Androhung einer Abschiebung in die Türkei konfrontiert. Auch die kurdischen Exilmedien stehen im Fokus der Angriffe, wie das De-facto-Sendeverbot für den kurdischen Fernsehsender ROJ TV Anfang dieses Jahres gezeigt hat. Im Rahmen der Kampagne TATORT KURDISTAN wurde auf der Konferenz in Köln die internationale Repressionsstrategie gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die türkische Linke analysiert. Ausgerichtet wurde die Konferenz vom Rechtshilfefonds AZADÎ e. V.

Aktuelle Situation in der Türkei/Kurdistan | Zum Auftakt am Freitagabend referierte der Historiker und Journalist Dr. Nikolaus Brauns über den Machtkampf zwischen der AKP und den Kemalisten seit der Regierungsübernahme von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan im Jahre 2002. Die Kräftekonstellation lässt sich ihm zufolge als Dreieck erfassen, mit den Eckpunkten AKP, Kemalisten und der kurdischen Bewegung sowie türkischen Linken. Wurde die AKP anfangs in Deutschland aufgrund ihrer islamischen Wurzeln skeptisch betrachtet, gelang es Erdoğan durch eine konsequent wirtschaftsliberale Politik, sich die Unterstützung der EU und der USA zu sichern. Den Höhepunkt erreichte der Machtkampf zwischen AKP und Kemalisten im Jahre 2007 mit der Nominierung von Abdullah Gül als Staatspräsident. Das Militär drohte offen mit einem Putsch. Ende 2007 wurde dann ein Kompromiss auf Kosten der kurdischen Bewegung geschlossen. Mit Billigung der USA erfolgte Anfang 2008 der als „ZAP-Offensive" bekannte Einmarsch der türkischen Armee in von der PKK kontrollierte Gebiete im Nordirak, der aber als militärisches Desaster endete. Parallel entledigte sich die AKP mit den beginnenden ERGENEKON-Verfahren der nationalistischen Hardliner unter den Kemalisten. Spätestens seit dem Rücktritt des gesamten Generalstabs 2011 hat die AKP die Auseinandersetzung endgültig gewonnen. Um auch in den von der kurdischen „Partei für Frieden und Demokratie" (BDP) dominierten kurdischen

Gebieten an Einfluss zu gewinnen, startete die türkische Regierung nach den Kommunalwahlen 2009 die sogenannten KCK-Verfahren, in deren Folge aktuell über 6 000 Personen aus dem Umfeld der BDP, aber auch JournalistInnen, GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen und Intellektuelle inhaftiert sind. Aktuell berichtete Dr. Braun von sich abzeichnenden Spannungen zwischen der Fethullah-Gülen-Bewegung und Teilen der AKP. Dass die AKP nach wie vor auch eine islamistische Agenda betreibt, zeigt die vor kurzem angekündigte Bildungsreform, die den Besuch von Koran-Schulen forciert und wahrscheinlich zu Lasten der Bildung junger Frauen geht.

Strafrechtliche Verfolgung nach § 129b | Über die strafrechtliche Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland wegen ihrer politischen Betätigung berichtete die Hamburger Rechtsanwältin Cornelia Ganten-Lange. Im Mittelpunkt standen die seit 2010 erstmals auch gegen KurdInnen angestrengten Verfahren nach § 129b StGB. Der Paragraph, bereits 2002 im Rahmen der Antiterrorgesetze ins Strafgesetzbuch aufgenommen, wurde bisher hauptsächlich gegen islamistische Kreise angewendet. Allerdings sind auch bereits Verfahren nach § 129b gegen Personen geführt worden, die von den Anklagebehörden der tamilischen LTTE oder der türkischen DHKP-C zugerechnet wurden. Bezeichnend für den § 129b ist, dass er der einzige Strafrechtsparagraph ist, bei dem die Staatsanwaltschaften eine Genehmigung des Bundesjustizministeriums einholen müssen, bevor sie Ermittlungen einleiten können. Der durch die Erteilung einer Ermächtigung gewährte politische Einfluss auf die Aufnahme von Ermittlungen stellt ein gesetzgeberisches Novum im materiellen Strafrecht dar. Diese Ermächtigung wurde im September 2011 generell für Ermittlungen und Anklagen gegen mutmaßliche führende FunktionärInnen der PKK erteilt. Gegen drei kurdische Personen laufen derzeit Pilotverfahren in Deutschland, eine weitere Person befindet sich in Auslieferungshaft in der Schweiz. Frau Ganten-Lange wies darauf hin, dass die Ermächtigung seitens des Justizministeriums jederzeit ausgeweitet werden kann, so dass nicht nur gegen mutmaßliche führende FunktionärInnen der PKK ermittelt werden kann, sondern eine rechtliche Grundlage zur Verfolgung jeder Form politischen Engagements für die kurdische Frage in Deutschland gegeben wäre. Ein weiteres Problem der Verfahren nach § 129b besteht darin, dass die zur Last gelegten Straftaten und damit die Beweismittel in der Türkei liegen. In den laufenden Strafverfahren werden die betroffenen Personen sowohl für Angriffe der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) auf militärische Ziele als auch für Angriffe der sogenannten „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) auf ZivilistInnen verantwortlich gemacht. Letzteres dürfte in den anstehenden Prozessen besonders umstritten sein, weil die PKK jeden Zusammenhang mit den TAK von sich weist. Eine entscheidende Rolle wird in den Pilotverfahren auch spielen, ob die Aktionen der PKK durch das (Kriegs-)Völkerrecht gedeckt sind. Frau Ganten-Lange wies darauf hin, dass sich KCK-Verfahren in der Türkei und die § 129b-Verfahren in Deutschland prinzipiell ähnlich sind, da es sich bei beiden um Organisationsdelikte handelt, die keinen individuellen Straftatnachweis erfordern.

Ausländerrechtliche Schikanen gegen Kurdinnen und Kurden | Über ausländerrechtliche Schikanen gegen KurdInnen berichtete Rechtsanwältin Heike Geisweid, Vorstandsmitglied bei AZADÎ und Vorsitzende von MAF-DAD (Verein für Demokratie und Internationales Recht). Im Rahmen der Antiterrorpakete von 2002 wurden auch gravierende Gesetzesänderungen im Ausländerrecht beschlossen. Die Änderungen betreffen Ausweisungen, Asyl- und Einbürgerungsverfahren. So führt die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung auch nachträglich zu einer Asylaberkennung wegen „Unwürdigkeit“. Das führt in der Praxis dazu, dass vielen Kurdinnen und Kurden in der BRD das Asylrecht aus genau den Gründen aberkannt wird, wegen denen sie es oft viele Jahre zurückliegend zugesprochen bekommen hatten. Mit der Aberkennung des Asyls ist in der Regel ein Rückfall in die „Duldung“ verbunden, die unterste Stufe im Ausländerrecht. Bei Einbürgerungsanträgen werden von den Ausländerämtern routinemäßig Auskünfte bei den Verfassungsschutzämtern angefordert, zu denen die AntragstellerInnen dann Stellung nehmen müssen. Schon der Besuch von legalen kurdischen Veranstaltungen, Vereinen und Demonstrationen stellt ein Einbürgerungshindernis dar, wenn es nicht bereits lange zurückliegt und die AntragstellerInnen sich nicht von ihrem früheren politischen Engagement „nachdrücklich“ distanzieren. Für unterstützende Anwältinnen und Anwälte ist es laut Frau Geisweid immer wieder erschreckend festzustellen, wie lückenlos und umfangreich die Überwachung von politisch aktiven KurdInnen durch den Verfassungsschutz und die polizeilichen Staatsschutzdezernate erfolgt. Ebenfalls hoch problematisch sind die von den Ausländerämtern durchgeführten Sicherheitsbefragungen, bei denen AusländerInnen über ihre Kontakte zu angeblich terroristischen Kreisen ausgeforscht werden. Vielen, die daran teilnehmen, sind die Fragen inhaltlich und sprachlich nicht verständlich, so dass es zu Falschangaben kommt, die dann laut Gesetz zur Ausweisung führen können.

Situation in den türkischen Gefängnissen | Ali Mitil vom „Solidaritätskomitee der Freiheitsgefangenen in Europa“ berichtete – leider auch aus langjähriger eigener Erfahrung – über die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Er wies darauf hin, dass die Brutalität gegen Gefangene noch aus der osmanischen Tradition der Türkei herrühre. Zudem seien viele Mitglieder der Spezialeinheiten, die Anfang der 1990er-Jahre für die Ermordung von Oppositionellen verantwortlich waren, später im Strafvollzug eingesetzt worden. Die Zahl der GefängnisinsassInnen ist unter der AKP-Regierung dramatisch von 59 000 auf 134 000 gestiegen. Entsprechend stark ist die Überbelegung. So teilen sich beispielsweise 24 Menschen eine Acht-Personen-Zelle, was dazu führt, dass in drei Schichten geschlafen werden muss. Auch die Folterpraxis, zu Beginn der AKP-Regierung in gewissem Maße zurückgegangen, hat in letzter Zeit wieder dramatisch zugenommen, wie nicht zuletzt die Misshandlungen von Kindern und Ver-

gewaltigungen von Jugendlichen im Gefängnis von Pozanti gezeigt haben. Schwerkranke werden erst kurz vor ihrem Tod aus dem Gefängnis entlassen. Herr Mitil ging auch auf die Einführung der F-Typ-Gefängnisse in der Türkei im Jahr 2000 ein. Bei dem über Monate andauernden Hungerstreik gegen die Isolationsgefängnisse kamen 28 Menschen ums Leben und über 600 trugen irreversible gesundheitliche Schäden davon. Um den Widerstand zu brechen, stürmten türkische Sicherheitskräfte am 15. September 2000 unter der zynischen Losung „Operation Rückkehr ins Leben" die Gefängnisse mit unglaublicher Brutalität. 28 Gefangene kamen dabei ums Leben. Die Operation erfolgte mit stillschweigender Zustimmung der EU, die im Rahmen möglicher Beitrittsverhandlungen auf der Einführung des Gefängnissystems nach europäischem Vorbild bestand. Um dieses System und die Isolation zu perfektionieren, werden aktuell in Ankara und Istanbul komplette Gefängnisstädte gebaut, auf deren Gelände sich – einem Campus gleich – auch Gerichtsgebäude und Krankenhäuser befinden. Herr Mitil schloss seinen Vortrag mit der Feststellung, dass sich die Repression nach dem 11. September 2001 unter der Führung der USA zusätzlich verschärft hat. Für die Abschaffung jeglicher Rechtsstaatlichkeit stünden die illegalen CIA-Foltergefängnisse, Guantánamo und auch Imralı.

Öcalan seit acht Monaten in Totalisolation | Mahmut Şakar, der bis zu seiner erzwungenen Ausreise aus der Türkei 2005 Abdullah Öcalan als Rechtsanwalt vertreten hatte, berichtete über die Gefängnisinsel Imralı, wo seit 1999 Abdullah Öcalan gefangen gehalten wird, der zuvor in einem internationalen Komplott verschiedener Geheimdienste aus Kenia entführt worden war. Bis 2009 war Öcalan der einzige Insasse dieses Gefängniskomplexes, bewacht von 1000 Soldaten. 2009 wurden dann auf Druck europäischer Institutionen fünf weitere PKK-Gefangene zu ihm auf die Insel verlegt.

Nach der Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei wurde das Todesurteil gegen Herrn Öcalan in lebenslängliche Haft ohne die Möglichkeit der vorzeitigen Haftentlassung umgewandelt. Über seine Haftbedingungen entscheidet weder ein Gericht noch das Justizministerium, sondern ein gesetzlich nicht existentes Gremium, das direkt dem Nationalen Sicherheitsrat unterstellt ist. Seit Jahren werden die nach internationalem Recht verbrieften Besuche von Verwandten und RechtsanwältInnen bei Abdullah Öcalan willkürlich behindert. Da Imralı für BesucherInnen nur mit einem eigens dafür vorgesehenen Boot zu erreichen ist, wird dessen vorgeblicher Defekt häufig als Begründung für die Absage der unerwünschten Besuche genommen. Nach den Parlamentswahlen 2011 hat sich diese Situation extrem verschärft. Nunmehr befindet sich Herr Öcalan seit acht Monaten [*zur Zeit der Konferenz*] in Totalisolation, d. h. weder konnte er besucht werden, noch gab es irgendwelche Lebenszeichen von ihm. Stattdessen bereitet die AKP-Regierung ein Gesetz vor, das diese Situation rechtlich legitimieren soll und an das deutsche Kontaktsperregesetz zu RAF-Zeiten erinnert. Sowohl in Straßburg als auch in den kurdischen Gefängnissen wurden deshalb bis vor kurzem Hungerstreiks durchgeführt, um das europäische Antifolterkomitee (CTP) und den Europarat auf ihre Verantwortung bezüglich der Haftsituation Öcalans hinzuweisen. Herr Şakar ging auch auf die Verhaftung des nahezu gesamten AnwältInnenkollektivs zur Verteidigung Öcalans ein, die im Oktober 2011 im Rahmen der KCK-Operationen erfolgte und weltweit ohne Beispiel ist.

Herr Şakar arbeitet heute als zweiter Vorsitzender des in Köln ansässigen Vereins für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD = kurd. Abkürzung für Recht und Gerechtigkeit).

Verfolgung kurdischer Medien | Während die EU-Staaten hin und wieder die Türkei wegen mangelnder Pressefreiheit kritisieren, reagieren sie bezüglich der in Europa erscheinenden kurdischen Medien als Handlanger der Türkei. Darauf wies Nihal Bayram, Journalistin bei der kurdischen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika" (Neue Freie Politik), hin. Sie gab einen Überblick über die Gründung der ersten kurdischen Presseorgane Anfang des letzten Jahrhunderts, um den Kurdinnen und Kurden eine Stimme zu geben. In den 1990er-Jahren wurden viele MitarbeiterInnen bei den wenigen kurdischen Medien Opfer extralegaler Hinrichtungen. Am spektakulärsten in Erinnerung bleibt der Sprengstoffanschlag auf die Redaktionsgebäude der Tageszeitung „Özgür Gündem" 1994 in Istanbul und Ankara durch Agenten des sogenannten „Tiefen Staates". Auch aktuell stehen die MitarbeiterInnen kurdischer Medien in der Türkei im Fokus von Regierung, Polizei und Justiz. Die meisten der im Rahmen der KCK-Verfahren sich in Haft befindenden Journalistinnen und Journalisten arbeiteten bei kurdischen Zeitungen oder Nachrichtenagenturen. Europa scheint da nicht hintanstehen zu wollen. So wurde die in Europa erscheinende Tageszeitung Özgür Politika 2005 vom damaligen SPD-Bundesinnenminister Otto Schily (ehemaliger RAF-Anwalt und Abgeordneter der Grünen) wegen angeblicher Propagandatätigkeit für die PKK verboten, wenn auch das Verbot vom Bundesverwaltungsgericht einige Wochen später wieder aufgehoben wurde.

Erneut versuchte es die deutsche Regierung 2008 mit einem Verbot des aus Dänemark sendenden kurdischen Fernsehsenders ROJ TV. Wegen der allgemeinen medienrechtlichen Bedeutung gaben die deutschen Gerichte den Fall an den Europäischen Gerichtshof. Dieser entschied zwiespältig: Das Betreiben eines Fernsehsenders innerhalb der EU darf nur von dem für die Ausstrahlung verantwortlichen Land, hier Dänemark, untersagt werden. Allerdings stünde es Deutschland frei, die Arbeit von ROJ TV auf deutschem Boden zu unterbinden und explizit auch die Ausstrahlung bei öffentlichen Veranstaltungen zu verbieten. „Erfolgreich" war im Januar dieses Jahres letztendlich ein in Kopenhagen angestrengtes Verfahren gegen den Fernsehsender. Das Gericht verurteilte ihn wegen angeblicher Propaganda für die PKK zu einer empfindlichen Geldstrafe, ohne jedoch die Sendelizenz aufzuheben. Das besorgte dann de facto eine Woche später der in Frankreich ansässige Satellitenbetreiber EUTELSAT, indem er den Vertrag mit ROJ TV unter Verweis auf die im Kopenhagener Urteil festgeschriebenen terroristischen Aktivitäten kündigte. Das politische Vorspiel zur Schließung von ROJ TV hatte bei der Wahl des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Fogh

Anders Rasmussen zum NATO-Generalsekretär 2009 stattgefunden. Da die Wahl einstimmig erfolgen muss, weigerte sich die Türkei anfangs unter explizitem Verweis auf den aus Dänemark ausstrahlenden Sender, Rasmussens Wahl mitzutragen. Unter Vermittlung von US-Präsident Obama wurden dann die faulen Kompromisse geschmiedet, die Anfang dieses Jahres zum Aus für ROJ TV führten. Frau Bayram stellte schließlich den neuen kurdischen Fernsehsender Nuce TV vor, der versucht, die Aufgaben von ROJ TV zu übernehmen.

International koordinierte Repression | Mit den politischen Hintergründen und Absprachen gegen die kurdische Bewegung auf europäischer Ebene befasste sich der Bundestagsabgeordnete der LINKSPARTEI, Andrej Hunko. Er berichtete zu Anfang über seinen kürzlich erfolgten Besuch in der Türkei, wo es ihm gelang, drei Abgeordnete des türkischen Parlaments im Gefängnis zu besuchen. Die von ihm besuchten Abgeordneten der Parteien BDP und CHP waren im Juni 2011 ins Parlament gewählt worden, sind aber bisher widerrechtlich nicht aus dem Gefängnis entlassen worden, um ihre Arbeit aufnehmen zu können. Bei formellen Treffen zwischen deutschen und türkischen Abgeordneten spielten die politischen Gefangenen in der Türkei keine Rolle, berichtete Herr Hunko aus seiner Erfahrung. Allenfalls tragen CDU-Abgeordnete Bedenken wegen Benachteiligungen von ChristInnen in der Türkei vor. Das konsequente Thematisieren von Menschenrechten in der Türkei wird auch dadurch erschwert, dass CDU/CSU-VertreterInnen sich aus populistischen Gründen gegen den EU-Beitritt der Türkei aussprechen, was in der Türkei oft als Rassismus wahrgenommen wird. Umgekehrt unterliegen SPD und Grüne der Versuchung, die Situation in der Türkei schönzureden, um für ihre Position bezüglich des EU-Beitritts bei der Bevölkerung Gehör zu finden. Insgesamt haben sich die Kräfteverhältnisse in der EU in den letzten Jahren geändert. Die Lissabon-Verträge definieren Europa als neoliberales und imperiales Projekt. Die sich seit Jahren hinziehende Finanzkrise tut ihr Übriges, dass Menschenrechtsverletzungen in der Türkei wenig Aufmerksamkeit erfahren. Auf EU-Ebene gibt es verschiedene Gremien und Institutionen, die sich unter Sicherheitsaspekten mit der kurdischen Frage befassen. Zum einen wurde der Belgier Gilles de Kerchove 2007 zum Antiterrorismuskoordinator der EU ernannt und leitet regelmäßig Koordinationstreffen, bei denen auch Maßnahmen gegen die PKK besprochen werden. Zum anderen befasst sich EUROPOL mit Sicherheitsaspekten und unterhält umfangreiche Datensammlungen. Der immer wiederkehrende Vorwurf, die PKK finanziere sich durch Drogenhandel, wird von EUROPOL allerdings explizit verneint. Das Gremium EUROJUST soll zukünftig zu einer Art europäischer Staatsanwaltschaft ausgebaut werden. An den regelmäßigen Treffen nehmen auch Vertreter der USA und der Türkei teil. Herr Hunko kritisierte, dass generell die europäischen Agenturen, wie etwa auch FRONTEX, keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen seien. Als Ausblick in die nahe Zukunft gab er die Einschätzung, dass seitens der EU kaum Druck auf die Türkei in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen ausgeübt werden würde, solange sie als wichtigster Partner für einen potenziellen Krieg gegen Syrien und den Iran gebraucht werde.

Ergebnisse | Am Sonntagvormittag wurden von KonferenzteilnehmerInnen in zwei Workshops konkrete Ansätze entwickelt, um die Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit gegen die staatliche Repression sowohl in Europa als auch in der Türkei zu verbessern. Dazu wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Das Solidaritätskomitee der Freiheitsgefangenen in Europa und der Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland (TÜDAY) schließen sich der Kampagne „Demokratie hinter Gittern“ (DHG) an und werden ihre Beiträge (Situation der F-Typ-Gefängnisse in der Türkei, Minimalforderungen der politischen Gefangenen etc.) auf der Website von DHG veröffentlichen.

Anlässlich der bevorstehenden Prozesse gegen kurdische Aktivisten (möglicherweise im Sommer), die nach § 129b StGB angeklagt sind, werden Erklärungen und Hintergrundinformationen publiziert. Ferner soll zur Prozessbeobachtung aufgerufen werden.

Die an der Konferenz beteiligten Gruppen unterstützen (Aufruf/Teilnahme) eine von verschiedenen Initiativen und Gruppen in Karlsruhe geplante Demonstration gegen Repression und Antiterrorgesetze, die voraussichtlich am 23. Juni stattfinden wird.

Am 23. November 2013 soll in Berlin eine Demonstration aus Anlass des 20. Jahrestages des PKK-Betätigungsverbots durchgeführt werden (Gründung eines Vorbereitungskomitees).

Um eine bessere und positivere mediale Präsenz zum Themenkomplex Kurdistan/Türkei/Situation der Kurdinnen und Kurden in Europa, insbesondere in Deutschland, zu erreichen, sollen künftig mehr Kolumnen, Kommentare und Hintergrundbeiträge u. a. über die politischen Ziele und Vorstellungen der Kurdinnen und Kurden (wie der Modellentwurf einer Demokratischen Autonomie) verfasst werden.

Fazit | Auf der Konferenz wurde aufgezeigt, wie eng und koordiniert die Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung und türkische Linke international erfolgt. Ohne die quantitativen Unterschiede der Verfolgung in der Türkei und Deutschland zu übersehen, zeigen sich doch in den KCK- und § 129b-Verfahren ähnliche Denkmuster. Demonstrations- und Medienverbote, Überwachung und Bespitzelung sind in Europa und Kurdistan gleichermaßen an der Tagesordnung. Während jedoch die Repression in der Türkei auch durch die Beiträge der Kampagne „Demokratie hinter Gittern“ in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend kritisch hinterfragt wird, trifft die Kriminalisierung eines Teiles der kurdischen Bevölkerung in Deutschland als „Antiterrorkampf“ nach wie vor auf große Zustimmung der Gesellschaft. Dem gilt es durch die beschlossenen Aktivitäten entgegenzuwirken. Erfreulich ist auch, dass durch die Konferenz der Grundstein für eine engere Kooperation zwischen der kurdischen Bewegung und Teilen der radikalen türkischen Linken in Deutschland gelegt wurde. ♦

Die Anhänger Fethullah Gülens breiten sich in Deutschland aus

Wölfe im Schafspelz

Nick Brauns, freier Journalist

In Deutschland ist der Name Fethullah Gülen außerhalb der türkeistämmigen Community immer noch weitgehend unbekannt. Wenn die Gülen-Bewegung doch einmal in der deutschen Presse Erwähnung findet, dann meist in Form unkritischer PR-Artikel über die „Die Streber Allahs"[1], ihre Schulen und Kulturveranstaltungen. „Gäbe es einen Wettbewerb 'Deutschland sucht den Mustermuslim' – der Sieger wäre ein Gülen-Anhänger"[2], heißt es etwa in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT zur Türkischolympiade des Gülen-Netzwerkes in Istanbul. Erst langsam regt sich hierzulande auch vorsichtige Kritik an der Gülen-Bewegung, die in der Türkei inzwischen große Teile des Staatsapparates unterwandert hat und ihren Einfluss zu Massenverhaftungen laizistischer und prokurdischer Oppositioneller unter fingierten Terrorismusvorwürfen nutzt. Einmal abgesehen von rechtsextremen oder christlich-fundamentalistischen Islamhassern, die der Bewegung fälschlicherweise eine geheime Scharia-Agenda unterstellen, richtet sich diese Kritik vor allem gegen undurchsichtige Strukturen und Intransparenz der Bewegung in Deutschland, während die türkisch-nationalistische Ausrichtung der Gemeinde (Cemaat) in der Türkei kaum Erwähnung findet und ihre antidemokratische Rolle als Verschwörungstheorie abgetan wird.[3]

In Deutschland ist die Gülen-Bewegung seit den 90er-Jahren organisatorisch aktiv. Seitdem hat sich Deutschland mit seiner großen türkeistämmigen Diaspora zu einem Schwerpunkt für die internationale Ausbreitung des Netzwerkes entwickelt. „Eine Bewegung ist in Deutschland dabei, die dominierenden muslimischen Organisationen zu verdrängen. Kritiker sprechen von einer 'moralischen Machtinstanz', der sich viele türkischstämmige Familien nicht mehr entziehen können", heißt es zu einem Beitrag des WDR über „Die stille Armee des Imam – Das Netzwerk des Fethullah Gülen".[4]

In Deutschland lassen sich drei Standbeine der Gülen-Bewegung ausmachen: Ein Bildungsnetzwerk mit dem Ziel der Gewinnung neuer Anhänger und Kader zur Schaffung der von Gülen propagierten „goldenen Generation" für eine zukünftige Weltgeltung der Türkei als islamischer Führungsmacht, Medien zur Verbreitung der Ideen der Gemeinde und politischen Beeinflussung der türkeistämmigen Migration, aber auch der deutschen Öffentlichkeit im Sinne der türkisch-nationalistischen Politik und schließlich Lobbyvereine, die eine Verankerung und damit Absicherung der Gülen-Bewegung im akademischen und politischen Milieu betreiben. Nach außen versuchen diese jeweils rechtlich eigenständig agierenden Vereinigungen den Eindruck völliger organisatorischer Unabhängigkeit zu erwecken. Selbst eine Verbindung zu Gülen wird vielfach verschwiegen und lediglich Sympathien „für die grundlegenden friedlichen Thesen Gülens" (so etwa der Bildungsverein Academy in Frankfurt) eingestanden. Dabei kommt den zuvor in den Bildungseinrichtungen des Netzwerkes ausgebildeten Mitarbeitern der Gülen-nahen Medien eine Funktion als Kader zu – entsprechend der Rolle, die Imame der Gülen-Bewegung in der Türkei einnehmen. „Alle diese Einrichtungen werden durch die Zeitung 'Zaman' koordiniert", schreibt Nurculuk-Experte Cemil Sahinöz. „Das heißt, die lokalen Journalisten der Zeitung sind für die Kommunikation unter den verschiedenen Einrichtungen zuständig. Sie sind die Broker und befinden sich in allen Teilen des Netzwerkes."[5] Die finanziellen Ressourcen des Gülen-Netzwerkes liegen bei frommen mittelständischen Unternehmern türkischer Herkunft, die sich etwa in Berlin und Brandenburg im Jahr 2007 zum Unternehmerverband BAREX e.V. mit rund 150 Mitgliedsunternehmen zusammengeschlossen haben.[6]

Das Bildungsnetzwerk der Cemaat in Deutschland besteht derzeit aus rund 165 über den Frankfurter Verein „Academy" koordinierten Hausaufgabenbetreuungs- und Nachhilfeinstituten sowie mehr als 20 Privatschulen wie der TÜDESB-Schule in Berlin-Spandau, dem Privatgymnasium „Dialog" in Köln-Buchheim oder der BiL-Privatschule in Stuttgart-Bad Cannstatt.[7] Bei Schulgebühren bis zu 4 000 Euro ziehen diese Schulen mit ihrer zu 90 Prozent aus vor allem türkeistämmigen Migranten bestehenden Schülerschaft vor allem Kinder von materiell halbwegs gutgestellten Migrantenfamilien an. Da das staatliche deutsche Bildungssystem vielen Kindern aus Migrantenfamilien kaum Chancen auf eine gute Bildung gibt, sorgt das für ein wachsendes Interesse an den Gülen-Schulen, deren Lehrplan laizistisch ausgerichtet ist. Die ideologische Beeinflussung erfolgt nicht im Unterricht, sondern in den Nachhilfeeinrichtungen und bei den organisierten Freizeitaktivitäten sowie insbesondere in Wohnheimen der Gülen-Bewegung. „Meine Neffen wurden zudem auch bedrängt, sonntags an sogenannten Ethik-Kursen (Ahlak Dersi) teilzunehmen, obwohl sie nur Nachhilfe nehmen wollten", berichtet ein alevitischer Geschichtslehrer, dessen 12- und 14-jährige Neffen eine zum Gülen-Netzwerk gehörende Nachhilfeschule besuchen, von einem „Gruppenzwang, dem sich die Kinder kaum entziehen können".[8] Auch auf die Angehörigen wird so moralischer Druck ausgeübt, die Zaman oder die Theoriezeitschrift Sizinti zu abonnieren, an Veranstaltungen teilzunehmen oder zu spenden.

Als Kaderschmieden und Basiszellen der Cemaat dienen die so genannten Isik Evler (Lichthäuser), von denen es allein in Berlin mehr als 20 gibt. Es handelt sich hier um Studentenwohnheime, in denen nach Geschlechtern getrennt ein strikt an

der Islamauslegung Gülens orientiertes Leben geführt wird. Aussteiger berichten indessen von Sektenstrukturen mit strikter Gehorsamspflicht der Studenten gegenüber ihren Abis und Ablas (große Brüder und Schwestern) als unterste Rangstufe der Bewegung. So ist etwa das Lesen von Zeitungen, die nicht dem Netzwerk nahestehen, verboten und auch volljährige Wohnheimbewohner müssen sich Ausgänge genehmigen lassen und an den abendlichen gemeinsamen Lesungen oder Videoaufnahmen von Gülen-Predigten teilnehmen.

Die zum Gülen-Medienimperium gehörende mittlerweile auflagenstärkste türkische Tageszeitung Zaman erscheint in Deutschland seit 1991 mit einer eigenen Europaausgabe. Sie wird hier von der World Media Group AG in Offenbach am Main herausgegeben, die mit eigenen Aufnahmestudios auch die Fernsehsender Samanyolu TV Avrupa und Ebru TV betreibt. Die vom Berliner Gülen-Lobbyverein Forum für interkulturellen Dialog initiierte und von der Blogform Social Media GmbH des österreichischen IT-Unternehmers und Journalisten Michale Maier herausgegebene Onlinezeitung Deutsch-Türkische Nachrichten bietet neben eigenen auf Deutschland bezogenen Artikeln vor allem eine Zusammenfassung von Meldungen aus der Zaman. Regelmäßig werden dabei die von Zaman bekannten Verleumdungen gegen die kurdische Befreiungsbewegung wiederholt, etwa wenn behauptet wird, die PKK bestände mehrheitlich aus Kindersoldaten.[9] Mit medialer Vorverurteilung und Diffamierung von Gülen-Kritikern als „Terroristen“ oder „Putschisten“ begleiten die Gülen-Medien so auch in Deutschland die Massenverhaftungen von oppositionellen Politikern und Journalisten in der Türkei. Da die großen deutschen Zeitungen bis auf kleine Ausnahmen die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan weiterhin mit großer Ignoranz ausblenden, können Medien wie die Deutsch-Türkischen Nachrichten oder das den Grauen Wölfen ideologisch nahestehende offen rassistische Onlineportal Turkishpress mitunter die deutschsprachige Berichterstattung zur kurdischen Befreiungsbewegung weitgehend dominieren.

Ebenfalls der politischen Beeinflussung von politischen und medialen Entscheidungsträgern im Sinne der nationalistischen türkischen Staats- und Regierungspolitik sowie der Gülen-Bewegung dienen Lobbyvereinigungen wie das Forum für Interkulturellen Dialog e.V. (FID) in Berlin oder das Interkulturelle Dialogzentrum e.V. (IDIZEM) in München. So verteidigen die Gülen-Lobbyisten, die ansonsten auch gerne mal öffentliche Veranstaltungen zum Thema Pressefreiheit machen, Verhaftungen kritischer Journalisten in der Türkei. „Nicht das Buch über Gülen, sondern Verdacht auf Verbindung zu Ergenekon ist der Grund für Festnahme von Ahmet Sik und Nedim Sener“[10], erklärte FID-Chef Karakoyun ganz im Einklang mit der türkischen Sonderstaatsanwaltschaft. Die beiden bekannten militärkritischen Enthüllungsjournalisten waren im März 2010 nach Recherchen über die Unterwanderung der Polizei durch Gülen-Anhänger wegen angeblicher Mitwirkung an Putschplänen verhaftet worden. Wie in der Türkei so versucht die Gülen-Bewegung auch in Deutschland, ihre Kritiker als Terroristen oder zumindest Terrorsympathisanten zu diffamieren. „Warum unterstützt Ulla Jelpke die PKK? Sie scheint offensichtlich ein Interesse am Terror der PKK zu haben“[11], behauptet der FID-Vorsitzende Ercan Karakoyun, nachdem die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu Kontakten der Gülen-Bewegung und bundesdeutscher Sicherheitsbehörden gestellt hatte. Auch eine Predigt Gülens, in der dieser am 24. Oktober 2011das türkische Militär zum Massenmord an als „Terroristen“ bezeichneten Vertretern der kurdischen Bewegung aufforderte, rechtfertigte Karakoyun mit der Behauptung, Gülen habe schließlich auch dazu aufgerufen, mit den nicht „terroristischen“ 95 Prozent der kurdischen Bevölkerung „liebevoll“ umzugehen.[12] Neben seriösen Nachrichtenartikeln finden sich in den Deutsch-Türkischen-Nachrichten immer wieder Hetzartikel, mit denen gezielt Stimmungsmache gegen kurdische Emigrantenvereine und ihre Unterstützer betrieben wird. Unter Berufung auf einen nicht näher benannten „hochrangigen Beamten“ deutscher Sicherheitsbehörden wurde so am 20. Januar eine angeblich drohende „Eskalation der Gewalt“ durch Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland beschworen. Weiter wird in dem Artikel behauptet, die Partei DIE LINKE würde die PKK aus wahltaktischen Gründen unterstützen und Stimmen der kurdischen Diaspora aufgrund einer „geschickten Verschleierungstaktik“ gewinnen. Der Artikel gipfelt dann in der Behauptung: „Nur durch die Duldung durch Die Linke ist in NRW eine rot-grüne Minderheitsregierung an die Macht gekommen. Indirekt verdankt die Regierung im größten deutschen Bundesland ihre Macht also der Unterstützung der PKK – nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes einer ausländischen terroristischen Vereinigung.“

Als „Coming-out“ der Fethullahcis in Deutschland, die davor ihre religiöse Motivation weitgehend verborgen hielten, gilt ihre im Mai 2009 an der Universität Potsdam durchgeführte Konferenz „Muslime zwischen Tradition und Moderne – Die Gülen-Bewegung als Brücke zwischen den Kulturen“. Neben dem FID traten das Deutsche Orient-Institut, das Abraham Geiger Kolleg zur Rabbinerausbildung und die Evangelische Akademie zu Berlin als Mitveranstalter der weitgehend unkritischen Konferenz auf. Im Juni 2010 folgte eine ähnliche Konferenz „Die Gülen-Bewegung im Kontext Europas – Ein Blick auf NRW“ an der Ruhr-Universität Bochum. Als Referenten und Teilnehmer waren jeweils zahlreiche Wissenschaftler, Journalisten und Vertreter christlicher und jüdischer Religionsgemeinschaften eingeladen worden. Aus diesem Kreis rekrutieren sich Fellow Travellers, mit denen sich die Gülen-Lobbyvereine schmücken. Im Beirat des Berliner FID finden sich so die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), Rabbiner Walter Homolka vom Abraham Geiger Kolleg der Universität Potsdam, Erika Godel von der Evangelischen Akademie zu Berlin, der frühere Diplomat und jetzige Leiter des Deutschen Orient-Instituts Gunter Mulack sowie Dozenten der drei Berliner Universitäten TU, FU und HU. Solchen von der Gülen-Bewegung hofierten deutschen Akademikern und Politikern kommt offenbar vor allem die Funktion eines Schutzwalls gegen öffentliche Kritik an der Bewegung zu. Diese mitunter naiven Sympathisanten werden in Bewegung gesetzt, um mit Leserbriefen auf kritische Medienberichte zu reagieren oder auch mal durch Interventionen bei Unileitungen Raumkündigungen für Gülen-Kritiker zu erwirken, wie etwa im Mai 2012

anlässlich einer Informationsveranstaltung des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan (YXK) an der Freien Universität Berlin. Nicht in jedem Fall dürfte den so von den Gülen-Vereinigungen Vereinnahmten klar sein, wofür sie ihren Namen tatsächlich hergeben. Denn nach außen geben sich die Gülen-Anhänger als liberale und tolerante Vertreter eines moderaten Islam ohne politische Absichten. Während etwa die evangelische Kirchengemeinde St. Petri – St. Marien gemeinsam mit dem FID und dem Abraham Geiger Kolleg das Projekt eines Bet- und Lehrhauses auf dem Berliner Petriplatz betreibt, warnt die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) vor einer „unterschiedlichen 'Verpackung' der Ideen Fethullah Gülens je nach Adressat". „Im Klartext: Die sunnitisch-national(istische) Prägung des Gülen-Diskurses wird mehr oder weniger bewusst bedeckt gehalten."[13] So spielen die panturanischen und neo-osmanischen Ansichten Gülens, die in der Türkei zu den Grundpfeilern der Bewegung gehören, beim öffentlichen Auftreten in Deutschland keine Rolle. „Mit ihrem 'Angebot zur kulturellen Verständigung' ziehen die Dialoginstitute in Österreich und Deutschland vermehrt das Interesse von Schulen, Universitätsprofessoren, Politikern und Religionslehrern an. Dass es sich um eine Propagandataktik handelt, ist im ersten Moment nicht ersichtlich."[14] Tatsächlich wird der interkulturelle und interreligiöse Dialog keineswegs ehrlich und auf gleicher Augenhöhe geführt. Vielmehr geht die Gülen-Bewegung von einer Überlegenheit der türkisch-islamischen Synthese gegenüber allen anderen Ethnien und Religionen aus und pflegt dabei einen „Scharia-Vorbehalt"[15], also den absoluten Wahrheitsanspruch ihrer Koran- und Hadith-Auslegung.

Unkritisch ist die Haltung deutscher Regierungsstellen gegenüber der Gülen-Bewegung, in der sie offenbar gute Sachwalter deutscher wirtschaftlicher Interessen in der Türkei sehen.

Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion gestand die Bundesregierung im vergangenen Oktober Kontakte der deutschen Botschaft Ankara „mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die der Fethullah-Gülen-Bewegung nahestehen, wie z. B. der 'Journalists and Writers Foundation', deren Ehrenvorsitzender Fethullah Gülen ist", sowie des Auswärtigen Amtes, mit dem der Gülen-Bewegung nahestehenden, in Berlin beheimateten 'Forum für interkulturellen Dialog e. V.', dies über die Person seines Vorsitzenden Ercan Karakoyun", ein.[16] Zum Vorwurf der Unterwanderung des türkischen Staatsapparates durch Gülen-Anhänger und der Verhaftung von Gülen-Kritikern sind „entsprechende Spekulationen insbesondere in den türkischen Medien sowie einschlägige Buchveröffentlichungen bekannt. Belastbare Erkenntnisse hierzu liegen der Bundesregierung jedoch nicht vor", wird behauptet. Zudem kann die Bundesregierung nicht ausschließen, dass Gülen-nahe Träger etwa im Rahmen der Integrationsförderung Gelder aus Bundesmitteln erhalten haben. Landes- und Kommunalpolitiker gehen den Avancen der Gülen-Anhänger immer wieder auf den Leim. So unterstützte der hessische Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) als Schirmherr trotz Kritik aus den Reihen von Linkspartei, Grünen und Migrantenverbänden die Ende Mai 2012 in der Frankfurter Festhalle abgehaltene „Deutsch-Türkische Kulturolympiade". Organisatoren dieser „Kultur-Assimilations-Olympiade" – wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der „Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland e.V." zu Recht kritisierte – sind ausnahmslos Medienunternehmen und Bildungsvereine des Gülen-Netzwerks. Auf kommunaler Ebene gibt es zum anderen in verschiedenen Städten gemeinsame Projekte oder Veranstaltungen von Gülen-nahen Vereinen, der Volkshochschule und der Agentur für Arbeit.

Ziel Gülens und seiner Anhänger ist es, der Türkei in einer globalisierten Welt wieder zur Großmachtgeltung als islamische Führungsmacht zu verhelfen. Gewinner dieses neo-osmanischen Projektes ist eine Schicht frommer anatolischer Unternehmer, die von der neoliberalen Ausrichtung der Gülen-Bewegung und der AKP profitieren. Doch Gülens osmanischer Traum geht auf Kosten der nicht-türkisch-sunnitischen Bevölkerungsteile, die zur Assimilation gezwungen werden, sowie der unter der neoliberalen Ausbeutung leidenden abhängig Beschäftigten in der Türkei. Da sich die Ambitionen der Gülen-Bewegung auf den Ausbau ihrer Machtpositionen in der Türkei richten, besteht ihr Hauptinteresse in Deutschland darin, sich hier bei der Kadergewinnung und dem Fundraising den Rücken frei zu halten. Gleichzeitig soll die Politik der islamisch-konservativen AKP-Regierung der Türkei propagandistisch und diplomatisch unterstützt werden. Direkten Konfrontationen mit ihren Kritikern weichen die Gülen-Anhänger dabei in der Regel aus. Es ist höchste Zeit, Fethullah Gülen und seinen Anhängern auch hier zu Lande die Maske von Dialog und Toleranz herunterzureißen. Denn nichts scheuen diese (grauen) Wölfe im Schafspelz mehr, als ins Rampenlicht der Wahrheit gestellt zu werden. ♦

Fußnoten:
1 DIE ZEIT 18.2.2010, Nr. 08.
2 Zeit Online 26.3.2012.
3 Etwa Deutsch-Türkisches Kulturfestival – Hahns heikler Termin, Frankfurter Rundschau, 26.4.2012; Kulturolympiade als verdeckte Mission, Hessischer Rundfunk http://www.hr-online.de/mobil/nachrichten/sd/44548323
4 Programmhinweis auf die Sendung von Conny Uebel und Yüksel Ugurlu am 25. Juni 2012
5 Cemil Sahinöz: Die Nurculuk Bewegung – Entstehung, Organisation und Vernetzung, Istanbul 2009, S. 158f.
6 http://www.ekd.de/ezw/Lexikon_2487.php
7 Karina Hawle: Der Dialog der Fethulahcis (Gülen-Bewegung), Materialdienst der EZW 6/2012, S. 224.
8 Offener Brief von Hüseyin Demirtas an den hessischen Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn anlässlich der Kulturolympiade am 29. Mai 2012 - http://www.jugendnetz-wetzlar.de/jnw3/readarticle.php?article_id=2411
9 http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2012/05/454214/die-pkk-besteht-zur-haelfte-aus-kindern/
10 http://dialog-berlin.de/G%C3%BClen-Bewegung/nicht-das-buch-ueber-guelen-sondern-verdacht-auf-verbindung-zu-ergenekon-ist-der-grund-fuer-festnahme-von-ahmet-sik-und-nedim-sener.html
11 http://dialog-berlin.de/G%C3%BClen-Bewegung/die-guelen-bewegung-und-die-kurdenfrage.html
12 http://dialog-berlin.de/G%C3%BClen-Bewegung/die-linke-nimmt-terror-der-pkk-in-schutz-und-verfaelscht-guelen-video.html
13 Friedmann Eißler: Islamisierung profaner Arbeit als Dienst an der Menschheit – Zum Bildungsideal Fethullah Gülens, EZW-Texte Nr. 210/2010, S. 178.
14 Karina Hawle: Der Dialog der Fethulahcis (Gülen-Bewegung), Materialdienst der EZW 6/2012, S. 227.
15 http://www.ekd.de/ezw/Lexikon_2487.php
16 Bundestags-Drucksache 17/7319.

Meş – Lauf

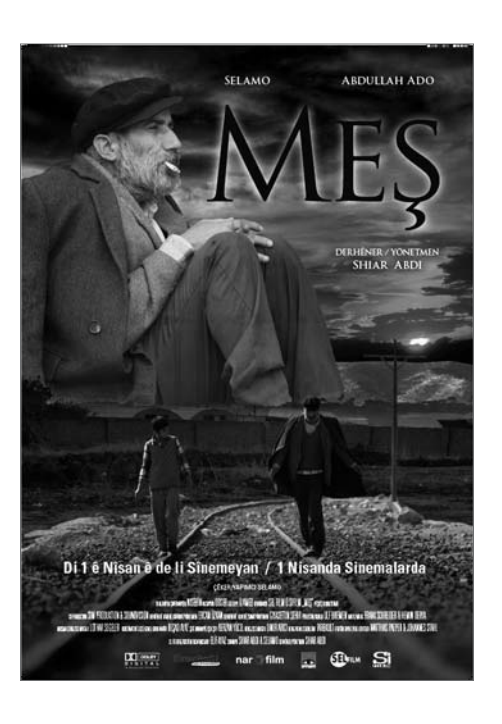
Filmbesprechung von Cane Zerey

Der Film Meş schildert die Geschichte einer Freundschaft im Jahre 1980 in einer kurdischen Kleinstadt im Osten der Türkei. Zwei unterschiedliche Menschen, ein kleiner Junge und ein alter verwirrter Mann, begegnen sich in den Straßen der kleinen Stadt Nisêbîn (Nusaybin). Der zwölfjährige Cengo ist gerade dabei, Kaugummis zu verkaufen, als ihm der alte Mann auffällt. Dieser läuft die Straßen auf und ab und wirkt etwas eigenartig und verwirrt. Noch ist Cengo sich nicht sicher, wie er das Verhalten des alten Mannes verstehen soll.

Bei der nächsten Begegnung folgt Cengo dem alten Mann. Es fällt dem Jungen nicht leicht sich dem alten Mann zu nähern. Cengo findet dennoch heraus, dass der alte Mann Xelilo heißt und allein in einem verlassenen Laden wohnt. Außerdem ist Xelilo stumm, und dies macht die Freundschaft umso interessanter. Cengo schafft es, den eigenartigen Mann aus seiner einzigen Beschäftigung, dem endlosen Marsch durch die Straßen Nisêbîns (Nusaybins) zu reißen. Xelilo lernt die Freunde Cengos kennen. In der Umgebung der Kinder wirkt Xelilo nicht mehr eigenartig und verwirrt. Es scheint, als würde er sich in der Gegenwart der Kinder wohlfühlen. Gemeinsam verbringen sie unbeschwerte Momente am Treffpunkt der Kinder unter einer Brücke.

Während Cengo und Xelilo sich im Kino einen Film ansehen, kommt es zu einem gewalttätigen Übergriff des türkischen Militärs. Viele EinwohnerInnen von Nisêbîn (Nusaybin) werden festgenommen, auch Xelilo. An dieser Stelle des Films wird die politische Situation im Jahre 1980 in der Türkei deutlich, die in der restlichen Handlung mit den Folgen auf die Bevölkerung umso sichtbarer wird.

Bereits zu Anfang der Handlung erhalten die Zuschauer in einigen Szenen Anhaltspunkte für die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in der Türkei. Viele Menschen leben in ärmlichen Verhältnissen. Sie sind durch die Gesellschaft in feste Rollen gedrängt, sowohl in der Familie als auch außerhalb. Dies wird besonders durch die Rolle der älteren Schwester Cengos deutlich. Sie ist gezwungen, für den Haushalt und die fünfköpfige Familie zu sorgen. Nach dem Tod der Mutter hat sie, selbst noch sehr jung, ihren Bruder Cengo erzogen. Einer ihrer älteren Brüder erschwert ihr zusätzlich das Leben. In seinen Augen ist sie eher die Hausbedienstete als die kleine Schwester. Es herrscht keine Harmonie zwischen ihm und seinen Geschwistern. Er setzt ein gleichgültiges Verhalten gegenüber den familiären Problemen auf. Dies wird besonders durch seine Haltung zur politischen Aktivität des ältesten Bruders deutlich. Der älteste Bruder Cengos ist im Laufe der Handlung ständig auf der Flucht, da er gemeinsam mit seinen Genossen gegen das Militär vorgeht.



Xelilo scheint in seiner Vergangenheit etwas Schreckliches erlebt zu haben, denn während seiner Haft folgt eine kurze Szene in Form einer Rückblende. Xelilo ist als junger Mann zu sehen, der sich gerade im Verhör befindet. Wurde er als junger Mann schon vom Militär verhaftet und womöglich misshandelt und gefoltert? Ist er seitdem ein traumatisierter und stummer Mann? Das Ansetzen einer Rückblende an dieser Stelle lässt diese Vermutung zu.

Dies sind natürlich nur einige Beispiele, die sich in der Handlung wiederfinden. Der Film ist ein Abriss der Geschichte, ein trauriger Lebensabschnitt der EinwohnerInnen Nisêbîns (Nusaybins) aus der Zeit des Militärputsches im Jahre 1980 in der Türkei. Die Menschen wurden gedemütigt, grundlos verhaftet, gefoltert, vertrieben und ausgebeutet. Ihnen wurde ein normales Leben nicht mehr ermöglicht. Freie Meinungsäußerung, Selbstbestimmung, kurdische Sprache und Identität waren nicht vorhanden. Im Gegenteil wurde den Menschen eine Demokratie gepriesen, die keine war. Das Militär war an der Macht. Eine abweichende politische Einstellung oder jegliche Kritik an den Verhältnissen in der Türkei waren Grund genug, um mit dem Leben zu bezahlen oder jahrelang im Gefängnis gefoltert zu werden. Viele Familien und Freundschaften mussten darunter leiden.

Cengo, erst zwölf Jahre alt, muss ebenfalls viele schreckliche Ereignisse durchleben. Sein Vater wird vom Militär erschossen, sein ältester Bruder ist aufgrund politischer Gegebenheiten fern von der Familie, seine Mutter ist gestorben, als er ein Jahr alt war; nur seine Schwester Xezal (Ghazal) bleibt als seine erwachsene Bezugsperson übrig. Die kleine Yeldiz, eine Freundin Cengos, wandert nach der Verhaftung ihres Vaters mit dem Rest der Familie aus. Auch Xelilo bleibt ihm nicht lange erhalten. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis wird auch er an einem Abend von Soldaten erschossen, da er trotz Ausgangssperre nicht in seinem Laden ist.

Die parallelen Handlungsstränge im Film sammeln sich alle um die Freundschaft Cengos, der Kinder Nisêbîns (Nusaybins)und Xelilos wieder. Die Schlussszene zeigt den Abtransport des Leichnams Xelilos aus dem Laden und das stumme Beobachten der Kinder. Es ist ein Szene, die keiner Worte bedarf. In den Augen Cengos ist tiefe Trauer und Wut abzulesen. Im gesamten Film spielen die Augen der Schauspieler eine große Rolle. Wenn ihnen Worte verwehrt werden oder fehlen, kann die Gemütslage aus den Augen erkannt werden. Der stumme Xelilo zeigt sein Befinden in vielen Szenen auch durch die Augen, die oftmals verträumt und traurig sind. Cengo drückt seine Emotionen wie Freude, Trauer und Wut besonders durch die Augen aus. Dies sind Momente im Film, die die Zuschauer besonders fesseln.

Cengo war vor 32 Jahren zwölf Jahre alt. Heute hat sich die politische Situation verändert, denn Nisêbîn (Nusaybin) ist nun eine Hochburg der kurdischen Freiheitsbewegung im Osten der Türkei. Die Geschichte erklärt die Entwicklungen in dieser Kleinstadt. Heute gibt es auch viele zwölfjährige Kinder dort. Ist es nun verständlich, warum bereits Kinder heute mit Steinen gegen die türkischen Staatskräfte vorgehen? Niemand möchte zurück in die 1980er-Jahre, doch gerade in den letzten Monaten ist die Situation im Osten der Türkei mit den 80er-Jahren vergleichbar.

Der Titel „Meş“ (auf Deutsch: „Lauf“) verdeutlicht zum einen den endlosen Lauf Xelilos und später Cengos und zum anderen aber auch die Bewegung. Das Laufen symbolisiert die Aktivität. Die Kurden sind nicht bereit, weiterhin unterdrückt zu werden. Sie sind aktiv und laufen, so wie Cengos älterer Bruder, Cengo und sehr viele andere, die ihm folgen.

In Anbetracht der geringen Mittel für die Produktion des Filmes ist „Meş“ dennoch sehr gelungen und natürlich eine Bereicherung für das kurdische Filmarchiv. Außerdem ist zu betonen, dass „Meş“ zu den wenigen komplett in kurdischer Sprache gedrehten Filmen gehört. Die Thematik ist aktuell und ruft Erinnerungen zu Zeiten des Militärputsches hervor. Viele Geschehnisse sind aus Büchern oder Erzähltem schwer vorstellbar. Ein Film über das Leben der Familien oder einzelner Personen in einer Kleinstadt zu dieser Zeit erleichtert dies.

Shiar Abdis Film „Meş“ wurde auf vielen internationalen Filmfestivas gezeigt, u. a. dem International Film Festival Istanbul 2011, Türkei, dem Busan International Film Festival 2011, Süd-Korea, dem Film Music Festival Ubeda 2011, Spanien. Er wurde auf dem International Antalya Golden Orange Film Festival 2011, Türkei (Special Award for Best Child Actor & Actress, Music and Art Direction Award), und dem Suliemaniah Film Festival 2011, Irak (Best Director Award), mit Preisen ausgezeichnet. ♦

Foto: http://www.mesh-film.com

Sevim Ak

„Sing dein Lied den Meeren“

Buchbesprechung von Susanne Roden

Sevim Ak wuchs als Lehrerkind an der Schwarzmeerküste in Samsun auf.

Die Straße ihrer Kindheit war eine Sackgasse, und war eine dauerhafte Inspirationsquelle für ihr Schreiben. Vom Bauarbeiter bis zum Bankier, alle möglichen verschiedenen Leute lebten in dieser Straße. Aufgezogen in diesem vielfältigen Lebensraum, ohne Rücksicht auf kulturelle Unterschiede wie Geschlecht, Sozialstatus oder religiöse Überzeugung.

In dieser Straße war es üblich, dass besser gestellte Familien den Familien, die finanzielle Schwierigkeiten hatten und es sich nicht leisten konnten, ihre Kinder zur Schule zu schicken, halfen. Die Kinder in der Straße sammelten Geld für weniger vermögende Nachbarn und boten ihre Hilfe beim Kauf von Schuluniformen und Büchern an.

In dieser Straße hatte Sevim Ak in ihrer Jugend genügend Zeit und Gelegenheit, die kleinen komplizierten Details des Alltagslebens zu beobachten.

Ein kleines gelbes Notizbuch, das ihr Vater ihr eigens für die Lösung von Mathematikaufgaben gekauft hatte, nutzte sie als kleines Erzählbuch und notierte die täglichen Ereignisse.

Sie war eine sehr erfolgreiche Schülerin in Grund- und Sekundärschule und als sie Topschülerin wurde, gab es von Familie und Lehrern die Empfehlung, sie solle Wissenschaft studieren. Im ersten Jahr am Gymnasium entschied sie, Chemieingenieurin zu werden.

Die Eltern förderten sie in ihrem Studium, aber darüber hinaus vermittelte ihr Vater ihr, wie wichtig es sei, einen starken Willen zur Entwicklung einer eigenen Identität auszubilden, und dies nicht nur als Studentin.

Durch die Anleitung vom Vater gab Sevim Ak nie ihre Liebe zur Literatur als persönliches kreatives Schaffensfeld auf.

Bis zu einem gewissen Grad erscheint eine realistische und kreative Einsicht in ihren Werken, mit der Sevim Ak leidenschaftlich die Welt der Kinder zeigt und die den Reichtum der eigenen Kindheitserinnerungen widerspiegelt.

Während ihres gesamten Studiums hat Sevim Ak nie aufgehört zu schreiben, tat dies aber im Verborgenen. Sie nutzte auch nicht die Gelegenheit, eine konstruktive Kritik durch ihre Umgebung einzuholen, und beließ ihre Arbeit über Jahre im privaten Bereich.

Dann erschien eine kleine Erzählung von ihr in der Tageszeitung Cumhuriyet und danach Geschichten in Jugendmagazinen.

1987 brachte der Verlag Red House Ltd. eine Sammlung von Geschichten unter dem Titel „Mein Drachen ist jetzt eine Wolke“ heraus und somit wurde das erste Buch von Sevim Ak geboren. Dies gewann dann den Jugendliteraturpreis der Akademi-Buchhandlung. Der Preis ermutigte Sevim Ak, mehr zu schreiben. Sie schrieb Drehbücher und Geschichten über die Umwelt für TRT, die Türkische Rundfunk- und Fernsehanstalt. Ihre Arbeit fand auch außerhalb der Türkei Anerkennung, es gab Veröffentlichungen in jugoslawischen Jugendmagazinen und die Kurzgeschichte „Mein Name ist Titi“ wurde in Albanien publiziert.

Es gibt in deutschsprachiger Fassung die Titel „Toto und sein Schirm“, „Mein Drachen ist jetzt eine Wolke“, „Katzenaugen“ und „Pinguine können nicht flöten“.

Sevim Ak schreibt auch Theaterstücke für Kinder und eines davon, „Das Verstecken und Suchen von Träumen“, wurde im Staatstheater der Stadt Istanbul aufgeführt.

Sevim Ak hat lange eine integrale Rolle in der Förderung von Projekten zur Betreuung und Bildung von Kindern gespielt. Ihre Buchveröffentlichungen haben eine ausschlaggebende Bedeutung als Unterrichtsmaterial und als Mittel für geistige Linderung und Wiederherstellung. Nach dem Marmara-Erdbeben am 17. August 1999 wurde ein gemeinsames psycho-soziales Rehabilitationsprojekt durch das Psychologische Gesundheitszentrum der Gemeinde Tel Aviv, die Marmara-Universität, die Türkisch-Israelische Stiftung für den Entwurf vorgefertigter Dörfer und Grundschulen sowie die Yalova-Altınova-Grundschule initiiert. Diese nutzten für das Projekt insgesamt 13 der Geschichten Sevim Aks, die von Angst handeln, der Verarbeitung von Traumata, wie tiefer Schmerz überwunden werden kann, und die es so den jungen Überlebenden erleichtern helfen sollten, mit der Situation umgehen zu können.

Ein weiteres Projekt wurde von der gemeinnützigen Stiftung für Grundschulen ILKYAR durchgeführt, in dessen Rahmen Sevim Ak 140 regionale internatsähnliche Grundbildungseinrichtungen und 30 Dorfschulen mit einem Team von 33 Volontären bereiste. Sie las an den besuchten Schulen ihre Geschichten vor, arbeitete mit den Kindern, neue Geschichten zu erfinden oder alte Geschichten nachzuerzählen.

Sie wollte, dass die Kinder ihre Lebensgeschichten in Ergänzung zu den Märchen, die sie zu Hause gehört hatten, in ihrer

eigenen Sprache wiedergaben. Denn diese Kreativ-Lese- und -Schreibwerkstätten wurden im Osten und Südosten von Anatolien [= *überwiegend Kurdistan*] durchgeführt, ihre Ergebnisse in verschiedenen Teilabschnitten über die Jahre 2002 bis 2005 in Frankreich im Magazin „Lignes d'écritures" veröffentlicht.

Im Anschluss an das Projekt verarbeitete sie ihre Reiseerinnerungen an die Internatsschulen in dem Buch „Kinder der Sonne".

2006 nahm Sevim Ak mit Leseaktivitäten an einem Projekt zur Rehabilitation von Straßenkindern teil. Das Projekt wurde mit Unterstützung von UNDP (United Nations Development Programme) und GAP (Südostanatolien-Projekt) angefangen. Es nahmen 815 Kinder aus Êlih (Batman), 750 Kinder aus Riha (Urfa) und 330 Kinder aus Dîlok (Gaziantep) teil.

Diese Arbeit sollte ein Interesse für öffentliche Bibliotheken wecken und im Zuge dessen wurde zwischen 2006 und 2007 dann das Projekt „Meine Bibliothek" durchgeführt. Ziel war es, zehn Bibliotheken zu renovieren und deren Konditionen zu verbessern. Ausgewählt wurden öffentliche Bibliotheken in Amed (Diyarbakır), Ankara, Antalya, Aydın, Dîlok (Gaziantep), Manisa, Meletî (Malatya), Riha (Urfa), Sakarya und Samsun.

In diesen Jahren entstehen dann mehrere Erzählungen, in einem milden und witzigen Stil, behandeln sich auflösende Familien, den erosiven Effekt der Scheidungsfolgen auf Kinder oder die Probleme von Waisenkindern.

In ihren Erzählungen hält Sevim Ak immer den Blick aus Protagonistensicht wach, wenn sie Lustiges, Trauriges oder Überraschendes aus dem Leben der Kinder berichtet. Deshalb sind es die besonderen Merkmale, die von den Mustern der Geschichten erzeugt werden; und eine Tatsache so wichtig wie Leben und Tod für ein Kind, die zum Beispiel für einen Erwachsenen keinen Wert hat, oder ungeachtet dessen die Umwandlung von etwas Erstaunlichem in die Realität und die Mischung von Traum und Realität, des Lebens erste große Spannungen und die Merkmale von Enttäuschung und solcherlei – allesamt eine Welt ziemlich unterschiedlich von der Wahrnehmung der Erwachsenenwelt.

Eine andere interessante Seite dieser Geschichten ist deren sehr offene Form, die den kindlichen Leser einlädt, daran teilzuhaben und zusammen zu träumen.

In den Geschichten, die aus vorübergehenden Empfindlichkeiten eines kindlichen Lebens bestehen, können wir keine künstliche Sequenz von Ereignissen entdecken.

„Ich tauchte meine Hand ins Wasser, streichelte sein Salz, wusch meine nackten Füße mit seinem Schaum und steckte einige rund gespülte Kieselsteine in meine Hosentasche. Den gelben, rot geäderten Stein, den ich wie eine Blume von seinem Felsen gepflückt hatte, an dem er festgebacken war, fragte ich danach, wo er denn jetzt gerne wäre. Er antwortete, er warte auf einen tollkühnen blauen Fisch, also ließ ich ihn mit all seiner Erwartung an Ort und Stelle zurück."

Das Schuljahr an der Hotelfachschule geht Mitte Juni zu Ende und alle sehnen die Ferien herbei, auch Taner, der sich auf seinen Urlaub im Ferienhaus in Burhaniye sehr freut, auch wenn es weit entfernt vom Meer liegt. Er malt sich aus, was er alles unternehmen wird in der freien Zeit. Aber schon nach drei Tagen hängt er vor Langeweile unter der Pergola herum, und sein Großvater sieht ihm prüfend in die Augen und vermittelt seinen Enkel Taner zum Arbeiten in eine neu eröffnete Ferienanlage. Von Stund an harkt der mit dem Rücken zum Meer den Garten.

Er freundet sich mit einem Küchenhelfer an, der unbedingt anheuern und mit dem nächsten Schiff auf große Fahrt gehen will.

Eines Abends, als sich ein Wetterumschwung ankündigt und es in den Zimmern nicht mehr auszuhalten ist, treffen sich die beiden von Schlaflosigkeit geplagten Jungen am Strand.

Rücklings ausgestreckt auf dem Sand erzählt Taner dem jungen Küchenhelfer eine Geschichte, die ein Drehbuch für einen Film sein könnte.

Es ist am Ende seine eigene Lebensgeschichte, die in einer Kleinstadt in Anatolien beginnt und ihn in die Großstadt Istanbul verschlägt. Der Theaterdirektor Sezer wurde ins Gefängnis gesteckt, angeklagt des Kindesmissbrauchs. Der einzige Zeuge, der ihn retten kann, ist Taner. Dieser aber schweigt, weil er nicht will, dass andere erfahren, dass er ein Bettnässer ist.

Durch das Gerichtsverfahren und die Gespräche beim Psychologen erfährt der Leser nach und nach die Details des Lebensweges des Jungen, die Zerrüttung innerhalb der Familie, durch den Tod des Vaters, aber auch durch den Generationenkonflikt unter einem Dach.

Dieser Roman von Sevim Ak (empfohlen ab 14 Jahre) nähert sich in einer wunderbar feinfühligen, betont leisen und dennoch klaren Art diesem heiklen Thema und taucht mit dem Leser in die Phantasiewelt eines heranwachsenden Jungen ein.

Mich haben die wunderbar phantasievollen Formulierungen und Gleichnisse fasziniert und ich habe Tagträume und Phantasien meiner Jugend wiederentdecken können.

Eingebettet in die Gedankenwelt des Jungen sind dann die täglichen Sitzungsgespräche beim Psychologen und auch das ist ein sehr spannender Teil des Buches. Elegant, professionell und dennoch ganz unaufgeregt werden die Herangehensweise mit kleinen Schritten zur Vertrauensbildung und das Herantasten an die wahren Geschehnisse herausgearbeitet.

Den Kieselsteinen im Wasser wollte er die Geschichte ihrer Wege im Wasser entlocken, aber aus dem Wasser geholt verloren sie ihren Glanz, den sie unter Wasser noch hatten.

Kein Kieselstein hatte Ähnlichkeit mit einem anderen, jeder hatte ein anderes Farbenspiel und war unverwechselbar.

„Alle waren zu einer Reise mit unbekanntem Ziel aufgebrochen und in diesem Moment hatten sich Tans Wege mit der Route dieser Kieselsteine gekreuzt. Anteil an einer geheimnisvollen, unbestimmten Reise zu haben und unvergleichliche Geschichten zu erleben, machten die Welt in seinen Augen so unvergleichlich und bewundernswert." (aus dem Klappentext) ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130-136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, Devriş Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Protest gegen die Festnahme des Bürgermeisters von Wan, Bekir Kaya.
Foto: DIHA

Rückseite:
Das 9. Zilan-Frauenfestival fand am 16. Juni in Gelsenkirchen statt.
Foto: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375